

Wiener Landtag

26. Sitzung vom 3. Februar 1995

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Beurlaubter Abgeordneter sowie entschuldigte Abgeordnete	(S. 3)	(S. 29), StR. Mag. Hilmar Kabas (S. 29), Abg. Jean Margulies (S. 35), Abg. Dipl.- Ing. Dr. Rainer Pawkowicz zur Ge- schäftsordnung (S. 36) sowie die Abgen. Johann Herzog (S. 37) und Rudolf Hundstorfer (S. 39) Abstimmung (S. 40)
2. Fragestunde:		7. Pr.Z. 55, P. 4: Vereinbarung über die Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft (Beilage Nr. 4) Berichterstatter: Abg. Franz-Karl Effenberg (S. 41 u. 45)
1. Anfrage (S. 4); 2. Anfrage (S. 6);		Redner: Die Abgen. Hannelore Weber (S. 41), Mag. Franz Karl (S. 43) sowie Barbara Schöfnagel (S. 44) Abstimmung (S. 46)
3. Anfrage (S. 7); 4. Anfrage (S. 8);		8. Pr.Z. 95, P. 5: Meldung gemäß Unver- einbarkeitsgesetz 1983, Betätigung eines Mitglieds der Landesregierung in der Privatwirtschaft Berichterstatter: Amtsf. StR. Johann Hatzl (S. 46 u. 48)
5. Anfrage (S. 9); 6. Anfrage (S. 11);		Redner: Abg. Dr. Wilfried Sérles (S. 46) Abstimmung (S. 48)
7. Anfrage (S. 12); 8. Anfrage (S. 13);		9. Pr.Z. 4567, P. 6: Ersuchen des Landes- gerichts für Strafsachen Wien um Zu- stimmung zur gerichtlichen Verfolgung des Abg. Ing. Peter Westenthaler Berichterstatter: Abg. Gerhard Oblasser (S. 48)
9. Anfrage (S. 14).		Redner: Abg. Dr. Peter Pilz (S. 49) Abstimmung (S. 50) Wortmeldungen der Abgen. Ing. Karl Svoboda (S. 54 u. 59) und Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (S. 55), Amtsf. StR. Johann Hatzl (S. 56) sowie der
3. Mitteilung des Einlaufs	(S. 18)	
4. Mitteilung des Amtsführenden Stadtrats der Geschäftsgruppe Umwelt und Ver- kehr, Fritz Svhalek, betreffend AKW Mochovce	(S. 19)	
5. Wortmeldungen der Abgen. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (S. 21), Dr. Peter Pilz (S. 21), Johannes Prochaska (S. 22) sowie Herbert Dinhof (S. 24) zur Geschäftsordnung		
6. Pr.Z. 4461, P. 1: Gesetz, mit dem die Besoldungsordnung 1994 geändert wird (1. Novelle zur Besoldungsordnung 1994) (Beilage Nr. 1)		
Pr.Z. 4462, P. 2: Gesetz, mit dem die Pensionsordnung 1966 geändert wird (15. Novelle zur Pensionsordnung 1966) (Beilage Nr. 3)		
Pr.Z. 4463, P. 3: Gesetz, mit dem die Vertragsbedienstetenordnung 1979 geändert wird (27. Novelle zur Vertrags- bedienstetenordnung 1979) und dienst- rechtliche Vorschriften außer Kraft ge- setzt werden (Beilage Nr. 2)		
Berichterstatter: Amtsf. StR. Johann Hatzl (S. 25, 28, 29 u. 37)		
Redner: Die Abgen. Dr. Peter Pilz (S. 25 u. 28) und Dr. Matthias Tschirf		

- Abgen. Mag. Dr. Rüdiger Stix (S. 57)
und Herbert Dinhof (S. 59) zur Ge-
schäftsbehandlung beziehungsweise
zur Geschäftsordnung**
- 10. Pr.Z. 86, P. 7: Ersuchen des Amts der
Wiener Landesregierung, MA 62, auf
Zustimmung zur Verfolgung des Abg.
Johann Römer**
- Berichterstatter: Abg. Gerhard Oblasser (S. 50)
Abstimmung (S. 51)**
- 11. Besprechung der Mitteilung des Amts-
föhrenden Stadtrats der Geschäfts-
gruppe Umwelt und Verkehr betreffend
AKW Mochovce**
- Redner: Die Abgen. Dr. Peter Pilz (S. 51),
Gerhard Pfeiffer (S. 52 u. 65), Harry
Kopietz (S. 60), Hannelore Weber (S. 63
u. 72), Dr. Johannes Hawlik (S. 66) und
Dipl.-Ing. Erich Engl (S. 67) sowie Amtsf.
StR. Fritz Svhalek (S. 72)
Abstimmung (S. 51 u. 73)**

(Beginn um 13.00 Uhr.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

Ich eröffne die 26. Sitzung des Wiener Landtags.

Beurlaubt ist Herr Abg. Holub.

Entschuldigt sind die Abgen. Aouas-Sander, Nettig und Dr. Marek.

Wir kommen zur Fragestunde.

(In der Fragestunde werden von Präsidentin Ingrid Smejkal die folgenden Anfragen aufgerufen:

1. Anfrage (Pr.Z. 30/LM/95-KGR): *Abg. Günter Kenesei an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr:*

Stimmt es, daß der Weiterbau der Bundesstraße B 3 im Donaufeld (zwischen der Leopoldauer Straße und der Wagramer Straße) angesichts der knappen budgetären Situation einerseits, sowie aufgrund anderer als vorrangig eingestufter Verkehrsprojekte aus Sicht des Wiener Verkehrsstadtrats keine hohe Priorität besitzt?

2. Anfrage (Pr.Z. 42/LM/95/KVP): *Abg. Dr. Matthias Tschirf an den Landeshauptmann:*

Welche konkreten Schritte wird Wien gegenüber dem Bund setzen, damit Wien nicht durch Bundesgesetze finanziell belastet wird?

3. Anfrage (Pr.Z. 71/LM/95-KF): *Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz an den Landeshauptmann:*

Wie hoch ist der finanzielle Beitrag, den das Land und die Gemeinde Wien im Rahmen der EU-Beitrittskosten im Jahr 1995 zu leisten hat?

4. Anfrage (Pr.Z. 43/LM/95-KSP): *Abg. Dipl.-Ing. Rudolf Schicker an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien:*

Wie weit sind die Vorbereitungsarbeiten für die Vertretung Wiens in Brüssel gediehen?

5. Anfrage (Pr.Z. 41/LM/95-KSP): *Abg. Gerhard Oblasser an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien:*

Wie beurteilen Sie die Chancen für das Land Wien, Mittel aus EU-Förderungen zu erhalten?

6. Anfrage (Pr.Z. 32/LM/95-KGR): *Abg. Hannelore Weber an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr:*

Warum gibt es bis dato noch kein Wiener Landes-Umweltinformationsgesetz?

7. Anfrage (Pr.Z. 45/LM/95-KVP): *Abg. Georg Fuchs an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung:*

Warum sollen künftig statt 10 000 nur mehr 6 000 Wohnungen gefördert werden, obwohl noch zehntausende Wiener auf eine Wohnung warten?

8. Anfrage (Pr.Z. 72/LM/95-KF): *Abg. Dipl.-Ing. Erich Engl an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr:*

Welche Schritte wurden seitens des Landes Wien bis heute unternommen um EU-Förderungsmittel für den Bau des Donau-Oder-Kanals zu erlangen?

9. Anfrage (Pr.Z. 40/LM/95-KSP): *Abg. Martina Malyar an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen:*

Was halten Sie vom Österreichischen Krankenanstaltenplan des Gesundheitsministeriums?)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Die 1. Anfrage wurde von Herrn Abg. Günter Kenesei gestellt und ist an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr gerichtet. - Herr Stadtrat, ich bitte um die Beantwortung.

Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist so, wie ja in den Medien auch in den letzten Tagen dargestellt wurde, daß die Bundesstraße B 3 zwischen der Leopoldauer Straße und der Donaufelder Straße - und nicht, wie hier fälschlicherweise geschrieben steht, der Wagramer Straße - eine Priorität der Stadt Wien hat. Die Planungen sind schon sehr lange im Gange. Es gibt bereits, etwa was die Grundfreimachungen betrifft, die budgetären Voraussetzungen des Bundes und, wie Herr Bundesminister Schüssel erst unlängst auf parlamentarische Anfragen mitgeteilt hat, mit der nächsten Budgettranche auch die Vorkehrungen, diesen wichtigen Teil, der eine echte ökologische Entlastung für die Floridsdorfer Bevölkerung ist, für Ortskerne und Ortsteile in Floridsdorf ist, zur Verfügung zu stellen.

Was den zweiten Teil der B 3 betrifft zwischen der Donaufelder Straße und der U 1 in Kagran, also dem Zentrum Kagran, ist momentan zwar eine sehr viele Jahre zurückliegende Planung vorhanden, aber es ist nicht aktuell. Es sind keine budgetären Mittel vorgesehen, und daher ist diese Frage, was den zweiten Teil betrifft, in der momentanen Situation überhaupt nicht absehbar und daher nicht aktuell.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wird eine erste Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Günter Kenesei (GRÜNE): Abgesehen davon, daß ich mich frage, ob hier nicht lokale Interessen eines Verkehrsstadtrates im 22. Bezirk hineinspielen, daß gerade der Teil im 22. Bezirk nicht errichtet wird, wo Sie Ihrer Wählerklientel verpflichtet sind und immer wieder behauptet haben, daß das nicht errichtet wird, möchte ich schon von Ihnen auch hören und wissen, wie Sie sich vorstellen, die schwierigen Finanzierungen hinsichtlich des öffentlichen Verkehrs und der notwendigen Erschließungen im 21. und 22. Bezirk zu bewerkstelligen, wenn Sie gleichzeitig meinen, daß dieser Teil der B 3 unbedingt notwendig ist, ohne dazuzusagen, wer belastet wird, nämlich nicht nur das Budget, sondern welche Bewohner durch diese unsinnige Maßnahme in Zukunft über Gebühr belastet werden.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Erste Bemerkung: Diese Form der Planung hat mit dem Amtsführenden Stadtrat für Verkehr, der zufällig Donaustädter ist, nichts zu tun. Sie überschätzen meine Möglichkeiten, als Donaustädter einige Maßnahmen zu treffen. Daher in aller Deutlichkeit: Diese Form der zwei Abschnitte hat weder mit Personen noch mit aktuellen politischen Positionen etwas zu tun, sondern mit den Planungen und den Überlegungen und den Zusagen des Bundes. Und das ist so, wie ich es bereits dem Kollegen Chorherr erklärt habe: Was den ersten Teil der B 3 betrifft, also den zwischen der Leopoldauer Straße und der Donaufelder Straße, so gibt es ein klares Ja des Bundes. Das ist auch unabhängig davon zu sehen, wie kommende budgetäre Entwicklungen aussehen. Und zum zweiten Teil gibt es auch eine klare Erklärung, warum aus diesen auch von Ihnen erwähnten budgetären Problemen der zweite Teil als nicht aktuell anzusehen ist.

Ich sage daher in aller Offenheit, daß wir selbstverständlich alles, was die Zukunft betrifft, als Stadt für den öffentlichen Verkehr tun, daß wir aber auch für sinnvolle da und dort notwendige Straßenbauten vom Bund entsprechende Mittel brauchen und sie auch, wie wir glauben, zur Verfügung gestellt bekommen.

Daher noch einmal und in aller Klarheit: Es ist eine ökologische Entlastung, ein Wunsch Zehntausender Floridsdorferinnen und Floridsdorfer und auch anderer Bürgerinnen und Bürger, was diesen ersten Teil betrifft; eine Sache, die bereits seit vielen Jahren mit dem Bund akkordiert ist und daher keinen Zusammenhang hat mit zukünftigen und anderen Formen, etwa des Sparpakets oder was immer in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Günter Kenesei (GRÜNE): Nicht nur, daß Sie selber sagen, daß die Planungen schon Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurückliegen und man von einer anderen Verkehrspolitik ausgehen konnte und durfte in dem Zeitraum, sondern auch der bereits offensichtlich zum Standardrepertoire sozialdemokratischer Politiker heruntergekommene Satz "Na selbstverständlich müssen wir für den öffentlichen Verkehr etwas tun" immer wieder zu hören ist, frage ich Sie jetzt ganz persönlich, Herr StR. Svhalek als Mensch (*Heiterkeit bei der SPÖ*) - ich nehme doch an, daß Sie auch als Amtsführender Stadtrat als Mensch hier stehen -: Fühlen Sie sich wohl als Amtsführender Stadtrat, wenn Sie zum Beispiel, so wie im Fall der Frau Slama, eine 77jährige Frau mit Gewalt von ihrem Eigengrund vertreiben, die das erstmal in ihrem Leben vor Gericht stehen darf, weil gegen sie ein Enteignungsverfahren durchgeführt wird? Sie durfte heute am Vormittag in Wind und Eiseskälte dreieinhalb Stunden in ihrem Garten stehen und sich von dem Beamten anhören, wie schrecklich das eigentlich ist, daß sie mit ihren Kolleginnen und Kollegen dort Widerstand leistet und daß sie das alles ja viel einfacher haben könnte, wenn sie doch endlich verkaufen würde und sich von dem Grundstückl "verzupfen tät". Können Sie das als Mensch und als Amtsführender Stadtrat verstehen, daß sich diese Menschen mit Recht wehren werden?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Es ist ja keine Frage, daß ich als Mensch Verständnis dafür habe. Aber wenn wir dazu übergehen, sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter, immer mit Einzelbeispielen, die Sie besonders als grüne Fraktion in drastischer und überzogener Weise darstellen, ohne das Einzelschicksal... (Abg. Günter Kenesei: *Die Frau ist 77 Jahre alt und hat nur den einen Grund!*) Lassen Sie mich auch ein bißchen ausreden! Stört es Sie sehr, wenn ich antworte? Ich will Sie nicht stören, aber bitte geben Sie mir kurz die Möglichkeit, doch die Frage zu beantworten.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich bitte Sie, den Herrn Stadtrat antworten zu lassen!

Amtsf. StR. Fritz Svhalek (*fortsetzend*): Ich sage noch einmal: Es ist jedes Einzelschicksal wichtig. Es ist notwendig, sich um diese Bürger zu kümmern. Wir haben auch, um das klarzustellen - denn Sie behaupten ja auch in diesem Fall nicht immer ganz die reine Wahrheit -, in diesem Fall sehr klar gesagt, daß es dort, wo es notwendig ist, die Bereitschaft gibt, entsprechende... (Abg. Günter Kenesei: *Das hat der Verhandlungsleiter heute vormittag noch nicht gewußt!!*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie! (Abg. Günter Kenesei: *Nur um der Wahrheit willen!!*)

Amtsf. StR. Fritz Svhalek (*fortsetzend*): Meine Wahrheit ist jene, die ich Ihnen jetzt sage, nämlich daß wir die entsprechenden Angebote machen, sowohl im finanziellen Bereich als auch im Bereich der Grundstücke. Und daher ist das ein Fall, der genau in dieser Richtung von uns bearbeitet wird.

Ich habe es schon sehr deutlich gesagt, und das haben auch die anderen Stellen - es betrifft ja nicht nur meine Abteilungen - ausdrücklich formuliert, daß wir in diesen wenigen Fällen, die es noch gibt - und das muß man ja auch einmal sehr deutlich sagen, daß es in Wirklichkeit nur mehr wenige Fälle gibt, wo es zu Differenzen in der Sozialbeurteilung kommt, in der finanziellen Beurteilung kommt -, zu jedem Gespräch bereit sind. Das ist der eine Punkt. Daran lasse ich - und ich sage es noch einmal - nicht röhren! Und mit aller Deutlichkeit: Das sagt Ihnen der Mensch, aber auch der Po-

litiker, daß wir größtes Verständnis und auch Mitgefühl haben; aber wir haben auch ein Angebot gemacht.

Das zweite ist, daß es auch übergeordnete Prinzipien gibt, und ich bin wirklich - noch einmal - sehr froh, wieder den Unterschied zwischen der Verkehrspolitik Ihrer und meiner Fraktion darstellen zu können. (*Abg. Günter Kenesei: Gott sei Dank!*) Ich sage auch "Gott sei Dank", und die Wienerinnen und Wiener sagen zunehmend "Gott sei Dank" (*Abg. Günter Kenesei: Ja, das merke ich!*), daß wir diese Politik betreiben - und nicht in diese abgehobene, theoretische Diskussion, die Sie führen, kommen. Ich sage das mit aller Klarheit. Hören Sie sich auf den Straßen um, reden Sie mit den Leuten (*Abg. Günter Kenesei: In der Straßenbahn zum Beispiel!*), dann wissen Sie, daß unsere Politik, Verkehr zu vermeiden, die öffentlichen Verkehrsmittel zu forcieren, aber da und dort sinnvolle Straßen zu bauen, der richtige Weg ist. Und von dem werden wir uns jedenfalls nicht abbringen lassen, da können Sie noch so viel Szenen inszenieren und einen politischen Gag starten!

Und daher, lieber Herr Landtagsabgeordneter - das sage ich noch einmal -: Das ist eine Linie, die, wie ich glaube, der Realität, der Verkehrspolitik entspricht, auch einem vielfachen Wunsch der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in diesem Bezirk und in anderen Bezirken. Die Darstellung ist eindeutig: Hier geht es um einen Abschnitt, der vorprojektiert ist, wo es entsprechende Zusagen des Bundes gibt, um eine echte ökologische Entlastung für Zehntausende Floridsdorferinnen und Floridsdorfer!

Und beim zweiten Teil geht es darum, sehr deutlich zu sagen: Hier gibt es keine Zusagen, daher ist es nicht aktuell. Und als Beweis dafür werden wir ja - ich glaube, deutlicher kann es ja nicht sein, wie sinnvoll und maßvoll wir unsere Politik einsetzen - etwa im Bereich der U 1-Kagran die Trasse öffnen, um eine Park-and-ride-Möglichkeit zu schaffen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Die 2. Anfrage wurde von Herrn Abg. Dr. Tschirf an den Herrn Landeshauptmann gestellt. - Ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann, die Frage zu beantworten.

Lhptm. Dr. Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte zunächst vorbemerkern, daß die von Ihnen angesprochene Frage, nämlich die Nichtausbeutung der Länder und hier auch Wiens durch Bundesgesetze respektive ihre finanzielle Auswirkung, kein wienspezifisches Problem ist, sondern das eigentlich in der bisherigen Vorgangsweise eine große Solidarität zwischen den Bundesländern ausgelöst hat.

Dies hat auch konkrete Auswirkungen gehabt, denn zur Lösung dieser Probleme hat die Landesfinanzreferentenkonferenz vom 3. November 1994 über Initiative von Wien und Niederösterreich als auch Oberösterreich den Beschuß gefaßt: Jede Gebietskörperschaft hat grundsätzlich die Kosten für die von ihr getroffenen Maßnahmen selbst zu tragen und für deren finanzielle Erfüllung zu haften, es sei denn, es wurde eine andere Vereinbarung zur Finanzierung der Maßnahmen getroffen.

Zur Durchsetzung dieses Grundsatzes stehen zwei Instrumente zur Verfügung:

a) die Verankerung dieses Grundsatzes im Finanzverfassungsgesetz in Form eines klagbaren Anspruchs und

b) die Stärkung des Bundesrates in der Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung nach deutschem Muster.

Ausgehend von diesem grundsätzlichen Konsens zwischen den einzelnen Bundesländern, aber auch einem Konsens zwischen dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Vizekanzler, dem Herrn Bundesminister Lacina und dem Herrn Staatssekretär Dr. Ditz einerseits und einer Delegation der Landeshauptmännerkonferenz andererseits, wurde am 11. November 1994 im Auftrag von Herrn Lhptm. Stix und von Herrn Lhptm. Weingartner eine Arbeitsgruppe von Ländervertretern eingerichtet, die diesen Auftrag entsprechend ausarbeiten und Vorschläge für die Schaffung von Kooperationsinstrumenten zur Vermeidung gegenseitiger Belastung des Bundes und der Länder erstatten soll.

Ein erstes Teilergebnis dieser Bemühungen der Länder zur Hintanhaltung künftiger Belastungen durch Bundesgesetze konnte erst jüngst, in den letzten Tagen, im Gesundheitsbereich erreicht werden. So wurde in den Verhandlungen der Landesfinanzreferentenkonferenz mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen vereinbart, daß in der Verlängerungsperiode des KRAZAF, sofern diese zustande kommt, aber wenn, dann bis Ende 1995, keine Maßnahmen durch Gesetze oder Verordnungen mit Auswirkung auf die Kostenstruktur oder kostensteigernder Art im Spitalbereich gesetzt werden können.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wird eine erste Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Matthias Tschirf (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Sie haben als eine Möglichkeit eine Stärkung des Bundesrates angesprochen. Werden Sie hier konkrete Forderungen von Ihrer Seite erheben, daß tatsächlich der Bundesrat als Instrument der Bundesländer eine Rolle spielt, wie sie vergleichbar der Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland hat?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm. Dr. Michael Häupl: Wir bekennen uns, und ich bekenne mich persönlich selbstverständlich zu diesem Beschuß der Landesfinanzreferentenkonferenz im Grundsatz, und ich werde daher in Folge gesehen die Vorschläge der Arbeitsgruppe, die auch von der Landeshauptleutekonferenz eingesetzt wurde, abwarten, um Detailvorschläge zu erstatten oder entsprechend zu unterstützen. Ich werde jetzt keine vorwegnehmen in dieser Fragestunde, denn das hieße eine Präjudizierung nicht zuletzt auch dieser von der Landeshauptleutekonferenz eingesetzten Arbeitsgruppe. Aber im Grundsatz bekenne ich mich zu diesem Beschuß und folgerichtig auch zu dieser Aussage.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine zweite Zusatzfrage stellen? - Bitte.

Abg. Dr. Matthias Tschirf (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Werden Sie, so wie das der Landeshauptmann des Burgenlandes tut, regelmäßig auch dem Landtag über die Ergebnisse, die im Rahmen dieser Verhandlungen erzielt werden, und Zwischenstände berichten?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm. Dr. Michael Häupl: Ja, ich komme diesem Vorschlag gerne nach und werde dies auch gerne tun, denn ich meine, nachdem wir uns mit sehr vielen Angelegenheiten des Bundes und seine Auswirkungen auf die Wiener Politik unterhalten, daß gerade diese strukturellen Voraussetzungen für eine Verbesserung der Zusammenarbeit im Wiener Landtag durchaus diskussionswürdig sind. Ich komme daher dem Vorschlag gerne nach.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wir kommen zur 3. Anfrage. Sie wurde eingebbracht von Herrn Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. - Herr Landeshauptmann, ich bitte um die Beantwortung.

Lhptm. Dr. Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Frage: "Wie hoch ist der finanzielle Beitrag, den das Land und die Gemeinde Wien im Rahmen der EU-Beitrittskosten im Jahr 1995 zu leisten hat?", läßt sich wie folgt beantworten: Der Beitrag Wiens zu den Kosten des EU-Beitritts wird im Jahr 1995 rund 2,5 Milliarden Schilling betragen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wird eine erste Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (F): 164 Millionen Schilling wurden von Wien als Vorauszahlung für die degressive Abschreibung und für die Lagerabwertung ja schon bezahlt. Es stellt sich nun die Frage: In welcher Höhe kommen nun die Wiener Bauern in den Genuss dieser Gelder, das heißt, wieviel von diesen 164 Millionen Schilling, die hier zweckgerichtet schon bezahlt wurden, kommt den Wiener Bauern zugute?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm. Dr. Michael Häupl: Diese Frage ist zur Stunde nicht beantwortbar, denn wir haben verhandelt und zahlen in einen Topf ein, und die Verteilung dieser Topfes erfolgt nicht von der Stadt Wien selbst, sondern erfolgt im Rahmen der generellen Auszahlung an die Bauern. Ich gehe aber davon aus, daß insbesondere die Gemüsebauern in unserer Stadt entsprechend beteiligt werden. Sollte das nicht der Fall sein, so bin ich vollkommen überzeugt davon, daß sich der Präsident der Wiener Landes-Landwirtschaftskammer, mit dem ich im ständigen Kontakt bin, augenblicklich bei mir melden und um Unterstützung ersuchen wird. Es war auch in der Vergangenheit immer so.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (F): Ich höre jetzt - das dürfte das letzte Ergebnis der Verhandlungen sein -, daß Wien 2,5 Milliarden Schilling zu zahlen haben wird. Ich höre auch, daß Wien durchaus in manchen Bereichen ganz gute Chancen hat, Gelder aus der EU für unterschiedliche Projekte zu erhalten. Aber Faktum ist, daß Wien mit diesen 2,5 Milliarden Schilling offensichtlich Nettozahler ist. Oder in welcher Höhe wird gerechnet, daß Gelder aus der EU wieder zurückfließen?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm. Dr. Michael Häupl: Zunächst einmal, wenn ich kurz darauf verweisen darf, sind die Erfordernisse, die hier zu finanzieren waren, einschließlich des landwirtschaftlichen Bereiches, das heißt, der degressiven Lagerabwertung, etwa 31 Milliarden Schilling. Von diesen 31 Milliarden Schilling bezahlen etwas über 67 Prozent der Bund, also etwas über 21 Milliarden Schilling, rund 5,2 Milliarden Schilling die Länder und rund 4,7 Milliarden Schilling die Gemeinden. Wien ist natürlich Nettozahler, das ist völlig fraglos. Es ist ja Österreich insgesamt gesehen - was ja kein Geheimnis ist - Nettozahler in der Europäischen Union. Eine für uns als Wiener im übrigen ziemlich vertraute Situation, wir sind ja auch Nettozahler, insgesamt gesehen, im Bund, denn bei uns sind die gemeinschaftlichen Bundesabgaben höher als die Rückflüsse, die wir erhalten.

Aber wir werden uns natürlich bemühen, auch wenn es kein Ziel-1-Gebiet, also kein unmittelbares wirtschaftliches Förderungsgebiet in Wien selbst gibt, aus den verschiedenen anderen Töpfen, insbesondere was die Qualitätsfrage betrifft, aber auch was Stadterneuerungsbereiche betrifft, gemäß den Vorschlägen des Herrn Planungsstadtrates hier Mittel zu lukrieren, die wir aus der EU selbst bekommen.

Im übrigen freut es mich natürlich - das darf ich sozusagen zum Abschluß hier sagen -, daß Sie selbst sich der Bauern, vor allem der kleinen Bauern sehr annehmen, und umso mehr bedauere ich es eigentlich, daß die Freiheitliche Partei im Stadtsenat gegen die entsprechenden Vorauszahlungen für den landwirtschaftlichen Bereich gestimmt hat, denn da ist es im konkreten genau darum gegangen, daß die Bauern sehr frühzeitig die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, und umso unverständlicher ist es, warum Sie sich diesen Vorstellungen und auch finanziellen Vorausleistungen nicht anschließen konnten. Aber ich gehe davon aus, es war ein Versehen im Abstimmungsverhalten und ist durch die jetzige Anfrage, die hier im Wiener Landtag gestellt wurde, wieder gutgemacht worden. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Ich kann leider nichts mehr sagen dazu!)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke, Herr Landeshauptmann.

Wir kommen zur 4. Anfrage, eingebracht von Herrn Abg. Dipl.-Ing. Schicker, gerichtet an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen. - Herr Stadtrat, ich bitte um die Beantwortung.

Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Danke, Frau Präsidentin!

Herr Abgeordneter, es ist sehr gut, daß Sie bei der Gelegenheit diese Frage stellen, denn es hat ja nach eingehender Information in den letzten Tagen seitens des Herrn Dr. Görg wieder eine unnötige Polemik in den Medien gegeben, und vielleicht ist es für ihn eine Möglichkeit, auch wenn er

sich jetzt durch die Zeitungen informiert, oder zumindest seine Mitarbeiter, hier eine zusätzliche Information zu bekommen.

Es ist so, daß beamtete Mitarbeiter der Stadt Wien in den letzten Wochen und Monaten sich verschiedene Objekte in Brüssel angeschaut haben, die geeignet sind. Die Auswahl wurde auf drei Objekte reduziert. Ich habe mir selbst diese drei Objekte in den letzten zwei Tagen in Brüssel angesehen. Alle drei Objekte sind geeignet, dennoch habe ich aus verschiedenen Kriterien heraus die Auswahl auf zwei Objekte eingeschränkt. Die zwei Objekte werden jetzt noch untersucht und bewertet hinsichtlich der Tauglichkeit, aber auch der finanziellen Situation, und ich werde dann hoffentlich nächste Woche dem Herrn Bürgermeister und Landeshauptmann einen Vorschlag machen können, welche Empfehlung ich abgeben werde. Ich gehe davon aus, daß wir noch im Frühjahr die eigentliche Vertretung eröffnen; muß aber erwähnen und deutlich feststellen, daß ja indirekt die Stadt Wien durch eine Mitarbeiterin des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds ja bereits in Brüssel vertreten ist. Die Dame leistet eine außerordentlich positive und gute Arbeit, und es geht daher überhaupt nichts für Wien verloren.

Die Kontakte, die wir selbst auch immer wieder mit Vertretern in Brüssel haben, laufen ausgezeichnet. Daher geht es nicht darum, überhaupt Kontakt aufzunehmen, sondern uns auch im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte an diesem wichtigen Ort zu präsentieren und natürlich die Kontakte zu intensivieren. Aber, wie gesagt, ich gehe davon aus, daß wir ein entsprechendes Objekt noch in diesem Frühjahr der Bestimmung übergeben können.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wird eine erste Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Rudolf Schicker (SPÖ): Herr Stadtrat, auch bezugnehmend auf die Polemik der letzten Tage: Welche Rolle wird denn dieses Büro in Brüssel überhaupt haben? Ist es denn überhaupt erforderlich?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Die Situation ist, daß alle Bundesländer, mit Ausnahme von Vorarlberg, das andere Aktivitäten setzt, und von Burgenland, das eine Quasi-Vertretung in der Mission hat, also eine Mitarbeiterin, die das Ziel-1-Gebiet bearbeitet, eine mehr oder weniger große Vertretung haben oder dabei sind, eine solche aufzubauen, ähnlich wie Wien.

Ich glaube nicht, daß sich ein Bundesland wie Wien, die Bundeshauptstadt, in die Situation begieben kann, zu sagen: Wir nicht, wir präsentieren uns in Brüssel nicht. Das ist einmal der Punkt eins.

Punkt zwei: Als Aufgabenstellung sehe ich erstens die Intensivierung der Kontakte mit den einzelnen Dienststellen der Europäischen Union, zweitens, sich in der Stadt Brüssel gerade auch gegenüber allen Vertretern zu präsentieren als eine Kulturhauptstadt, deren Präsenz, formal oder nicht formal, jedenfalls nicht auf ein Jahr festgesetzt ist, und drittens ist Brüssel inzwischen zu einer Art Informationsclearingstelle geworden, nicht nur seitens der Europäischen Union, sondern auch anderer Vertreter bei der Europäischen Union, ob das andere Länder, andere Städte, andere Bundesländer, zum Beispiel der Bundesrepublik, oder Wirtschaftsverbände und andere Interessenverbände sind. Es gilt, diese Clearingstelle wirklich zu nutzen, um unsere Ideen vorzubringen, aber auch um Informationen zu bekommen, die wir hier in Wien verarbeiten können.

Es ist also ein sehr weites Feld an Aktivitäten. Es ist die konkrete EU-Arbeit, es ist die Informationstätigkeit an viele andere internationale Stellen und Organisationen und es ist die Präsentation Wiens als eine Kultur- und Fremdenverkehrsstadt, die wir in Brüssel vorzunehmen haben.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur 5. Anfrage, eingebracht von Herrn Abg. Gerhard Oblasser an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen. - Herr Stadtrat, ich bitte um die Beantwortung.

Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren!

Wie ich eben erwähnt habe, war ich die beiden letzten Tage in Brüssel, und wir haben auch Gespräche geführt vor allem über ein Projekt, das wir ja informell bisher eingereicht haben, das Gürtel-Plus-Projekt. Ich muß dazu sagen, und ich sage das sicherlich mit einem gewissen Stolz, weil es sich hier um die Arbeit von Magistratsbediensteten handelt, daß der Mitarbeiter, der dieses Projekt dort bearbeitet und mit dem wir reden konnten, gemeint hat, sie hätten in der EU noch nie so ein gut formuliertes, klares und aussagekräftiges Projekt bekommen. Daher sind auch die Chancen, eine EU-Förderung zu erhalten, relativ gut. Allerdings werden einige Änderungen notwendig sein, es wird wahrscheinlich eine stärkere Konzentration, eine räumliche Konzentration auf ein Gebiet notwendig sein, und es müßten die Rahmenbedingungen für die Förderungen für diese neue Periode 1995 bis 1999 erst vorbereitet, dem Parlament vorgelegt und dort beschlossen werden. Die Demokratisierung der Europäischen Union, sprich mehr Mitspracherecht des Parlaments, bedeutet natürlich auch einen größeren Zeitaufwand.

Das heißt, ich schätze prinzipiell die Situation Wiens, gerade was das Gürtel-Plus-Projekt betrifft, als sehr gut ein. Formale Beschlüsse werden aber frühestens in Juni gefaßt, und eine formale Einreichung ist auch erst möglich nach Beschußfassung der genauen Richtlinien, weil wir ja unser Projekt noch auf Basis der alten Richtlinien erarbeitet haben. Wir werden dieses Gürtel-Plus-Projekt weiter ausarbeiten, wir werden es verfeinern und bereits unmittelbar nach der Beschußfassung der EU bei der Europäischen Union einreichen. Aber die Chancen sehe ich durchaus sehr positiv.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wird eine erste Zusatzfrage gewünscht? - Bitte , Herr Abgeordneter.

Abg. Gerhard Oblasser (SPÖ): Herr Stadtrat! Es war natürlich klar, daß dieses Projekt in der Urbanförderung gute Chancen hat, aber es gibt ja auch andere Regionaltöpfe in der EU, INTERREG zum Beispiel und andere. Wie würden Sie da die Chancen sehen, noch bei weiteren Möglichkeiten zum Zug zu kommen?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Herr Abgeordneter, bei INTERREG haben wir ein Problem. Wien grenzt nicht unmittelbar an eines der außerhalb der EU befindlichen Länder wie die Tschechische Republik, die Slowakische Republik oder Ungarn. Wir sind aufgefordert worden, sehr im Detail zu begründen, warum wir der Meinung sind, daß Wien an diesem INTERREG-Programm teilnehmen soll, obwohl normalerweise INTERREG-Programme nur zwischen zwei unmittelbar angrenzenden Regionen möglich sind.

Ich glaube, die Argumente liegen ja auf der Hand. Wenn man sie in Brüssel vorbringt, wird das durchaus auch akzeptiert. Aber hier werden wir versuchen, das zu tun.

Das dritte ist, daß im Rahmen der Arbeitsmarktförderung oder der Arbeitsmarktmittel, insbesondere für Benachteiligte auf dem Arbeitsmarkt - Frauen, ältere Menschen, Jugendliche, Langzeitarbeitslose et cetera -, Mittel zur Verfügung stehen. Da müssen wir noch in Österreich durchkämpfen, daß wir seitens des Sozialministeriums eine noch stärkere Akzeptanz bekommen, als derzeit gegeben ist, was die Aufteilung der dafür notwendigen oder zustehenden Mittel auf die einzelnen Regionen betrifft.

Aber es gibt natürlich auch im Bereich der Technologieförderung und anderer Projekte einige Überlegungen. Es ist gerade heute bei der Eröffnung der Ausstellung "Global Village" angesprochen worden, daß wir in den nächsten Tagen auch noch eruieren wollen, wieweit Wien hinsichtlich der Technologien von neuen Telekommunikationsmöglichkeiten ein Projekt einreichen könnte, das doch

auch signalisiert, daß Wien in diese neuen Technologien einsteigen würde, was gerade auch für neue Betriebsansiedlungen, aber auch für die Wiener Industrie sehr wichtig wäre.

Wir werden das volle Potential ausschöpfen. Uns ist klar, daß wir nicht Ziel-1-Gebiet sind, daß wir die traditionelle oder normale Ziel-2-Förderung nicht bekommen. Wir sind halt zu gut für manche Förderungen. Aber lieber sind wir aus eigener Kraft so gut, als daß wir eine Förderung brauchen. Aber dort, wo es um Signale geht und wo es um Pilotprojekte geht, werden wir auch außerurban versuchen, entsprechende Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Die Einstellung gegenüber Wien ist in Brüssel sehr positiv. Aber gerade für diese Zwecke ist es notwendig, vor Ort jemand zu haben, der immer wieder nachstößt und auf die Forderungen und Wünsche Wiens aufmerksam macht.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Keine weitere Zusatzfrage? - Nein.

Wir kommen nun zur 6. Anfrage, eingebracht von Frau Abg. Hannelore Weber an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr. - Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Der Nationalrat hat im Jahre 1993 ein Bundesgesetz über den Zugang zu Informationen über die Umwelt beschlossen, ein sehr wichtiges Bundesgesetz, das eine sehr breite und lange Diskussion im Parlament erfordert hat. Dieses Gesetz gibt den Bürgerinnen und Bürgern sehr gute Möglichkeiten im Zusammenhang mit Umweltdaten, mit Zugang zu Umweltdaten, es behandelt Fragen der Mitteilungspflicht, der Mitteilungsschranken, auch die immer schwieriger zu behandelnde Frage von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, die Frage des Rechtsschutzes, die Veröffentlichung von Umweltschutzdaten. Ebenso ist es klar, daß im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz ein Umweltdatenkatalog zu erstellen und auch ständig zu vervollständigen ist. Darüber hinaus enthält es die Meldepflicht und - auch ein sehr wichtiger Punkt im Zusammenhang mit Information - eine entsprechende Verpflichtung, über Störfälle zu informieren.

Ich sehe daher keine Veranlassung, auf der Grundlage dieses Bundesgesetzes ein eigenes Landes-Umweltinformationsgesetz zu schaffen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Frau Abgeordnete, eine erste Zusatzfrage.

Abg. Hannelore Weber (*GRÜNE*): Sehr geehrter Herr Stadtrat! Das Umweltinformationsgesetz, das mit 1. Juli 1993 in Kraft getreten ist, bezieht sich nur auf die Informationspflicht der Behörde, was bundesgesetzlich übertragene Aufgaben betrifft. Darüber hinaus gibt es aber viele lokale und regionale Behörden, die Umweltdaten sammeln, und für diese würde dieses Bundes-Umweltinformationsgesetz nicht zutreffen.

Wenn Sie jetzt der Meinung sind, daß das Bundesgesetz ausreicht, frage ich Sie daher: Können Sie garantieren, daß in Naturschutzbeseide, die von der Wiener Naturschutzbehörde erlassen wurden, Einsicht genommen werden kann beziehungsweise daß auch in anderen Verfahren, die auf der Landesebene geführt werden, Akteneinsicht, Bescheideinsicht bis hin zum Aktenkopieren gestattet werden wird?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Im Zusammenhang mit anderen Bundes- und Landesgesetzen sowie mit dem Wiener Auskunftspflichtgesetz vom 25. April 1988 glaube ich, daß für die gesamte Materie eine ausreichende Information der Bevölkerung möglich ist.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Frau Abgeordnete, eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Hannelore Weber (*GRÜNE*): Da das Auskunftspflichtgesetz nicht genügend in diese Richtung Umweltinformationsgesetz geht, da das Auskunftspflichtgesetz nur Information vorschreibt, aber keine Einsichtnahme in Akten, Bescheide oder Begleitscheine, genügt das Auskunftspflichtgesetz nicht.

Ich frage daher: Wollen Sie die Sache untersuchen lassen und ein Landes-Umweltinformationsgesetz erstellen lassen, oder wollen Sie sich seitens der EU einer europarechtlichen Klage aussetzen, weil diese Vorgangsweise den Richtlinien der EU total widerspricht?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben offensichtlich hier eine unterschiedliche Meinung. Ich denke, daß mit der bestehenden Gesetzeslage ein Auslangen in der Darstellung auch der politischen Überlegungen gegeben ist. Es ist allerdings so, daß auch diese Frage ein ständig dominanter Prozeß ist, ein fließender Prozeß, und ich meine daher, daß selbstverständlich sowohl eine Bundesregierung als auch eine Landesregierung und ein Landtag ständig die Pflicht haben, verschiedene Überlegungen anzustellen und zu überprüfen.

Ich stehe aus der heutigen Sicht auf dem Standpunkt, daß mit dem Bundesgesetz und den entsprechenden Wiener Maßnahmen das Auslangen gefunden wird, was aber nicht bedeutet, daß hier endgültig, bei einem fließenden Prozeß, das letzte Wort gesagt ist.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wir kommen zur 7. Anfrage, gestellt von Herrn Abg. Georg Fuchs an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadtneuerung. - Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Werner Faymann: Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich kann die Frage sehr einfach beantworten: Es gibt eine Reihe von Grundlagen, die derzeit untersucht werden, ob und in welchem Ausmaß die Wohnbauleistung in unserer Stadt und das Förderungsvolumen für die Zukunft festgelegt werden sollen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine erste Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Georg Fuchs (*ÖVP*): Herr Stadtrat! Die Wohnbauförderungszuschüsse des Bundes sind seinerzeit, wie Sie wissen, aufgrund der vergangenen Steuerreform stagniert, wobei Ihnen sicherlich jetzt bekannt geworden ist, daß es durch die Dynamik der Löhne in Zukunft in Wien wieder zu mehr zweckgebundenen Bundeswohnbaumitteln kommt.

Ich möchte Sie daher fragen: Ergibt sich unter diesem Aspekt eine Änderung der Anzahl der von Ihnen in Aussicht gestellten Förderungen?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Werner Faymann: Da wir uns für die Zukunft noch auf keine Zahlen festgelegt haben, ist die Frage, wieviel Mittel wir von der Bundesseite bekommen, noch nicht für eine neue Zahl relevant. Entscheidend für uns ist: Wann sollen wir überhaupt festlegen und für welchen Zeitraum, wieviel Wohnungen in unserer Stadt gefördert werden?

Wir stehen auf dem Standpunkt: Es ist nicht notwendig, Fünfjahrespläne oder Zehnjahrespläne festzulegen. Es ist viel entscheidender, Rücksicht darauf zu nehmen, wie sich einerseits die Bevölkerung entwickelt, also die Bevölkerungsentwicklung sehr genau zu beobachten, andererseits den Nachfragemarkt genauestens zu untersuchen, um sowohl die Anzahl als auch von der Leistbarkeit her genau zu wissen, welche Wohnungen und letztlich auch in welcher Anzahl Wohnungen in dieser Stadt benötigt werden. Da laufen Untersuchungen, hier gibt es Diskussionen. Und sollten Sie eine Möglichkeit haben, in Ihrer Partei auf Bundesebene mitzuwirken, daß die Bundesmittel steigen, dann würde ich Sie um Unterstützung ersuchen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wird noch eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg. Georg Fuchs (*ÖVP*): Herr Stadtrat! Ich nehme Ihr Angebot an. Werden Sie daher in Zukunft auch einer jahrelangen ÖVP-Forderung nach einer Verstärkung der Subjektförderung bei Existenzgründungen nähertreten beziehungsweise werden Sie dafür sorgen, daß im ausreichenden Ma-

ße auch Wiener Wohnbaumittel, Budgetmittel, für diese jungen Familien in Zukunft zur Verfügung gestellt werden?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Werner Faymann: Sowohl die Frage der Förderung einerseits als auch die Frage jener Wohnungen, die in den nächsten beiden Jahren fertiggestellt werden, haben uns veranlaßt, darüber nachzudenken, ob zu den bestehenden Eigenmittelersatzdarlehen und zu den bestehenden Möglichkeiten der Wohnbäuhilfen, also zu existierenden Subjektförderungen, noch weitere Unterstützungen für junge Familien notwendig sind. Ich halte sie für notwendig.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wir kommen zur 8. Anfrage, eingebracht von Herrn Abg. Dipl.-Ing. Erich Engl an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr. - Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zu der Frage möchte ich grundsätzlich feststellen, daß das Einbringen von Projekten im Rahmen der Europäischen Union und der entsprechenden Programme eine Bundesangelegenheit und daher in erster Linie Sache der Bundesregierung ist. Es setzt natürlich in weiterer Folge die Einigung zwischen den betroffenen Staaten und den Regionen voraus.

Ich sage auch dazu, daß im konkreten Fall des geplanten Donau-Oder-Elbe-Kanals die Sache innerhalb Österreichs so aussieht, daß natürlich die Wasserstraße ebenfalls Bundeskompetenz ist, andererseits nur rund 5 Prozent dieses Gebiets die Stadt Wien betreffen würden, während 95 Prozent der Strecke auf niederösterreichischem Gebiet verlaufen.

Nichtsdestotrotz wurden bereits am 1. September 1994 von einem Vertreter des Herrn Bundeskanzlers Dr. Franz Vranitzky die entsprechende Untersuchung und die Überlegungen an die Europäische Union weitergegeben. Es ist die sogenannte Christophersengruppe, sie erarbeitet die Grundlagen für die transeuropäischen Netze in den Bereichen Verkehr, Energie und Umwelt. Hier sind natürlich von besonderem Interesse die sogenannten Drittlandprojekte, das sind die an die EU angrenzenden Länder, vornehmlich Staaten, die natürlich auch mit der Europäischen Union ein entsprechendes Abkommen abgeschlossen haben. Das konkret von Ihnen angesprochene Projekt erfüllt genau diese Kriterien, die ich angesprochen habe.

Darüber hinaus hat Wien eine Studie der Generaldirektion VII der Europäischen Kommission Verkehr übermittelt.

In dem Zusammenhang sage ich auch noch und darf ich bemerken, daß sich auch Wien unter anderem an der Ausarbeitung des operationellen Programms für die grenzüberschreitende EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II zwischen Österreich und der Slowakischen Republik beteiligt und dort versuchen wird, in konkreter Beantwortung Ihrer Frage eine im ersten Schritt Kosten-Nutzen-Analyse für dieses Projekt aus Mitteln des INTERREG-II-Programms zu finanzieren. Die Verhandlungen darüber sind momentan im Laufen.

Im Rahmen - zweiter konkreter Schritt - der Planungsgemeinschaft Ost werden und sollen auch alle Verkehrsströme und Verkehrsträger nordöstlich von Wien einschließlich der angrenzenden Staaten - Tschechische und Slowakische Republik - untersucht werden. Nach Vorliegen dieser Unterlagen, im Sinne auch Ihrer Anfrage, wird sich Wien bemühen, ein Treffen der drei Verkehrsminister Österreichs, der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik zu diesem Thema unter Beteiligung der betroffenen Länder zustande zu bringen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wird eine erste Zusatzfrage gewünscht, Herr Abgeordneter? - Bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Erich Engl (F): Sehr geehrter Herr Stadtrat! Mitte des Vorjahres hat Herr LhptmStv. Mayr, der als Proponent dieser Planung auftritt, eigentlich kundgetan, daß schon weitestgehend konkrete Zusagen seitens der EU vorliegen.

Mich hätte jetzt eigentlich interessiert, woher diese euphorischen Annahmen stammen, weil es doch eine Reihe von Projekten gibt, die seitens Österreichs eingereicht wurden. Und wie gesagt, in diesem Zusammenhang hätte es mich interessiert, woher diese Einstellung kommt.

Präsident Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist natürlich so, daß bei den Besuchen, die von den verschiedenen Vertretern von Parteien und Regierungen gemacht werden, entsprechende Wahrnehmungen auch in Brüssel zu machen sind. Es ist daher durchaus verständlich, daß der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter gerade im Zusammenhang mit dem Bereich Wasserstraßen hier von der Einschätzung her durchaus positive Signale empfangen hat. Das ist die eine politische Überlegung, die hier durchaus vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter a. D. geteilt wurde.

Der zweite Punkt ist der, den ich Ihnen gesagt habe, nämlich jetzt der Versuch, im Sinne dieser durchaus optimistischen Einschätzung die entsprechenden Schritte einzuleiten.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dipl.-Ing. Erich Engl (F): Es ist ja an sich so, daß wir im Vorjahr festgestellt haben, daß die gesamte Nationalparkplanung bereits seit zehn Jahren läuft und wir eigentlich jetzt in eine Phase treten, wo es also tatsächlich zur Realisierung kommen sollte, wenn Sie so wollen. Bei Durchsicht der Akten mußte ich jetzt leider feststellen, daß gerade hier eine Reihe von Problemen nach wie vor ungelöst ist, die diesen Nationalpark betreffen. Ich darf hier, wie bereits erwähnt, nur die Frage des Donau-Oder-Kanals anführen, damit verbunden auf Wiener Gebiet die mögliche Situierung eines Hafens. Es spielt hier hinein die Südumfahrung von Wien. Es spielt weiters hinein die mögliche Querung der Donau. Es ist hier eine Reihe von Fragen, die letztlich offen sind.

Mich hätte interessiert: Wie stellen Sie sich hier den Planungsablauf vor? Haben Sie vor, eine Planungsgruppe Wien-Niederösterreich einzusetzen, die speziell diese konkreten Punkte, die ja letztlich alle örtlich irgendwie in einem Bereich zusammentreffen, koordiniert und entsprechend vorantreibt?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Grundsätzlich ist es so, daß die Planungsgemeinschaft Ost ja jetzt verstärkt mit all diesen zusammenhängenden Planungen, die Sie richtigerweise erwähnt haben, konfrontiert ist und auch entsprechende Untersuchungen und Unterlagen vorbereitet. Darüber hinaus stehen gerade im Zusammenhang mit dem erwähnten Projekt Nationalpark Donau-Auen, mit den Überlegungen einer Nordostumfahrung, mit dem Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel die entsprechenden Stellen des Landes Niederösterreich und Wiens in einem sehr engen Kontakt. Auch ist es so, daß wir von der Stadt Wien aus - und ich habe erst in den letzten Tagen hier konkrete Gespräche geführt - unsere Vertreter im Bereich der Nationalpark-Donau-Auen-Planung angewiesen haben, jetzt in der letzten Phase - Sie wissen, daß bis 31. Dezember 1995 die Planungsphase noch laufen soll, danach ist ja der politische Wunsch, zumindest von seiten Wiens, sehr deutlich, mit den konkreten Arbeiten am Nationalpark zu beginnen - alle Wiener Überlegungen, jene, die Sie erwähnt haben, andere, die ebenfalls in Diskussion sind, bei diesen konkreten Planungen mitzubearbeiten und sie auch in einem Entwurf für den Nationalpark zu berücksichtigen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke für die Beantwortung.

Wir kommen zur 9. Anfrage, gestellt von Frau Abg. Martina Malyar an den Herrn Amtsführer-Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen. - Herr Stadtrat, ich bitte um die Beantwortung.

LhptmStv. Dr. Sepp Rieder: Frau Präsidentin!

Frau Abgeordnete! Ich habe in den Tagen, nachdem diese Studie zu einem Krankenanstaltenplan veröffentlicht worden ist, kein Hehl daraus gemacht, daß es vielleicht bessere Methoden geben hätte, zu einer solchen umfassenden Regelung zu kommen, daß es aber im Prinzip wichtig ist, daß wir im Gesundheitswesen zu einer österreichweiten, die Landesgrenzen überschreitenden gemeinsamen Planung kommen.

In dem Sinn hat heute eine Aussprache zwischen Frau Gesundheitsministerin Dr. Krammer und mir stattgefunden, wo wir die weitere Vorgangsweise vereinbart haben. Wir haben vereinbart, daß zwischen Wien und dem Bund eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet wird, die zunächst in bilateralen Verhandlungen diesen Vorschlag eines Krankenanstaltenplans überarbeitet - und ich werde mir dann erlauben, auch einige Argumente zu sagen, warum wir es für notwendig halten, daß es zu einer Überarbeitung kommt -, wo ferner auch die Finanzierungsfrage einbezogen wird, und zum dritten ist auch ein Terminplan festgelegt worden. Sie wissen, daß in den Verhandlungen über die Spitalsfinanzierung zwischen den Finanzreferenten der Länder, der Sozialversicherung und dem Bund festgelegt worden ist, daß das, was bisher die KRAZAF-Vereinbarung dargestellt hat, einmal auf ein Jahr verlängert wird, daß aber dann endgültig eine andere Form der Finanzierung gefunden werden muß und daß dafür auf der einen Seite ein Gesamtkonzept der Gesundheitsversorgung ermittelt werden soll und man sich auch einen soll auf eine konkretere, bessere Form der Spitalsfinanzierung und damit auch Leistungsverrechnung.

Dieses Ziel, bis zum Ende des Jahres ein solches Gesamtkonzept für Österreich festzulegen, setzt voraus - nach unserer Einschätzung -, daß in den ersten drei Monaten jedenfalls für den gewichtigsten Bereich des Spitals- und Gesundheitswesens - und das ist ohne Frage die Bundeshauptstadt Wien, ein gesundheitsrelevantes Zentrum, wie es kein anderes in Österreich gibt - eine Regelung getroffen wird. Also Terminplan: in den nächsten drei Monaten eine Festlegung, eine gemeinsame Festlegung.

Eine Bemerkung vielleicht noch zur Frage: Welchen Stellenwert hat derzeit dieser Krankenanstaltenplan? Nach den bisher bestandenen gesetzlichen Regelungen, von denen aufgrund der geschilderten Vereinbarung zur Verlängerung des KRAZAF anzunehmen ist, daß sie verlängert werden für das Jahr 1996, ist dieser österreichische Krankenanstaltenplan so lange nicht verbindlich, als nicht eine Übereinstimmung mit allen Bundesländern erzielt werden kann. Bis dahin gelten die Landeskrankenanstaltenpläne. Wir haben ja in Wien einen vor mehreren Jahren bereits konkret ausgearbeiteten Krankenanstaltenplan, auf den wir uns auch in unseren Finanzierungswünschen berufen. Dieser Wiener Krankenanstaltenplan und nicht der Krankenanstaltenplan des Gesundheitsministeriums ist daher die Grundlage für alle Finanzierungsfragen im Zusammenhang mit der Fortschreibung des KRAZAF für 1995. Also derzeit ist diese Studie unverbindlich.

Zweiter Punkt: Warum Kritik? Nun, die Kritik an dem Entwurf des ÖBIG, also des Österreichischen Bundesinstituts für Gesundheitsfragen, betrifft massiv vier Punkte.

Der eine Punkt ist, daß viele wesentliche Fragen, wo es eine österreichweite Gesamtplanung geben sollte, in diesem Plan entweder überhaupt ausgespart sind oder nur sehr mangelhaft konkretisiert sind. Der Plan enthält keine konkreten Angaben über die Frage: Welchen Bedarf gibt es an kardiologischer Versorgung, also Herzbetreuung, Herzbehandlung? Wieviel Katheterplätze brauchen wir in ganz Österreich? Das ist nicht enthalten. Es ist keine Analyse enthalten, inwieweit Weiterentwicklungen in der Kardiologie zum Beispiel in Zukunft diese oder jene Herzoperation entbehrlich machen können. Also es fehlt jede Bedarfsanalyse für die Herzversorgung. Es fehlt jede Bedarfsanalyse für die Gefäßchirurgie, für Schlaganfallpatienten. Es fehlt die Versorgungsanalyse etwa für die zentrale Frage, wo jetzt in welchem Umfang die Herzoperationen durchgeführt werden müssen.

Und daß das ein ganz wesentlicher Punkt ist, möchte ich Ihnen nur an einem Beispiel deutlich machen. Ich bekomme zunehmend Mitteilungen aus Niederösterreich, Burgenland und Wien, daß der

zuständige herzchirurgische Primarius im AKH in Linz die Kardiologen in Niederösterreich, Wien und Burgenland anschreibt mit dem Hinweis, daß er keine Patienten aus Ostösterreich operieren kann, weil sein Spitalsehalter in Linz ihm die Erweiterung der Kapazität nicht nur untersagt hat, sondern auch Einschränkungen angeordnet hat. Es kann ja doch nicht sein, daß jetzt die Ostregion, insbesondere Wien, eine volle Versorgung unternimmt und alle anderen herzchirurgischen Zentren, die es gibt, insbesondere Linz und Innsbruck, sich zurücklehnen und schauen: Was werden da die Wiener machen?

Also hier bedarf es einer österreichweiten Gesamtplanung, und die fehlt da drinnen.

Es fehlt auch jede konkrete Planung etwa auf dem Gebiet der Dialysepatienten. Es fehlt die konkrete Planung in diesem und in anderen Bereichen.

Oder es fehlt zum Beispiel auch die Untersuchung: Wie werden in Zukunft österreichweit die Schwerpunkte gebildet in der Intensivbetreuung von frühstgeborenen Kindern? Also wir haben in Wien eine solche Detailplanung durchgeführt, aber es liegt auf der Hand, daß es ja auch für Niederösterreich und für die angrenzenden Bundesländer Regelungen geben muß.

Und was fehlt noch im Plan? - Es fehlen konkrete Feststellungen darüber, was hinsichtlich des Transfers der Patienten zwischen den Bundesländern jetzt konkret in Zukunft geschehen soll. Man verabsäumt, darauf hinzuweisen, daß das Problem der sogenannten Gastpatienten zwar quantitativ in Wien das größte ist, daß es aber zum Beispiel einen beachtlichen Patiententransfer aus Vorarlberg nach Tirol gibt und genauso einen Transfer zwischen Osttirol und Westkärnten in mehrfacher Hinsicht und daß alle diese Fragen einmal in einer vernünftigen Regelung geklärt werden müssen.

Es gibt dann noch eine Reihe anderer Punkte, die dazu führen, daß man sagt: So wie der Plan jetzt vorliegt, ist manches unverständlich. Das gilt auch für die Frage der Schließungen. Bei der Frage der Schließungen beispielsweise, was jetzt Wien betrifft, wird alles das übersehen, was hier vom Gemeinderat entweder mit voller Zustimmung aller Fraktionen oder mit einer überwiegenden Mehrheit beschlossen worden ist. Das ist ja nicht eine Frage der politischen Auseinandersetzung, sondern diese Entscheidungen des Wiener Gemeinderats haben sich auf eine eingehende fachliche Diskussion gestützt. Das heißt, wir sind in dieser oder jener Frage sehr konkret durch Einholung von Gutachten, durch Beziehung von Experten an die Sache herangegangen, und das kann man nicht einfach so wegwischen. Also da hat es auch eine klare Erklärung gegeben, daß wir diese Schließungen sicher nicht durchführen werden und daß wir sicher nicht bereit sind, etwa die große Geburtenklinik Semmelweis mit 3 000 Geburten jährlich zu schließen. Das gibt keinen Sinn. Wo sollen diese Geburten denn sonst stattfinden?

Es gibt für das Mautner Markhof'sche Kinderspital ein, glaube ich, sehr wichtiges Vorhaben, nämlich dort ein Rehabilitationszentrum, und zwar insbesondere was Unfälle, Geburtsfehler betrifft, einzurichten. So etwas gibt es nicht nur in Wien sonst nicht, sondern überhaupt in ganz Österreich nicht, also etwas, was für die Zukunft eine wichtige Entwicklung darstellt.

Und so denke ich, daß wir in diesem Punkt sehr konkret auch bereit sein müssen, auf der anderen Seite mitzuwirken an einem Gesamtkonzept, aber nicht zu Lasten der Wiener Patienten und nicht zu Lasten des Wiener Steuerzahlers.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine erste Zusatzfrage? - Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Martina Malyar (SPÖ): Sie haben einen sehr wesentlichen Punkt erwähnt, nämlich die Finanzierung des Spitalswesens. Dabei geistert ein Begriff, ein Schlagwort herum, und zwar das leistungsorientierte Spitalsfinanzierungsmodell. Gibt es Auffassungsunterschiede in der Interpretation, was das leistungsorientierte Spitalsfinanzierungsmodell ist, zwischen Ihnen und dem Bund? Gibt es Auffassungsunterschiede, und welcher Meinung sind Sie?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

LhptmStv. Dr. Sepp Rieder: Frau Abgeordnete! Es ist natürlich so, daß zwischen dem Krankenanstaltenplan und der Verrechnungs- und Finanzierungsfrage ein unmittelbarer Zusammenhang besteht und bestehen muß.

Daher haben wir heute mit der Frau Gesundheitsministerin vereinbart, daß auch diese Fragen in der bilateralen Arbeitsgruppe behandelt und erledigt werden müssen, denn so wie der Krankenanstaltenplan jetzt vorliegt, ist er auf die Schließung kleinerer Spitäler ausgerichtet. Das vom Gesundheitsministerium gleichzeitig forcierte Finanzierungsprogramm ist hingegen darauf ausgerichtet, kleine Spitäler, die mit relativ wenig Personal auskommen können und nur im unteren Bereich der Medizinversorgung aufscheinen, zu begünstigen. Diese bekommen zum Teil mehr, als sie tatsächlich an Kosten haben. Das ist aber ein Widerspruch!

Wenn ich der Meinung bin, daß die großen Leistungszentren forciert werden müssen, muß das in der Finanzierungsfrage auch durch Anreize gefördert oder zumindest nicht durch finanzielle Bestrafung verhindert werden. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt!

Das zweite ist, daß wir - im Gegensatz zum Bund - der Meinung sind, daß es nicht einfach so sein kann, daß jedes Spital begünstigt wird, das - unter den gesetzlich vorgeschriebenen Ausstattungskriterien - mit weniger Ärzten und mit weniger Krankenschwestern arbeitet, und diejenigen Spitäler bestraft werden, die im Interesse der Patienten - aber natürlich auch der Mitarbeiter - den gesetzlich vorgeschriebenen Standard an Personal haben. Das ist im gegenwärtigen System, das vorliegt, aber enthalten.

Das nächste ist - auch darüber ist heute gesprochen worden, und es gibt bereits eine Anerkennungserklärung -, daß es nicht sein kann, daß Spitäler in einem Einheitstopf gleich behandelt werden, ohne Unterschied, ob es Universitätsspitäler sind, welche hohe Aufgaben in Wissenschaft und Forschung sowie in der Lehre zu bewältigen haben, ob es sich um ein Schwerpunktspital mit einer Hochleistungsmedizin handelt oder ob es sich um ein Standardspital handelt. Es ist notwendig, dies auseinanderzuhalten, denn es fallen unterschiedliche Kosten an.

Es muß auch berücksichtigt werden, daß Operationen oder Behandlungsformen, die in einem Standardspital durchgeführt werden können - also sozusagen mit einem niedrigeren Standard -, nicht auf einer anderen Ebene mühselig herausgerechnet werden können, weil doch jeweils eine Gesamtpauschalsumme gegeben ist.

Wir drängen darauf, daß diese Unterscheidungen, die sinnvoll sind und welche jeder versteht, auch im Verrechnungssystem Eingang finden.

Ferner glauben wir, daß man bestimmte Kosten einfach verbindlich vorschreiben muß und es nicht möglich ist zu sagen, es gibt Durchschnittswerte und jeder geht nach diesen vor. Wenn wir eine Kostendämpfung ohne Senkung des Standards erreichen wollen - also ohne, daß der Patient draufzahlt -, muß das sehr konkret festgelegt und dann auch verbindlich vorgeschrieben werden. Daher ist es wichtig, daß auch dies ein Gegenstand der Verhandlungen ist und wir nicht automatisch das übernehmen, was in einer Arbeitsgruppe und um viel Geld erarbeitet worden ist.

Es kann doch nicht sein, daß man, nur weil etwas in der Entwicklung viel Geld gekostet hat, nicht davon abgehen kann. Wir sind der Meinung, daß man sich sehr wohl genau überlegen kann, ob man jetzt nicht noch jene Veränderungen vornimmt, die wir erarbeitet und übrigens auch vorgeschlagen haben.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Frau Abgeordnete, eine zweite Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Martina Malyar (SPÖ): Ich möchte eigentlich interessehalber vom Spital einen Schritt weiter gehen, sozusagen in das Vorfeld, und zwar zu den niedergelassenen Ärzten.

Die Frau Bundesministerin Krammer hat ein Konzept für einen Großgeräte- und Niederlassungsplan gefordert und arbeitet ihn auch aus.

Ich frage Sie, inwieweit Sie diese Überlegungen für Wien anstellen und inwieweit hier ein Konzept - egal in welche Richtung - vorliegt.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Herr Stadtrat, bitte!

LhptmStv. Dr. Sepp Rieder: Frau Abgeordnete, ich glaube, dabei sollten wir alle die Frau Bundesministerin voll und ganz unterstützen.

Ich glaube, ein Krankenanstaltenplan hat keinen Sinn, wenn er nicht auch mit einer Festlegung der Großgeräte gekoppelt ist, ohne daß ich jetzt die Dimension der Kosten überschätze. Aber die Folgekosten, die mit dem Einsatz von Großgeräten verbunden sind, sind beachtlich. Daher ist es eine wichtige Frage, wenn man zu einem kostendämpfenden Gesamtkonzept kommen will.

Das zweite ist, es wird ununterbrochen davon gesprochen, daß die Spitäler zu teuer sind und vieles davon außerhalb kostengünstiger geschehen kann. Wir versuchen in Wien seit vielen Jahren darauf hinzuwirken, daß neue Strukturen bei den niedergelassenen Ärzten - umfassende Ordinationszeiten und Ordinationen, die auch am Wochenende erreichbar sind - jene Leistungssteigerung erreichen, die es möglich macht, daß in den Spitäler Leistungen zurückgenommen werden können. Es hat wenig Sinn, immer nur zu propagieren, dort sollte etwas geschehen, aber es geschieht nichts, und die Patienten haben dann keine andere Möglichkeit, als in das Spital zu gehen.

Wir wissen, welche Schwierigkeiten es bereitet, Facharztordinationen und auch Ordinationen für Allgemeinmediziner in die neuen großen Entwicklungsbezirke zu bringen. Es nützt der Wiener Bevölkerung im 10., 11., 21., 22. oder 23. Bezirk nichts, wenn es rings um den 1. Bezirk einen Überstand an Ordinationen gibt, sondern wir brauchen eine entsprechende Anzahl von Ordinationen auch in diesen großen Bezirken. Es gibt Untersuchungen, die zeigen, wie diese Bezirke benachteiligt sind. Wir können das als Stadt Wien zwar fördern, indem wir Ordinationsräumlichkeiten zur Verfügung stellen, aber wir können niemanden zwangsverpflichten.

Es wäre aber wichtig, auf einer Ebene zentral - durch verbindliche Anordnung über die Sozialversicherung - dafür zu sorgen, daß Ordinationen in anderen Bezirken erst dann zugelassen werden, wenn die Ordinationen in diesen Mangelbereichen besetzt sind. Dann könnte ein Druck auf eine gleichmäßige Verteilung ausgeübt werden. Wir haben diese Möglichkeit nicht. Das Gesundheitsministerium kann sich diese Möglichkeit aber über den Gesetzgeber verschaffen und sollte es auch tun!

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke, Herr Stadtrat!

Somit ist die Fragestunde beendet.

Schriftliche Anfragen wurden von Landtagsabgeordneten der Grünen - Grüne Alternative Wien 4, der Österreichischen Volkspartei 3 und der Freiheitlichen 5 eingebracht.

Vor Sitzungsbeginn sind von Landtagsabgeordneten der Österreichischen Volkspartei 1 und der Freiheitlichen 3 Anträge eingelangt. Den vier Fraktionen wurden vor Sitzungsbeginn alle Anträge schriftlich bekanntgegeben. Die Zuweisung erfolgt wie beantragt.

Von der Bezirksvertretung Wieden wurde ein Antrag, betreffend Änderung der Bauordnungs-Novelle eingebracht. - Diesen Antrag weise ich dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien zu.

Die Abgen. Ing. Riedler, Prinz, Dr. Wawra, Kenesei und Genossen haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird, eingebracht. - Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien zu.

Die Abgen. Ing. Riedler, Ing. Huber, Ing. Svoboda und Genossen haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem die Bauordnung für

Wien und das Wiener Kleingartengesetz geändert werden, eingebracht. - Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien zu.

Die Abgen. Ing. Huber, Ing. Svoboda, Ing. Riedler und Genossen haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Novellierung des Wiener Garagengesetzes hinsichtlich des Einstellens elektrisch betriebener Kraftfahrzeuge sowie des Aufladens ihrer Batterien in Garagen, eingebracht. - Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien zu.

Der Herr Amtsführende Stadtrat für Umwelt und Verkehr hat sich gemäß § 17 der Geschäftsordnung zu einer Mitteilung, betreffend Mochovce, zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dem Öffnen der politischen und gesellschaftlichen Mauer in Osteuropa wurde dem Westen erst wirklich bewußt, welche katastrophale ökologische Situation in Osteuropa vorherrscht. Es ist daher - und es wird in Zukunft noch notwendiger sein - dieser Entwicklung, diesem Ansehen von Schäden und dieser Weiterentwicklung der ökologischen Situation besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Besonders notwendig, meine Damen und Herren, ist das, wenn - wie im Falle des Atomkraftwerks Mochovce - auch die österreichische und speziell die Wiener Bevölkerung bedroht sein kann, falls dieses Werk gebaut wird!

Ich halte es daher für äußerst notwendig, darüber hier und jetzt zu diskutieren. Ich habe eigentlich kein Verständnis dafür - und das kann ich, glaube ich, auch im Namen der Wiener Bevölkerung sagen -, wenn dies verzögert wird und man eine Diskussion zu einem Zeitpunkt durchführen will, der nicht dem Stellenwert dieser Problematik entspricht! *(Beifall bei den GRÜNEN, Lhptm. Dr. Michael Häupl und Abg. Harry Kopietz.)*

Ich glaube daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß uns gemeinsam die Wichtigkeit der Situation bewußt sein muß!

Es geht auch für Osteuropa darum, eine umweltverträgliche Entwicklung der Wirtschaft in diesen Ländern - ohne die Fehler des Westens zu machen - einzuleiten. Jedenfalls ist die Errichtung von Atomkraftwerken auch in wirtschaftlicher Hinsicht der falsche Weg, vor allem wenn man weiß, welche Gefahren durch die Vorfälle in Harrisburg oder Tschernobyl bereits vorhanden gewesen sind. Es ist daher nicht nur eine ökologische Bedrohung, sondern auch eine wirtschaftlich kurzfristige Strategie.

Ich glaube daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die finanziellen Mittel - die Hilfestellung von der Weltbank, vom Internationalen Währungsfonds, aber auch von der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung -, die es für ökologische Projekte gibt, sinnvoll gerade für diese Projekte und damit auch für andere Formen der Energie verwendet werden sollten.

An die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung richte ich hier den Appell, im Zusammenhang mit Mochovce keine Mittel für dieses Kernkraftwerk zur Verfügung zu stellen! Ich sage auch, daß gerade die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und ebenso die slowakische Regierung endlich die objektiven Faktoren erkennen müssen! Objektive Faktoren sind die Sicherheitsmaßnahmen, die entsprechenden Warnungen der wissenschaftlichen Untersuchungen und Feststellungen, aber auch - aus Wiener Sicht - die tatsächlichen Gefährdungspotentiale der Wiener Bevölkerung!

Ich fordere daher ernsthaft und konkret auf, daß die Betreiber - die Bank und auch die slowakische Regierung - diese Bedenken der Wienerinnen und Wiener mehr als ernst nehmen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich sage auch klar und deutlich - als Position der Stadt Wien -, es gibt klare Zusagen und klare Vorgaben der Europäischen Bank an die slowakische Regierung, etwa durch die Abhaltung eines Hearings die Fragen der Kreditgewährung überhaupt zu diskutieren. Ich stelle heute dezidiert fest, daß diese Vorgaben bis dato nicht erfüllt wurden und daher für uns nur der Schluß sein kann - wie es den Vorgaben der Europäischen Bank entspricht -, Mochovce nicht zu bauen!

Darüber hinaus sage ich mit aller Klarheit, daß wir auch versuchen werden - das ist unsere politische Strategie, die vor allem unser Bürgermeister Dr.-Michael Häupl federführend vorantreibt -, immer wieder auf die wirtschaftliche Unnotwendigkeit dieses Atomkraftwerks aufmerksam zu machen und - wie er es auch formuliert hat - den Banken klarzumachen, daß es aus wirtschaftlicher Sicht einer Bank - sei es die Kreditgewährung, die Gebung von Darlehen oder anderen Kontrollorganen - nicht notwendig ist, dieses Mochovce zu bauen.

Ich meine, daß die Politik alles zu tun hat, um diese Fakten aufzuzeigen und auch zum Wohle der Bevölkerung entsprechend aktiv zu werden. Ich sage auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Bundesregierung ihre Aktivitäten verstärken muß und sie die entsprechenden Maßnahmen zwischen den Städten, Gemeinden und den Bundesländern koordinieren soll. Die Bundesregierung muß die Europäische Bank und andere Stellen noch stärker als bisher auffordern, auf diese Kreditgewährung zu verzichten! Es muß von der Bundesregierung - aber auch von den Landesstellen - in rechtlicher Hinsicht alles unternommen werden, um die Möglichkeiten gegen die Betreiber und andere Betroffene auszuschöpfen, es muß aber auch die entsprechende Hilfestellung angeboten werden!

In diesem Zusammenhang stelle ich eine konkrete Forderung an die österreichische Bundesregierung. Wir wissen, daß im Dezember 1991 36 Länder - darunter auch Österreich - die Europäische Energiecharta unterschrieben haben. Die EG-Kommission hat auf Anregung dieser im Februar 1991 mit einem entsprechenden Entwurf vorgelegt und im Dezember 1991 beschlossen.

Diese Europäische Energiecharta legt die Grundsätze für die Zusammenarbeit westlicher und östlicher Unternehmungen fest, gibt konkrete Richtlinien für die Investitionstätigkeit und den Handelsaustausch und stellt gemeinsame Normen, technische Standards sowie die Kooperation bei Forschungsvorhaben fest. Diese Europäische Energiecharta ist ein Netzverbund zwischen Ost- und Westeuropa, der den gegenseitigen Zugang zu den Reserven mit den Märkten sichert.

Die Charta, meine sehr geehrten Damen und Herren, basiert auf dem Prinzip der Integration und des Dialogs. Der Effekt der gegenseitigen Verflechtungen wird nicht nur in die Ost-West-Richtung betrieben, sondern auch die Ost-Ost-Dimension muß zum Tragen kommen.

Ich meine daher - aus der Sicht Wiens -, daß diese Europäische Energiecharta ein wesentlicher und konkreter Kooperationsvertrag und ein Betätigungsfeld ist - beispielhaft zur Schaffung eines neuen Vertrauensklimas und in der Folge zu Technologietransferierung und Marktöffnung.

Ich fordere daher an dieser Stelle die österreichische Bundesregierung auf, im Sinne dieser Europäischen Energiecharta ihre Mitgliedschaft zu nutzen, dort Forderungen nach dem Ausstieg aus der Kernenergie und den Kernkraftwerken zu forcieren und auch entsprechend politisch zu unterstützen! (Beifall bei der SPÖ und Abg. Dr. Peter Pilz.)

Ich sage Ihnen daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es nicht nur politisch bedenklich wäre, wenn wir unsere Stimme als Stadt Wien nicht erheben, sondern ich meine auch, daß es eine politisch falsche Entscheidung ist - und zwar gesellschaftspolitisch falsche Entscheidung -, wenn wir es zulassen, gegen Mochovce nichts zu tun. Wenn wir gemeinsam, meine sehr geehrten Damen und Herren, die wirtschaftliche, die soziale und die ökologische Situation in Osteuropa unterschätzen und nicht rechtzeitig unsere Stimme des Dialogs und der Kooperation erheben, kann das zu einem Gefahrenszenario führen, das einen permanenten Krisenzustand in diesen neuen politischen und ökonomischen Strukturen fördert. Soziale Unruhen, keine Weiterentwicklung der Demokratie in

diesen Ländern, kein gesellschaftlicher Rückhalt für ihre Formen und die endgültige Zerstörung der Umwelt mit allen Auswirkungen auf uns sind die politischen Konsequenzen, wenn es uns hier nicht gelingt, entsprechenden politischen Druck zu erzeugen!

Meine Damen und Herren, man sieht in Andeutungen und Ansätzen in der slowakischen Republik, daß diese Polarisierung in der politischen Situation letztendlich auch zu einem Teufelskreis aus Anarchie und autoritarem und politischem Eingriff führen kann. Ich glaube, es geht daher beim Kampf gegen Mochovce- und bei der gesamten Bewältigung der Energiesituation auch um die gesellschaftspolitische Dimension, die dahintersteckt.

Wir haben allen Grund, aktiv zu sein und unsere Stimme entsprechend zu erheben. Darum, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es auch bei Mochovce und bei unseren Aktivitäten. Ich glaube, daß es notwendig ist, diese sozialen, ökonomischen und ökologischen Hintergründe aufzuzeigen.

So bin ich sehr froh - um zum Abschluß zu kommen -, daß der Wiener Landtag - über alle Parteidgrenzen hinweg - eine klare Linie aller Parteien gemeinsam verfolgt! Ich glaube auch, daß das kein Thema ist, das sich zu parteipolitischer Polemik eignet! Ich glaube, daß dies eine richtige Vorgangsweise im Interesse der Wienerinnen und Wiener ist! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke dem Herrn Amtsführenden Stadtrat für die Mitteilung.

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz gemeldet.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (*F*): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben die Mitteilung des Herrn Stadtrats gehört. Mitteilungen werden erst am Ende der Sitzung - so sieht es jedenfalls die Geschäftsordnung vor - diskutiert. Das ist der früheste Zeitpunkt, zu dem diese Diskussion erfolgen kann.

Ich halte das für wirklich problematisch! Auf der einen Seite beginnen wir mit dieser Landtagssitzung auf alleinige Entscheidung der Sozialdemokraten erst um 13 Uhr und nicht - wie bisher alle Sitzungen - um 9 Uhr, und auf der anderen Seite kann dann zwar eine Mitteilung des Stadtrats erfolgen, die Diskussion aber erst am Ende der Sitzung stattfinden, außer wir beugen die Geschäftsordnung oder steigen in die Postnummer 1 - in die Besoldungsordnung - ein und diskutieren dann in der Besoldungsordnung über Mochovce.

Daß wir bei diesem außerordentlich wichtigen und ernsten Thema - wie es das Atomkraftwerk, der Bau und die Finanzierung darstellen - in diese Situation gelangt sind, meine Damen und Herren, ist eine Vorgangsweise der Sozialdemokraten, die wir in dieser Form nicht unterstützen und auch nicht decken können, wenngleich wir der gemeinsamen Resolution zu Mochovce zustimmen! (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ebenfalls zur Geschäftsordnung hat sich Herr Dr. Pilz gemeldet. - Bitte!

Abg. Dr. Peter Pilz (*GRÜNE*): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin heute in der Früh informiert worden, daß es einen Konsens gibt, im Anschluß an die Mitteilung des Herrn StR. Svhalek eine Debatte durchzuführen, und halte das für eine Selbstverständlichkeit. Es war auch bisher üblich, daß solche Debatten im Konsens möglich waren. Es war auch bisher üblich, wenn es nicht möglich war, einen 100prozentigen Konsens herzustellen, beim ersten darauffolgenden Tagesordnungspunkt vollkommene sachliche Freiheit zu geben und die Diskussion zur Mitteilung zuzulassen. Der zweite Weg kann noch immer gegangen werden.

Ich möchte aber einmal wissen, wie wir überhaupt in die paradoxe Situation kommen, daß es zuerst einen Konsens gibt, daraufhin ein gemeinsamer Antrag erarbeitet wird und ich jetzt feststellen

muß, daß außer uns nur noch die sozialdemokratische Fraktion zu ihrem Wort steht und wir in der paradoxen Situation sind, daß der Amtsführende Stadtrat - der in anderen Landtagen vielleicht ein Interesse hätte, daß nicht gleich über seine Mitteilung diskutiert wird - sogar hier vom Rednerpult aus protestieren muß, daß zwei Oppositionsparteien nicht einverstanden sind, wenn gleich diskutiert wird, also die Opposition mehrheitlich erklärt, wir versuchen alles, damit die Rolle der Opposition nicht zum Tragen kommt und die Diskussion nicht gleich stattfindet. Das hat nichts mit der Geschäftsordnung zu tun. Das hat damit zu tun, daß einige Damen und Herren hier die Debatte nicht gleich wollen.

Im Fall der Österreichischen Volkspartei und des Klubobmanns Prochaska scheint mir das Motiv klar auf der Hand zu liegen. Wir werden heute - entweder gleich oder später - darüber diskutieren, wie hinter dem Rücken der österreichischen Bevölkerung Wirtschaftsminister Schüssel...

Präsidentin Ingrid Smejkal (*unterbrechend*): Herr Abgeordneter, ich bitte Sie wirklich zur Geschäftsordnung, zu der Sie sich gemeldet haben, zu sprechen!

Abg. Dr. Peter Pilz (*fortfahrend*): Frau Präsidentin, ich möchte - so wie mein Vorredner - einen Antrag begründen und werde - im Gegensatz zu ihm - einen Antrag einbringen. Ich bitte, auch das festzuhalten. (*Abg. Johannes Prochaska: Das ist nicht geschäftsordnungskonform!*) Ich werde einen Antrag einbringen (*Abg. Johannes Prochaska: Sie können keinen Antrag auf Bruch der Geschäftsordnung einbringen!*) und darf diesen Antrag jetzt in der Begründung zum Ende bringen. (*Abg. Johannes Prochaska: Nein! Das gibt es nicht!*) Ich ersuche wirklich, das tun zu dürfen! (*Abg. Johannes Prochaska: Der Bruch der Geschäftsordnung ist unzulässig!*)

Es gibt ein Motiv - und dieses Motiv heißt "Wolfgang Schüssel decken". (*Abg. Johannes Prochaska: Peter Pilz - wieder einmal beim Inszenieren!*) Und zwar in der Hinsicht zu decken, daß es eine Geheimstudie des Wirtschaftsministeriums zum Bau von Atomstrom-Transitleitungen quer durch Österreich gibt, diese Studie vor der österreichischen Bevölkerung geheimgehalten wird und der Wirtschaftsminister bereit und drauf und dran ist, die Leitungen für Mochovce auf Kosten der Steuerzahler kreuz und quer durch Österreich zu bauen. (*Abg. Johannes Prochaska: Das ist nicht wahr!*)

Daher stelle ich den Antrag - auch wenn es der ÖVP in ihrer Solidarität mit Dr. Schüssel nicht paßt (*Abg. Johannes Prochaska: Also bitte! Das ist mir doch wirklich egal!*) - an Sie alle, gemeinsam zuzulassen und sicherzustellen, daß jetzt im Anschluß an die Mitteilung im Einvernehmen (*Abg. Johannes Prochaska: Das ist nicht geschäftsordnungskonform!*) - wie es in diesem Hause bereits einige Male passiert und auch üblich ist - eine Debatte darüber erfolgen kann! - Danke! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Auch Herr Klubobmann Prochaska hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Abg. Johannes Prochaska (*ÖVP*): Geschätzte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist wirklich hochinteressant, daß die Atomkraft eines geplanten ausländischen E-Werks heute etwas erzwingt, was seit ungefähr einem dreiviertel Jahr von der SPÖ unter tatkräftiger Mithilfe des heuchlerischen Dr. Pilz zu Grabe getragen wurde (*Beifall bei der ÖVP. - Buhrufe bei den GRÜNEN.*) - nämlich die Renovierung der Geschäftsordnung. (*Abg. Hannelore Weber: Sie lassen die Debatte heute nicht zu! Wer ist also heute schuld daran? Warum haben Sie zuerst ja gesagt?*)

Die Geschäftsordnung sieht vor, daß eine Mitteilung am Ende der Debatte (*Abg. Hannelore Weber: Warum haben Sie zuerst ja gesagt?*) - Sie werden es nicht ändern, Frau Weber - diskutiert wird. (*Abg. Hannelore Weber: Sie haben doch eine Zusage gegeben!* - *Abg. Jean Margulies: Was soll denn das jetzt?*)

Präsidentin Ingrid Smejkal (*unterbrechend*): Ich ersuche, den Herrn Klubobmann - wie alle anderen vor ihm - aussprechen zu lassen.

Abg. Johannes Prochaska (*ÖVP*): Um diese Geschäftsordnung zu ändern, Herr Dr. Pilz, gibt es ein 69seitiges Papier. Sie haben dazu die letzte Sitzung im September platzen lassen, weil Sie nicht erschienen sind! (*Beifall bei der ÖVP*.)

Herr Dr. Pilz, der § 17 dieses beschlußreichen Vorschlags sieht vor, daß die Besprechung einer Mitteilung unmittelbar an diese anzuschließen ist. Wir haben das hier anlässlich des Bürgermeisterwechsels beantragt, aber Sie haben das mit Ihrer Blockpartei und gemeinsam mit den Sozialdemokraten abgelehnt. (*Abg. Hannelore Weber: Also bitte! Wo sind wir denn hier?*) So sieht die Wahrheit aus! (*Beifall bei der ÖVP*.)

Ich sage Ihnen auch, warum Sie das getan haben, Herr Dr. Pilz. Sie wollen nämlich gar nicht, daß sich die realen Machtverhältnisse hier ändern, weil Sie mitnaschen wollen! Das ist die Wahrheit! Daher haben wir heute diese Töne - diese Gauklerei, die Sie hier aufführen - wieder einmal als das entlarven können, was sie sind! (*Heiterkeit bei den GRÜNEN*.) Sie können sicher sein, daß wir die Wählerinnen und Wähler hinter die Kulissen Ihres Komödienstadels schauen lassen werden, damit diese wissen, wie sie mit Ihnen dran sind! (*Beifall bei der ÖVP*. - *Abg. Dr. Peter Pilz: Bravo! Zugabe!*)

Meine Damen und Herren, ich verstehe die Sozialdemokraten sogar. Sie wollen sich von der Macht nicht trennen. Sie sind sich ihrer Stimmen sicher und brauchen die Geschäftsordnung nicht mehr zu ändern. Sie aber, Herr Dr. Pilz, der Sie immer etwas inszenieren, als ob Sie die Welt aus den Angeln heben würden, sind in Wirklichkeit nur zu einem innerfraktionellen Streit zwischen der gemäßigten und der extremen Linken angetreten. Aber dieses Theater nimmt Ihnen à la longue niemand mehr ab! (*Beifall bei der ÖVP*.)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen auch sagen, worum es hier mit dem geschäftsordnungswidrigen - und daher gar nicht abzustimmenden - Antrag geht. (*Abg. Jean Margulies: Jetzt sind wir aber sehr gespannt!*) Meine Damen und Herren, es soll die Geschäftsordnung nicht geändert werden, wodurch der Opposition bestimmter und sicherer Zugang zu Minderheitsrechten gegeben wird, sondern Herr Dr. Pilz will Gelegenheitsgesetzgebung. Wo es ihm paßt, soll diskutiert werden dürfen - egal, was in der Geschäftsordnung steht -, und wo es ihm nicht paßt, würden die Paragraphen der Geschäftsordnung wieder stimmen! Aber für diese Leimrute, Herr Dr. Pilz, müssen Sie sich wirklich einen Gimpel fangen - eine echte Oppositionspartei geht Ihnen da nicht auf den Leim! (*Beifall bei der ÖVP*.)

Ich muß jetzt aber auch zum vergnügt lächelnden Parteiobmann der Freiheitlichen etwas sagen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Das Thema ist ernst! Ist das überhaupt noch zur Geschäftsordnung?*)

Präsidentin Ingrid Smejkal (*unterbrechend*): Herr Abg. Prochaska, das Thema ist die Geschäftsordnung!

Abg. Johannes Prochaska (*fortfahrend*): Rasend interessiert an der Änderung der Geschäftsordnung war die Freiheitliche Partei auch nicht, weil sie damals - in der Sicherheit ihrer damals noch 23 Mandate - einen gewissen Zugang zu Minderheitsrechten gehabt hat. (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Damals haben wir uns immer dafür eingesetzt! Ihr wolltet aber immer nur ein kleines Paket! Jetzt habt ihr das kleine Paket! Das ist nichts wert!*) Ich würde Ihnen eine adaptierte Version der zehn kleinen Negerlein mit auf den Weg geben, damit Sie hier aufwachen und auch daran denken, daß es besser ist, Minderheitsgruppierungen sichere Rechte einzuräumen, als gelegentlich festzustellen, heute diskutieren wir, auch wenn es nicht in der Geschäftsordnung steht, und morgen diskutieren wir nicht mehr, weil dann müssen wir uns an den Paragraphen halten. Ich würde Sie sehr herzlich ersuchen, das zu berücksichtigen! (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Das war jetzt unzulässig!*)

Ihnen, meine Damen und Herren von der SPÖ, aber sage ich, daß wir keine Ruhe geben werden! Wir werden in den interfraktionellen Gesprächen, in den Klubgesprächen, in den zuständigen Ausschüssen, hier im Plenum, über die Medien und letztlich auch über den Wähler darüber reden, ob wir in dieses Haus endlich einen mitteleuropäischen demokratischen Standard einziehen lassen können oder nicht. Ich verspreche Ihnen, wir werden keine Ruhe geben, bis wir in Wien eine Geschäftsordnung haben, die sich an den Erfordernissen des kommenden Jahrtausends und nicht an den festgesetzten Dingen des letzten Jahrhunderts orientiert! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ebenfalls zur Geschäftsordnung hat sich der Herr Abg. Dinhof gemeldet. - Bitte!

Abg. Herbert Dinhof (SPÖ): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben sehr lange - damit meine ich die vier Klubs - über die Änderung der Geschäftsordnung diskutiert. Es war nicht immer leicht, aber ich glaube, wir haben diese Fragen der Geschäftsordnung auf einer fairen und anständigen Ebene diskutiert.

Ich glaube auch, daß man sehen konnte - und das bitte ich auch die Oppositionsparteien zur Kenntnis zu nehmen -, die Mehrheitspartei kann mit der bisherigen Geschäftsordnung ganz gut weiterleben. (*Aufregung bei Freiheitlichen und ÖVP. - Abg. Mag. Dr. Rüdiger Stix: So ist das also!*) - Es wäre nett, wenn man mich ausreden ließe! Dann würde man wissen, was ich meine! - Es ist aber auch eine Frage für uns gewesen, daß man den Oppositionsparteien mehr Chancen als bisher gibt. Das sollte man anerkennen und nicht mit irgendeinem Gemurmel auf die Seite schieben, denn wir haben uns wirklich alle bemüht, einen Weg für die Zukunft zu finden!

Ich glaube, das sollte man hier und heute einmal sehen. Wir sollten eine vorhandene Geschäftsordnung nicht leichtfertig irgendwo hinwerfen. Wir haben immer - Herr Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz weiß das, Herr Dr. Pilz weiß das -, wenn es in solchen Fragen Einstimmigkeit gegeben hat, einen Weg gesucht. (*Abg. Johannes Prochaska: Ein Tagesordnungspunkt ist aber kein Punkt der Geschäftsordnung!*)

Wir haben sogar in der letzten Präsidiale - unter Vorsitz der Präsidentin - gemeint, wir wollen eine Geschichte, die uns so wichtig ist, nicht am Rande der Geschäftsordnung oder neben der Geschäftsordnung diskutieren. Da es aber zu dieser Diskussion keine einhellige Meinung gibt, ist es sicher nicht möglich, gegen die Geschäftsordnung zu arbeiten. (*Abg. Dr. Peter Pilz: Sogar heute! - Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Und wieso fangen wir dann heute erst um 13 Uhr mit der Sitzung an?*) - Es ist nicht meine Aufgabe, das zu beantworten, Herr Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz.

Ich habe noch eine Bitte an die Frau Präsidentin. Es ist jetzt zwar keine Geschäftsordnungsberichtigung, die ich machen möchte, aber es ist heute der letzte Tag für mich - da ich im März meine Bezirksparteifunktionen zurücklege -, daß ich hier die Gelegenheit habe, ein Wort zu sagen. Ich werde beim nächsten Gemeinderat nicht mehr hier sein, denn es ist, glaube ich, konsequent, wenn man eine Funktion aufgibt, nicht am Mandat pickenzubleiben.

Ich wollte Ihnen allen danken! Es war nicht immer leicht, und es hat in 26 Jahren viele Diskussionen gegeben. Es gibt nur noch einen Abgeordneten hier, der länger im Haus ist - Abg. Dr. Hirnschall. Es war nicht immer leicht, aber es war ein schönes Arbeiten hier im Gemeinderat! Ich darf Ihnen herzlichst für das Verständnis, das Sie immer hatten, danken! (*Allgemeiner Beifall.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich hoffe, Sie werden dafür Verständnis haben, daß es die großzügige Auslegung der Geschäftsordnung war, wenn sich ein Kollege verabschiedet.

Ich unterbreche kurz die Sitzung und bitte die Klubobmänner zu mir.

(*Die Sitzung wird um 14.34 Uhr unterbrochen und um 14.42 Uhr wieder aufgenommen.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf!

Die vier Klubvorsitzenden haben schriftlich - mir vorliegend - die Besprechung der Mitteilung beantragt. Es ist daraus zu schließen, daß alle für die Besprechung sind, und die Behandlung und Abstimmung dieser Besprechung wird - wie es im § 17 Abs. 3 der Geschäftsordnung vorgesehen ist - vor Schluß dieser öffentlichen Sitzung stattfinden.

Wir kommen zu den Postnummern 1, 2 und 3 der Tagesordnung. Diese betreffen die Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1994 geändert wird (1. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Pensionsordnung 1966 geändert wird (15. Novelle zur Pensionsordnung 1966), und die Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Vertragsbedienstetenordnung 1979 geändert wird (27. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979) und dienstrechte Vorschriften außer Kraft gesetzt werden.

Wir werden - sofern kein Einwand besteht - die Debatte darüber gemeinsam abführen und anschließend die Abstimmung geschäftsordnungsgemäß getrennt durchführen. - Ich sehe keinen Einwand.

Ich darf daher den Berichterstatter, Herrn Amtsf. StR. Hatzl, ersuchen, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf. StR. Johann Hatzl: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Wie Sie bereits durch die Frau Präsidentin gehört haben, geht es hier um drei Gesetzesentwürfe, entsprechend drei Anträgen. Es sind Vorlagen von Gesetzen, mit denen die Besoldungsordnung, die Vertragsbedienstetenordnung und die Pensionsordnung geändert werden sollen.

Alle drei Gesetze sind aufgrund der Verhandlungen und der Vereinbarungen zwischen den Dienstgebern und den Dienstnehmern notwendig geworden und berücksichtigen diese Regelungen.

Ich ersuche daher um Zustimmung zu den drei Gesetzesentwürfen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen diese Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Herr Dr. Pilz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Peter Pilz (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es geht um eine Pensionsregelung. Es geht um eine Besoldungsreform. (*Abg. Hannelore Weber: Von wegen!!*) Und es geht um Tausende Betroffene in Wien, die wissen wollen, wie ihre Zukunft in unserer Stadt aussieht, die wissen wollen, unter welchen Bedingungen sie in den Genuss dieser Besoldungsreform kommen (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Und ob sie ihre Pension noch erleben!!*), und die wissen wollen, unter welchen Bedingungen sie zu Änderungen im Pensionssystem kommen!

Wir werden im späteren Verlauf der Debatte noch auf etliche Details dieser Regelung eingehen. Ich möchte aber etwas zum konkreten Stand der Debatte sagen.

Diese Menschen - die Pensionistinnen und Pensionisten in Wien und die Gehaltsempfängerinnen und Gehaltsempfänger - hätten ein Recht, in breiter Öffentlichkeit nicht nur über Details der Regelung informiert zu werden, sondern auch darüber, ob sie überhaupt noch die Chance erhalten, in den Genuss einiger Verbesserungen zu kommen, oder ob sich in den nächsten Monaten und Jahren ihre Lebensbedingungen durch bestimmte Entwicklungen der nationalen und internationalen Politik nicht derartig radikal ändern, daß sich das, was hier und jetzt diskutiert wird, dagegen vergleichsweise vernachlässigbar ausnimmt.

An diesem Punkt der Debatte muß ich jetzt etwas anmerken. Die Frau Präsidentin hat mich informiert, daß mir in dem Moment, wo ich einen Zusammenhang dieser kleinen, aber für viele wichtigen Verbesserungen zum Atomkraftwerk Mochovce und den Vorgängen in und um Wien herstelle (*Abg. Ingrid Smejkal: Wenn Sie nicht zur Sache reden!*) - das heißt allgemeine Hintergründe und Rahmenbedingungen dieser Frage schildere, versuche begreiflich zu machen und gegeneinander abzuwägen, mit welcher Intensität sich der Landtag mit dem einen und mit dem anderen beschäftigt -, das Wort entzogen werden soll. (*Abg. Ingrid Smejkal: Nach dreimaliger Ermahnung!*)

Das hat den ungeteilten Beifall und das Vergnügen des Klubobmanns Prochaska hervorgerufen, der heute rund um diese Debatte eindeutige Interessen verfolgt. Von den anderen Kollegen der Präsidiale ist es durchaus nachdenklicher und zwiespältiger - zumindest ist das mein persönlicher Eindruck - aufgenommen worden.

Ich frage mich, warum darf man in einer Sitzung, die mutwillig erst um 13 Uhr angesetzt worden ist, wenn es um die Lebensinteressen, und nicht nur um die partikulären Pensions-, Gehalts- und Besoldungsinteressen, sondern wirklich um die Lebensinteressen der Menschen geht, die in den Genuß dieser Reformen kommen sollen, nicht über die Lebensinteressen und ihre Bedrohung reden? (*Abg. Mag. Franz Karl: Man darf hier über alles reden, aber zur richtigen Zeit!*) Warum soll man sich dem Diktat beugen, daß über Mochovce und die Bedrohung, die von Mochovce für diese Menschen ausgeht, erst am Schluß der Tagesordnung diskutiert werden soll? (*Abg. Johannes Prochaska: Weil es so in der Geschäftsordnung steht!*) Weil der Kollege Prochaska im Dienste des Wirtschaftsministers etwas zu verbergen hat? (*Abg. Johannes Prochaska: Sie verstehen ja die Geschäftsordnung nicht! Die ist Ihnen wirklich egal!*) Warum?

Warum muß die Besoldungsreform so diskutiert werden, wie es sich der Klubobmann der ÖVP vorstellt? (*Abg. Johannes Prochaska: Weil es in der Geschäftsordnung steht!*) Seit wann ist der Klubobmann der ÖVP dafür zuständig, was im Rahmen einer Diskussion über die Besoldungsreform gesagt werden darf, und was nicht? (*Abg. Johannes Prochaska: Er will damit erreichen, daß Sie einmal bei einer Sitzung bis zum Schluß bleiben!*) Seit wann sitzt hier ein Oberzensor und erklärt, man darf nicht über die Bedrohung älterer Menschen in Wien und von Gehaltsbeziehern in Wien durch das Kraftwerk Mochovce sprechen? (*Abg. Johannes Prochaska: Weil Sie heimfahren wollen, lieber Herr! Weil Sie um 15 Uhr wieder heimfahren wollen!*)

Was ist da eigentlich los? (*Abg. Johannes Prochaska: Es geht Ihnen nämlich nicht um die Sache, sondern um die Inszenierung!*) Warum scheuen Sie bei der Debatte über Mochovce das Tageslicht, Herr Klubobmann Prochaska? (*Abg. Johannes Prochaska: Heute müssen Sie länger dableiben!*) Warum scheuen Sie das Tageslicht? (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Das ist der Punkt, den es zu klären gilt.

Meine Damen und Herren, ältere Menschen, denen man jetzt eine kleine Pensionsreform als große Reform servieren will, sind in dieser, unserer Stadt von vielen Entgleisungen, Verzerrungen und Deformationen der Politik - ich sage jetzt gar nicht Mochovce, sondern ein ganz anderes Beispiel - betroffen. Dabei geht es nämlich nicht nur um Mochovce.

Dabei geht es etwa um eine 77jährige Frau, die heute enteignet wird, weil die Straßenbaulobby die Interessen einer 77jährigen Wienerin, die dort in Ruhe leben und ihren Lebensabend verbringen will, wo sie Eigentum hat, ihr etwas gehört und sie auf bestehende Verträge pocht, nicht berücksichtigt. Eine 77jährige Frau wird heute enteignet!

Und hier sitzen Leute, die sagen, über dieses und jenes darf man nicht reden, wir wollen nur über das reden, was uns in den Kram paßt. Aber wir werden trotzdem - ob es Ihnen paßt oder nicht - auch über die Rahmenbedingungen für die Leute reden, die von den Reformen betroffen sind - das sind Mochovce, B 3 und vieles andere. (*Abg. Johannes Prochaska: Weil Sie sich nie an Recht und*

Gesetz halten! Und weil Sie zum Zerstören der Sache angetreten sind! So einfach ist das! Aber wir kennen Sie zur Genüge!

Ich sage Ihnen, eine Besoldungsreform und eine Pensionsreform werden für die Menschen erst dann eine Bedeutung haben, wenn sie sicher sein können, in dieser Stadt überhaupt noch sicher leben zu können. Eine Pensionsreform schafft ein kleines Stück Sicherheit, aber das Verbot von Atomstrom-Transitleitungen quer durch Österreich mit den Geldern der Steuer- und der Gebührenzahler schafft etwa das entscheidende Stück Sicherheit, damit wir überhaupt noch über Pensionen, Gehaltserhöhungen und Besoldungsreformen diskutieren können! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Bevor ich über die kleine Sicherheit diskutiere, will ich erst einmal über die große Sicherheit diskutieren. Ich will darüber diskutieren, ob wohl alle Fraktionen dieses Landtags bereit sind, bei Tageslicht Voraussetzungen zu schaffen, damit die Menschen in unserer Stadt sicher leben können. Genau darum geht es.

Meine Damen und Herren, wir haben es eben nicht nur in der Hand, kleine Gehalts- und Besoldungsreformen - wie wichtig sie für den einzelnen auch immer sind - hier zu beschließen und zu verhandeln, sondern wir haben es als Wiener Landtag auch in der Hand, große Sicherheiten zu schaffen. (*Abg. Johannes Prochaska: Das Dienstrecht soll Ihnen also doch die frühzeitige Abreise ermöglichen!*)

Auf Wiener Stadtgebiet steht das Umspannwerk, über das der Atomstromtransit aus Mochovce stattfinden soll. Erklären Sie das einmal den von der Reform Begünstigten. Was sollen sie davon halten, wenn wir eine kleine Pensionsdiskussion haben und gleichzeitig stillschweigend zusehen, wie der Atomstromtransit - das Geschäft mit dem Massentod - auch auf Wiener Stadt- und Landesgebiet vorbereitet wird. Versuchen Sie, das den Menschen zu erklären!

Wir haben es in der Hand, die Leitungen, welche hinter dem Rücken der Wiener Bevölkerung und hinter dem Rücken der Politik vorbereitet werden - die Burgenlandtrasse, die Sokolnicetrasse und viele andere - zu verhindern. Deswegen bin ich froh, daß wir den Leuten heute nicht nur sagen können, ein bißchen etwas ist bei der Besoldung, beim Einkommen, bei den Gehältern und bei den Pensionen verbessert worden, sondern es wird erstmals ein Antrag im Wiener Landtag beschlossen werden, in dem steht, daß wir als erstes Land dieser Republik und als erste gesetzgebende Körperschaft keinen Atomstromtransit und genausowenig die dazugehörigen Leitungen kreuz und quer durch Österreich und Wien haben wollen.

Wenn es heute in diesem Landtag etwas Wichtiges gibt - auch wenn es durch die Initiative von Herrn Klubobmann Prochaska nach hinten versteckt wird (*Abg. Johannes Prochaska: Durch die Geschäftsordnung! Bleiben Sie da einmal bei der Wahrheit, auch wenn Sie damit Schwierigkeiten haben! Die Geschäftsordnung sorgt dafür! Und Sie haben zur Aufrechterhaltung dieser Geschäftsordnung beigetragen!*) -, dann ist es dieser wichtige Antrag, wo Verhandlungen heute in der Früh ergeben haben, daß jetzt auch die Sozialdemokratie bereit ist, die Leitungsfrage und die Transitfrage hinzubringen. Meine Damen und Herren, das begrüße ich sehr! (*Abg. Johannes Prochaska: Sie haben als Blockpartei dazu beigetragen, daß die Geschäftsordnung aufrechterhalten wird! Sie sind dafür verantwortlich, daß es diese Geschäftsordnung weiterhin gibt! Und jetzt beklagen Sie sich nicht!*) - Ich ersuche, den Rohrspatzparagraphen in Anwendung zu bringen! (*Abg. Johannes Prochaska: Wenn der gilt, dann setzen Sie sich gleich nieder!*)

Meine Damen und Herren, mir ist sehr wichtig, daß heute nicht nur in der Pensions- und Gehaltsfrage, sondern auch in der Frage eines ersten energischen Auftretens gegen 380-kV-Leitungen, gegen ganz bestimmte 220-kV-Leitungen und gegen das österreichische Geschäft mit den slowakischen Atomkraftwerken endlich einmal Klarheit geschaffen wird. Ich begrüße das.

Ich begrüße auch, daß ich die Frau Präsidentin nicht in Verlegenheit bringen mußte, den Vorschlägen des Klubobmanns Prochaska bezüglich Ruf zur Sache und Wortentzug Folge zu leisten

(*Abg. Johannes Prochaska: Das ist schon wieder die Unwahrheit!*), und bedanke mich für die Aufmerksamkeit sowie die akustische Untermalung von seiten des geschätzten Herrn Klubobmanns! Ich danke! (*Beifall bei den GRÜNEN.* - *Abg. Johannes Prochaska: Wenn Sie es wissentlich machen, wissen Sie, was Sie sind! Wenn Sie es unwissentlich machen, sind Sie ein Lügner! Sie können jetzt um 15 Uhr in die Steiermark heimfahren! Sie haben also gewonnen!*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Der Herr Berichterstatter hat sich zum Wort gemeldet. Das darf er laut Geschäftsordnung auch-zwischendurch. - Bitte!

Berichterstatter Amtsf. StR. Johann Hatzl: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur auf einen Punkt, der jetzt - im weiten Feld der Diskussion von Sicherheit für Bedienstete und auch von Sicherheit für Menschen - mitangesprochen wurde, zu sprechen kommen. Herr Abg. Dr. Pilz hat davon gesprochen, daß auf Wiener Stadtgebiet ein Umspannwerk für den Atomstromtransit durch Österreich zur Verfügung steht. Diese Behauptung ist selbstverständlich falsch! (*Abg. Johannes Prochaska: Wie so vieles andere auch!*) So etwas gibt es nicht! (*Abg. Dr. Peter Pilz: Ich habe doch die Unterlagen!*) Ich wüßte nicht, welches! (*Abg. Johannes Prochaska: Ein Greuel ist das!*) Was wir in Wien besitzen, sind Umspannwerke zur Versorgungssicherheit. Das ist das erste.

Das zweite ist, daß, wenn die 380-kV-Anbindungsleitungen für Wien als Transitleitungen gemeint wären, auch hier ein grundlegender Irrtum vorhanden ist, denn diese 380-kV-Leitungen sind zur Versorgungssicherheit Wiens notwendig! Es wird heute vielleicht noch Gelegenheit dazu geben, dies im Detail zu besprechen. Im übrigen gehört zu einer Transitleitung - meines Wissens nach - eine durchgehende Verbindung. Diese kann ich bei den 380-kV-Leitungen in Wien nicht finden!

Präsidentin Erika Stubenvoll: Herr Abg. Dr. Pilz hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (*Abg. Mag. Franz Karl: Er hätte schon einiges seit Jahren darvor zu berichtigen!*)

Abg. Dr. Peter Pilz (*GRÜNE*): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich lese aus einer Studie des Ministeriums für Wirtschaft Bratislava...

Präsidentin Erika Stubenvoll (*unterbrechend*): Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich bitte um keine Vorlesung, sondern laut Geschäftsordnung nur um kurze Zitate!

Abg. Dr. Peter Pilz (*fortfahrend*): Wenn Sie so wollen - ein kurzes Zitat. Aber ich lese es vor! Ich lese ein kurzes Zitat aus dem Ministerium für Wirtschaft Bratislava, Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten Wien und Bundesamt für Außenwirtschaft Bern vor:

"Ab Aufnahme des Parallelbetriebs sowie nach Inbetriebnahme der 380-kV-Leitung Wien-Süd/Ost - Stupava können unter der Voraussetzung, daß es gelingt, den 380-kV-Ring Österreich insbesondere durch den Bau der 380-kV-Leitung Wien-Süd/Ost - Kainachtal zu schließen, unter der Berücksichtigung der dann gegebenen energiewirtschaftlichen Situation Transite in größerem Ausmaß durchgeführt werden."

Im Detail kann ich Ihnen auch noch viele weitere Zitate zur Verfügung stellen. Ich stelle nur fest, das zentrale Umspannwerk - es gibt nur eines -, über das dieser Transit erfolgt, ist das Favoritner Umspannwerk. (*Zwischenruf: Das ist ein Einbahnstromnetz! Vielleicht werden wir Wasserstrom hinüberliefern!*) Ich kann Ihnen auch einen Netzplan zur Verfügung stellen. Dann werden Sie sehen, daß es rein netztechnisch gar keine andere Möglichkeit gibt.

Ich schließe damit, Herr Stadtrat, Ihre Information war schlicht und einfach sachlich unrichtig, und Unwissenheit schützt vor Berichtigung nicht! - Danke! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Der Herr Berichterstatter hat sich noch zu einer tatsächlichen Brichtigung gemeldet. Bitte!

Berichterstatter Amtsf. StR. Johann Hatzl: Es ist eine Wortmeldung, keine tatsächliche Berichtigung.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Entschuldigung! Es folgt noch eine Wortmeldung des Herrn Berichterstatters.

Berichterstatter Amtsf. StR. Johann Hatzl: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich darf noch einmal festhalten, zwischen der 380-kV-Südeinspeisung und der vorgesehenen 380-kV-Nordeinspeisung gibt es keine durchgehende Verbindung. (*Abg. Hannelore Weber: Aber sie ist doch geplant, Herr Stadtrat!*) Es wird in Wirklichkeit auch keine durchgehende Verbindung geben, wenn Sie sich das Energiekonzept der Wiener E-Werke ansehen. (*Abg. Hannelore Weber: Noch nicht!*)

Es wird in beiden Bereichen, in denen die Übernahmestationen sind, die Abspannung auf niedere Leitungen erfolgen. Daher kann von einer Trassenführung, die quer durch Wien geht, nicht gesprochen werden. Es ist daher eindeutig klargestellt, daß hier für Wien aus Sicherheitsgründen eine entsprechende Einspeisung gegeben ist, die sicherstellen soll, daß es keine Versorgungsengpässe gibt, wenn aus irgendeinem Umstand eine solche Einspeisung notwendig wäre.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Dr. Tschirf. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Matthias Tschirf (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Gegenstand des Tagesordnungspunktes ist die Änderung der Besoldungsordnung, der Pensionsordnung und der Vertragsbedienstetenordnung der Stadt Wien. Es werden hier die Valorisierungen um 2,87 Prozent für die Aktiven und die entsprechenden Anpassungen aufgrund der Bestimmungen des Pensionsgesetzes, die dort nach der Nettoanpassung seit etwa zwei Jahren gelten, vorgenommen. Wir glauben, daß dieser Abschluß von 2,87 Prozent ein maßvoller Abschluß ist.

Ein maßvoller Abschluß, der vertretbar ist im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang. Es ist das Gebot der Stunde, daß gespart wird. Die Sparmaßnahmen, die hier auf Bundesseite gesetzt werden, sollten aber sehr wohl auch auf Wiener Ebene durchgeführt werden, und Fragen wie Aufgabenkritik, Organisationsreform, Größe des Apparats müßten hier verstärkt herangezogen werden. Die ÖVP ist für den leistungsbezogenen Beamten, für den aktiven Mitarbeiter der Stadt Wien. Worum es aber gehen würde, ist, gewisse Signale zu setzen, und zu diesen Signalen gehört es sicherlich nicht, wenn man letztlich mit einem karenzierten Bundesbeamten einen Sondervertrag in sechsstelliger Höhe abschließt. Wir glauben, daß gerade bei diesen Bezügen ein entsprechendes Zeichen gesetzt werden müßte.

Wenn es in den letzten Tagen und Wochen immer wieder geheißen hat, ein Bekenntnis zum Berufsbeamtentum - wie es hier abgelegt wurde - ist ein Bekenntnis zum Rechtsstaat, so bekennen auch wir uns dazu.

Wir hätten uns aber gefreut, wenn auch in der Vergangenheit dieses Bekenntnis zum Rechtsstaat in der Politik der Sozialdemokratischen Partei viel stärker zum Ausdruck gekommen wäre, und ich könnte auch hier über die Art, wie man mit Beamten umgeht, ein eigenes Lied singen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr StR. Kabas. Ich erteile es ihm.

StR. Mag. Hilmar Kabas (F): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es geht hier - und heute überhaupt - um sehr ernste Probleme. Konkret auf der einen Seite um die Frage der Pensionen, der Pensionserhöhung, aber auch um die Frage, ob die, die jetzt noch nicht in Pension sind, diese auch tatsächlich erleben werden können.

Und da muß ich schon dazu sagen, wenn wir hier jetzt die gesamte Diskussion betrachten, die seit Monaten über Mochovce vor sich geht, dann müssen wir eigentlich Sorge und Angst bekommen, daß wir sehr wohl, weil in der Nähe von Österreich wirklich so gefährliche Bauten errichtet werden, unter Umständen tatsächlich Gefahr laufen... Und seit 1986 weiß man ja - man hat es auch schon früher gewußt -, daß diese Atomkraftwerke wirklich gefährliche Institutionen und Erfindungen sind, die tatsächlich in keiner Weise wirklich in den Griff zu bekommen sind.

Und weil also hier bei dieser Debatte schon begonnen wurde, darüber zu reden, möchte auch ich jetzt dieses Problem beleuchten. Es hat zuerst Klubobmann Dr. Pilz damit begonnen und der Herr Berichterstatter hat diesen Ball dann aufgenommen und hat ebenfalls zur Problematik der Energieversorgung Stellung genommen. Daher möchte ich - eben, weil wir sagen, daß das natürlich auch einen ursächlichen Zusammenhang hat mit der Frage der Lebensqualität, der Lebenserwartung - auch jetzt dieses Problem der grenznahen - ich sage nicht nur *des* grenznahen, sondern *der* grenznahen - Kernkraftwerke aufwerfen.

Wir Freiheitlichen waren immer schon gegen diese sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie, gegen Atomstrom, gegen Atomkraftwerke. Wir sind seit Anfang der 70er Jahre gegen diese Atomkraftwerke, und es hat - das wissen wir alle - die österreichische Bevölkerung 1978 eine sehr weise Entscheidung getroffen. (*Abg. Jean Margulies: Bereits unser Obmann hat immer wieder die Pensionsreform erwähnt!*) Ich weiß, der Herr Margulies ist natürlich dagegen, er hätte gerne die sowjetischen Atommeiler verkauft, aber Gott sei Dank haben wir es ihm nicht abgenommen, daher hat also Moskau mit uns kein Geschäft machen können. Das kränkt ihn natürlich sehr, den Herrn Margulies (*Beifall bei den Freiheitlichen.*), daher randaliert er jetzt wieder. - Aber im Jahre 1978 hat die österreichische Bevölkerung eine sehr weise Entscheidung getroffen, indem sie die Inbetriebnahme von Zwentendorf abgelehnt hat.

Und es kam dann, sozusagen acht Jahre später, die fürchterliche Bestätigung für dieses Votum der österreichischen Bevölkerung, nämlich Tschernobyl, obwohl man sagen muß, es war ja nicht nur Tschernobyl, sondern es hat ja auch schon in den westlichen Staaten, in England, in Frankreich und speziell auch in den USA - etwa Three Miles Island - ähnliche Unfälle gegeben.

Eigentlich sieht man, daß bei so manchem ein Mangel an Lernfähigkeit vorhanden ist (*Abg. Gerhard Pfeiffer: Zur Sache!*), daß trotzdem diese Technologie weiter angewandt wird, und zwar in einer Art und Weise, die uns Österreichern eben jetzt tatsächlich Angst macht, sowohl den Pensionisten, die jetzt schon aktiv in Pension sind, aber durchaus auch denjenigen, die hoffen, daß sie sie auch noch erleben werden. Es macht uns Angst, daß wir eigentlich relativ ohnmächtig davor stehen, daß wir in Wirklichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, umzingelt sind. Es geht ja nicht nur um Mochovce, sondern es sind ja 16 grenznahe Kraftwerke, Kernkraftwerke, rund um Österreich plaziert! Davon sind alleine 5 sowjetischer Bauart, die eine - vor allem im Störungsfall - unsichere Angelegenheit sind. Und daß jetzt wieder ein neues gebaut wird in allernächster Nähe von Wien, erfüllt uns eben mit großer Sorge.

Es erfüllt aber auch die Wienerinnen und Wiener und auch die Pensionisten, die heute hier eine kleine Erhöhung bekommen - eine viel zu geringe Erhöhung -, mit großer Sorge.

Ich selbst war in einem grenznahen Kernkraftwerk, und zwar in Tschechien in Dukovani - damals war es noch die CSFR -, und das sage ich Ihnen: Wenn man sich einmal so ein unter kommunistischer Ägide gebautes Kernkraftwerk anschaut, wird einem auch dann, wenn man im technischen Bereich ein Laie ist, angst und bang.

Wie ich damals, 1989, die ganzen Installationen gesehen habe, habe ich mir gedacht, die sind ungefähr so, wie wenn ich das gemacht hätte, das heißt also, wirklich zusammengestoppt, und das in einem Kernkraftwerk, das ja eine an sich hochtechnisierte Angelegenheit ist, wo ja das ganze Know-how hineinkommen sollte, aber dort in den osteuropäischen Staaten ist es sicher nicht so gewesen, sondern es sind wirklich fürchterliche Zustände. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Und selbst die alten Pensionisten wissen das!*) Ja, man kann nur eines sagen: daß natürlich auch die Generation, die schon in Pension ist und die heute - und deshalb lehnen wir das ja auch ab - eine viel zu geringe Erhöhung bekommt, sich auch große Sorgen macht. Und wenn sie sehen würde, wie diese Kernkraftwerke ausschauen, dann würde sie sich noch größere Sorgen machen, daß sie noch länger in den Genuss der Pensionen kommt.

Und wenn da gesagt wurde, auch in dieser Entschließung, die heute noch eingebracht werden wird - und es ist sicher von Vorteil, daß endlich die Parteien, sowohl auf Bundesebene im Parlament, als auch hier auf Landesebene im Wiener Landtag, den erfolgreichen Versuch gemacht haben, Schritte in Form von BeschlusSANträgen ins Auge zu fassen und dann zu beschließen, wonach man vorgehen sollte, um zu einem Erfolg zu kommen -, nämlich daß diese grenznahen Kernkraftwerke, speziell jetzt Mochovce, nicht weiter gebaut werden, so geschieht das auch deshalb, damit auch unsere Pensionisten weiter in den Genuss ihrer wohlverdienten Pension und ihrer wohlverdienten Ruhe kommen können. (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Wenn aber in diesem noch einzubringenden BeschlusSANtrag drinnensteht, daß es zu Mochovce vergleichbare Kernkraftwerke gibt, so stimmt das nicht ganz. Die "Salzburger Nachrichten" haben das sehr gut herausgearbeitet. Sie schreiben hier, daß diese angeblich vergleichbaren Kraftwerke in Kuba - das ist ja auch kein besonderes Renommee - oder in Finnland oder in Deutschland im Unterschied zu Mochovce von russischen Ingenieuren gebaut wurden. Also von Ingenieuren, die diese tatsächlich auch konstruiert haben. Von Kooperation mit Rußland ist aber in den Projektunterlagen gegen keine Rede. Mochovce wäre also ein weltweites Unikat. Erstmals würde russische Technologie mit westlicher verschmolzen, erprobt ist da noch gar nichts. Es liegt also ein Gefahrenmoment vor, das ganz real am Tisch liegt, zur Diskussion steht.

Es gibt aber noch eine ganze Reihe von Punkten, wo man eben mit Sorge sehen muß, daß bei diesem Kernkraftwerk Mochovce die Sicherheitseinrichtungen äußerst mangelhaft sind. Etwa mangelhafte Vorkehrungen für den Brandfall, eine Schutzhülle ist nicht vorgesehen, die Turbinenstellung ist sehr gefährlich, sodaß sie in einem Störungsfall, in einem Unfallmoment Schaden nehmen und damit Freisetzung von Radioaktivität bewirken könnte...

Präsidentin Erika Stubenvoll (*unterbrechend*): Herr Stadtrat, ich bitte Sie doch, dann wieder zur Besoldungs- und Pensionsordnung zurückzukommen! (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

StR. Mag. Hilmar Kabas (*fortsetzend*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrten Damen und Herren!

Es wurde bei der ersten Wortmeldung - und das hab ich vorhin ja schon bei meinen Eingangsworten gesagt - dieses Thema angeschnitten. Es wurde dieses Thema aber nicht nur vom Erstredner angeschnitten, sondern auch vom Berichterstatter, der eine Replik auf eine - seiner Meinung nach - nicht richtige Äußerung über dieses Thema der Energieversorgung gemacht hat.

In dem Moment ist ja die Grenzziehung nicht mehr gegeben gewesen, wie sie durch die Geschäftsordnung vorgegeben war, sondern hier haben also Rot und Dunkelrot ein Pingpong-Spiel gemacht. Daher sehe ich mich also jetzt veranlaßt, hier natürlich auch zu diesem Thema zu reden, wobei das ja ein Gesamtthema ist, denn wenn man hier über die Besoldungsordnung redet, wenn man hier über die Pensionsordnung redet, dann betrifft das genau auch diese Personengruppen, die ja eine sehr starke Bevölkerungsgruppe in Wien sind. Daher glaube ich, daß es notwendig ist, auch zu dieser Tageszeit darüber zu sprechen, auch wenn die Mehrheit dieses Hauses immer wieder Tricks

anwendet, zum Beispiel daß sie willkürlich einfach um 13 Uhr eine Sitzung festsetzt statt um 9 Uhr und dann glaubt, Rot und Dunkelrot könnten Pingpong spielen. Wir werden dazu nicht Ja und Amen sagen, da haben Sie sich getäuscht, das wird nicht stattfinden! (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Es sind all diese Fragen, die gerade auch bei Mochovce sehr stark zum Tragen kommen, Fragen der Geologie, der Hydrogeologie, der Erdbebengefährdung, der Umweltüberwachung und der Störfallplanung, die praktisch nicht vorhanden ist, warum - zu Recht - sehr viele Menschen, sehr viele Wienerinnen und Wiener, sehr-viele Beamtinnen und Beamte und sehr viele Pensionistinnen und Pensionisten Sorge haben, daß hier von seiten der Slowakei, von seiten der slowakischen Regierung, ohne daß diese irgend etwas zur Kenntnis nimmt an Protest, an Bedenken, an Sorgen, an Ängsten, weitergebaut wird.

Es ist natürlich auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, die also heute schon angeschnitten wurde, nämlich ob Österreich jetzt mit dieser 380 kV-Leitung, über die der Atomstrom auch transportiert werden - ich sage es jetzt einmal im Konjunktiv - könnte, diesen Kreis wirklich schließt oder ob wir uns dazu verstehen - und ich begrüße daher auch sehr, daß in dieser Resolution ein Punkt enthalten ist, der sich dagegen wendet -, daß hier keine Straße gebaut wird, mittels der auch dieser Atomstrom transportiert werden könnte. Aber es ist eben eine Frage der eigenen Glaubwürdigkeit von Österreich, ob es gelingt, diese Bedenken, die man nicht von ungefähr hat, auch tatsächlich auszuräumen.

Es gibt zwar heute in den Zeitungen ein Inserat nicht eines pensionierten, sondern eines aktiven Generaldirektors der Verbundgesellschaft, der sagt, es gibt keinen Transitvertrag mit Mochovce, das wird nicht stattfinden und es war auch nie daran gedacht.

Und da muß ich jetzt eines sagen: Da muß ich eine Anfragebeantwortung des Wirtschaftsministers zitieren, der sehr wohl sagt - hier in einer Anfragebeantwortung vom Jänner 1995 -: Ende 1993 wurde ein Errichtungsvertrag für eine 380 kV-Leitungsverbindung von Österreich zum Umspannwerk Stupava in der Slowakei mit dem Ziel abgeschlossen, diese Energielieferung auch technisch durchführen zu können.

Das war damals noch gedacht als Unterstützung für den Fall, daß die Slowakei aus der Kernenergie aussteigen würde. Nun ist aber so eine 380 kV-Leitung, wenn man diesen Kreis schließt - wie vorhin schon ganz richtig gesagt worden ist -, ja keine Einbahn, sondern kann natürlich genausogut für die entgegengesetzte Richtung der Energielieferung verwendet werden, und das wäre dann eben Atomstrom, weil eben die Slowakei ganz wesentlich aus Atomkraftwerken elektrische Energie gewinnt. Und da sagt jetzt der "Kurier" vom 21. Jänner 1995 - er formuliert das ganz nett -: "Verbund von der Slowakei überrumpelt."

Das wird also hier gesagt, und daher ist diese 380 kV-Leitung sehr wohl eine sehr ernste Angelegenheit. Ich hoffe, daß hier eine Klarstellung erfolgt, einerseits durch diese heutige Resolution, die noch beschlossen werden wird, aber auch vielleicht durch den Herrn Bürgermeister, der schon - allerdings ist er nur indirekt zitiert worden - einmal in der "Kronen-Zeitung" gesagt hat: Nein, das wird nicht stattfinden! - Vielleicht kann man das heute endgültig und tatsächlich klarstellen.

Der "Kurier" schreibt hier: "Eine Routinesache, hatte man sich vor knapp drei Jahren im Verbundstromkonzern ursprünglich gedacht, diese drei Kilometer lange Leitung, die das slowakische Stromnetz mit dem österreichischen verbinden hätte sollen." - Die Planung, sagt jetzt der Verbund, liege zwar schon vor, doch gebaut wird nicht.

Ich muß Ihnen aber sagen: Wir trauen dem Verbund an sich nicht über den Weg, auch mit diesem Inseraten wird das nicht besser, denn es entbehrt einer gewissen Logik...

Präsidentin Erika Stubenvoll (*unterbrechend*): Herr StR. Kabas, ich darf Sie noch einmal erinnern: Es stehen zur Debatte die Pensionsordnung, die Besoldungsreform und die Vertragsbedienstetenordnung! (*Beifall bei SPÖ und ÖVP*.)

StR. Mag. Hilmar Kabas (*fortsetzend*): Frau Präsidentin! Sie werden das sicher mitbekommen haben - davon gehe ich ja aus -, daß die Eingangswortmeldung und die Wortmeldung des Berichterstatters - sogar die zweimalige Wortmeldung des Berichterstatters - genau zu diesem Thema erfolgten, zu dem auch ich spreche und das ja abgeleitet ist von der Besoldungsreform, von der Pensionsordnung und von der Erhöhung - von der viel zu geringen Erhöhung. Ich halte also hier jetzt diese Rede, weil wir genau wissen, daß die Pensionisten eben sehr große Sorgen, sehr große Angst haben, aber auch diejenigen, die jetzt noch nicht in Pension sind.

Diese Grenzziehung, die Sie jetzt bei mir an den Tag zu legen versuchen, die haben Sie eingangs nicht gemacht und daher kann ich nur sagen... (*Abg. Mag. Franz Karl: Die haben es halt verstanden, es ein wenig geschickter zu machen!*) Sie brauchen gar nicht Schiedsrichter zu spielen, Sie sind jedenfalls sicher der Gelackmeierte, denn angeblich soll ja das Ganze nur Ihretwegen so stattfinden, daß das möglichst in den Abendstunden erfolgt, also regen Sie sich jetzt nicht so auf. Ich greife ja auch den Wirtschaftsminister nicht an, Herr Abg. Karl. Der Herr Wirtschaftsminister - und das werde ich Ihnen auch noch sagen - hat dann in der weiteren Anfragebeantwortung (*Abg. Mag. Franz Karl: Aber Sie kommen trotzdem nicht ins Fernsehen!*) durchaus gesagt - und ich zitiere ihn wortwörtlich -, daß eine Verfolgung eines solchen Projekts nunmehr nicht mehr empfehlenswert ist". Das heißt, der Wirtschaftsminister hat in dieser Anfragebeantwortung von sich aus gesagt, er kann so ein Projekt, also diese 380 kV-Leitung durch Österreich endgültig zu bauen und zu schließen, nicht empfehlen.

Daher sehe ich da auch gar nicht so sehr seine Schuld, daß das jetzt diskutiert wird, sondern, wenn man schon von Ursachen redet, dann gibt es hier mehrere Ursachen, daß jetzt die Meinung entstanden ist, daß es eine solche 380 kV-Leitung geben soll, die in Zukunft auch zum Transport von Atomstrom verwendet und damit zur weiteren Sorge auch von Pensionisten und so weiter beitragen wird. (*Abg. Mag. Franz Karl: Wir Abgeordneten sollten uns an die Geschäftsordnung halten!*)

Es ist gar nicht so unlogisch, daß so eine 380 kV-Leitung gebaut wird und daß der Verbund vor drei Jahren in diese Richtung auch tatsächlich verhandelt und auch so einen Vertrag abgeschlossen hat. Denn zurückgezahlt sollen ja diese sehr hohen Kredite zwischen 9 und 13 Milliarden Schilling, die Mochovce kosten wird - so wird hier eindeutig gesagt -, mit dem Erlös aus dem im AKW Mochovce produzierten Strom. Dabei sind ausdrücklich auch Energieexporte nach Westeuropa in den Projektunterlagen erwähnt, während - nur noch als Fußnote - als Grund für die Notwendigkeit des AKW die Deckung des Strombedarfs der Slowakei angeführt wird.

Das stimmt nicht, wie man ja in der Zwischenzeit weiß. Das heißt, es ist also diese Frage eine ganz, ganz wichtige. Ich möchte daher auch an den Herrn Bürgermeister appellieren und die Frage stellen, ob er sich auch als Wiener Bürgermeister dazu versteht und jetzt auch die Garantie abgeben kann, daß Wien sich nicht an dem Ausbau dieser 380 kV-Leitung beteiligen wird, vor allem auch im Hinblick darauf, daß eben nicht Atomstrom exportiert beziehungsweise importiert oder in ein anderes Land geliefert wird und wir praktisch als Drehscheibe fungieren sollen.

Ich sage das auch deshalb, weil wir nämlich während der Budgetdebatte schon einen Antrag eingebracht haben - Kollege Engl war das -, wo genau das zum Gegenstand gemacht worden ist, weil ja im vorliegenden Investitionsprogramm der Wiener Stadtwerke - WIENSTROM für den Zeitraum von 1995 bis 1999 genau der Ausbau dieser 380 kV-Leitung vorgesehen ist.

Ich habe das hier. Da wird in einigen Stellen diesen Plans darauf Bezug genommen, daß eine solche 380 kV-Leitung gebaut werden soll, ebenso daß vom Bisamberg aus das slowakische Umspannwerk an diese Leitung angeschlossen werden soll. Daher wäre es sicher wichtig - auch im

Sinne der Resolution, die da beschlossen werden soll - (*Abg. Ingrid Smejkal: Die Besoldungsordnung ist unverändert an der Tagesordnung!*), daß auch vom Wiener Bürgermeister diese Garantie abgegeben wird.

Zum Satz von Dr. Pilz, den er heute gesagt hat, das beinhaltet - nämlich dieser Punkt in der noch einzubringenden und zu beschließenden Resolution - den Verzicht auf alle 380 kV-Leitungen im Osten Österreichs, kann ich nur sagen: Leider geht das aus diesem Punkt, der hier in dieser Resolution zu finden ist - es ist der fünfte Punkt -, nicht hervor. Vielmehr ist dieser zweifellos, wenn man diesen starken Schluß ziehen wollte, schwach ausgefallen. Also wenn, dann müßte man das da noch revidieren. (*Große Unruhe im Saal.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll (unterbrechend): Aber, Herr Stadtrat, Sie haben dann die Gelegenheit, sich noch einmal zum Wort zu melden.

StR. Mag. Hilmar Kabas (fortsetzend): Ich fahre daher also weiter fort. (*Abg. Ingrid Smejkal: Ein bißchen konzentrierter!*) Auch wenn wir heute diese Resolution beschließen werden - ich nehme einstimmig -, dann ist das sicher eine sehr, sehr gute Sache, aber es ist damit noch nicht alles getan.

Ich möchte noch einen ganz, ganz wichtigen Gedanken und diesen Vorschlag einbringen. Kollege Engl wird dann einen dementsprechenden Antrag hier stellen, ich kann das ja als Stadtrat bekanntlich nicht. Wir haben folgenden Vorschlag zu machen:

Es ist ja jetzt schon viel von der Bundesregierung, vom Parlament getan worden, es ist bis ins EU-Parlament gegangen, da hat der Vorsitzende des parlamentarischen Umweltausschusses, der Abgeordnete Schweizer, einen dementsprechenden Antrag, daß dieses Mochovce nicht finanziert werden soll, im EU-Parlament gestellt, er wurde zu einem dringlichen Antrag gemacht und so weiter. Es wurde schon viel gesprochen, es wurde auch viel durchaus an Einigung hier erzielt, aber ein Gedanke wurde noch nicht aufgegriffen, und den möchte ich heute hier zur Diskussion stellen. Es geht hier um folgendes: Sie, Herr Abg. Karl, werden es nicht gelesen haben (*Abg. Mag. Franz Karl: Oh ja, ich habe es gelesen!*), aber die übrigen Damen und Herren vielleicht, nämlich daß ungefähr 60 Prozent der Slowaken - darauf beruft sich auch die slowakische Regierung, und das ist auch von einem Meinungsforschungsinstitut erhoben worden - für den Bau von Mochovce sind. Also die haben nicht die Sorgen wie etwa bei uns die Pensionisten, die heute eine viel zu kleine und mickrige Erhöhung bekommen sollen, daß es ein gefährliches Werk ist, sondern von dieser Bevölkerung der Slowakei, den Werktätigen, den Arbeitnehmern samt den Pensionisten, sind 60 Prozent jedenfalls dafür, daß es gebaut wird.

Warum sind sie dafür? - Das ist natürlich vom Lebensstandard her eine sehr arme Bevölkerung, die primär andere Sorgen hat und auch nicht dementsprechend informiert ist. Daher glaube ich, daß es eine vernünftige und zweckmäßige Anregung ist, wenn wir sagen, daß wir endlich einmal zur Kenntnis nehmen sollen, daß die Slowakei kein kommunistischer Staat mehr ist, sondern daß ja auch dort - hoffentlich - auch eine freie Presse existiert. Daher glauben wir....

Präsidentin Erika Stubenvoll (unterbrechend): Herr Stadtrat, ich darf Sie bitten, zur Sache zu sprechen. Es ist jetzt die letzte Warnung!

StR. Mag. Hilmar Kabas (fortsetzend): Frau Präsidentin! Ich habe schon gesagt...

Präsidentin Erika Stubenvoll (unterbrechend): Der Herr Stadtrat hat das Recht, sich jederzeit zum Wort zu melden und zu jedem Thema (*Abg. Hannelore Weber: Das hat niemand so ausgenutzt!*), aber Sie sind Debattenredner!

StR. Mag. Hilmar Kabas (fortsetzend): Genau so geht es eben nicht, Frau Kollegin Weber! Sie glauben, Sie brechen was vom Zaun und das ist nur Ihr Recht. Sie und Ihre Fraktion... (*Abg. Hannelore Weber: Ich breche nichts vom Zaun, Sie haben es angefangen, das hat mit der Sache überhaupt*

nichts zu tun!) Ganz im Gegenteil, Sie und Ihre Fraktion haben das angefangen, und ich lasse mir das sicher nicht verbieten - von Ihnen schon gar nicht! (Beifall bei den Freiheitlichen.)

Und daher möchte ich jetzt diesen Vorschlag bringen, daß die Gemeinde Wien eine Informationskampagne in der Slowakei macht, nämlich zur Aufklärung der Bevölkerung über die tatsächlichen Gefahren von Atomkraftwerken und speziell auch von Mochovce. Ich glaube, daß das ein Vorschlag ist, dem sich doch niemand verschließen kann!

Es wurde das bisher in der Diskussion nicht erwähnt. Es wurde aber auch nicht durchgeführt. (*Abg. Hannelore Weber: Das ist doch gar nicht wahr!*) Wir könnten hergehen und sagen, zum Beispiel der PID soll in den slowakischen Medien Inserate schalten, wo die ungeheure Gefahr dieser Atomkraftwerke dargestellt wird.

Auch wenn jetzt die Grün-Alternativen noch so dagegen sind, daß die Bevölkerung dort drüben auch aufgeklärt wird, dem kann ich mich nicht anschließen. (*Abg. Hannelore Weber: Das ist doch ein Nationalismus!*) Ich glaube, das ist ein vernünftiger und zweckmäßiger Vorschlag. Und ich kann auch nicht sagen...

Präsidentin Erika Stubenvoll (*unterbrechend*): Herr StR. Kabas, nachdem es Ihrerseits nicht möglich ist, zur Sache zu sprechen, und ich Sie jetzt schon dreimal verwarnt habe, darf ich Ihnen jetzt hiermit das Wort entziehen und Sie ersuchen, wieder Platz zu nehmen. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

StR. Mag. Hilmar Kabas (*fortsetzend*): Ich darf nur abschließend eines sagen: Frau Präsidentin, Sie sind der Meinung, daß nur die Dunkelroten die Geschäftsordnung brechen und machen können, was sie wollen. Daß dann der Berichterstatter darauf eingeht, werden wir uns sicher in dieser Form nicht gefallen lassen. (*Lang anhaltender Beifall bei den Freiheitlichen. - Abg. Ingrid Smejkal: Sie haben kein Wort mehr! - Sie haben das Wort nicht mehr!*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich glaube, ich kann als Präsidentin sehr wohl beurteilen, welcher Debattenbeitrag zumindest Elemente enthalten hat, die zu den Gesetzesvorlagen hier einen Bezug hatten, und Sie haben das schon ein bißchen überzogen, muß ich sagen. Es gab also kaum einen Satz zur Pensionsordnung. Sie haben zwar die Pensionisten immer wieder erwähnt, aber in diesem Falle muß ich Ihnen wirklich sagen: Ich habe es Ihnen dreimal gesagt, und es sieht auch die Geschäftsordnung so vor, wenn Sie dann nicht zur Sache kommen, daß ich Ihnen jederzeit das Wort entziehen kann. Herr StR. Hatzl hat ausdrücklich betont, daß er hier als Stadtrat gesprochen hat und nicht als Berichterstatter zu diesem Geschäftsstück, und das war korrekt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf nun Herrn Abg. Margulies zu einer tatsächlichen Berichtigung und danach dem Herrn Stadtrat noch einmal das Wort erteilen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Bitte zur Geschäftsordnung!*)

Geschäftsordnung, sofort! Vorher war die tatsächliche Berichtigung.

Abg. Jean Margulies (*GRÜNE*): Als erste Feststellung im Zusammenhang mit der tatsächlichen Berichtigung möchte ich Herrn StR. Kabas gratulieren, daß er sich als lernfähig erwiesen und jene Vorstellungen angenommen hat, die die Grünen hier in diesem Gemeinderat eingebracht haben, nämlich daß wichtige Themen wirklich am Anfang behandelt werden müssen, insoweit (*Abg. Ingrid Smejkal: Das ist aber keine tatsächliche Berichtigung!*) bin ich also sehr angenehm berührt und stelle...

Präsidentin Erika Stubenvoll (*unterbrechend*): Herr Margulies, bitte die tatsächliche Berichtigung vorzunehmen!

Abg. Jean Margulies: Ja, die kommt gleich. Das war aber ein Einleitungssatz. So, das nächste ist, Herr Stadtrat...

Präsidentin Erika Stubenvoll: Bitte, aber sich kurz zu halten. Tatsächliche Berichtigungen sind immer kurz.

Abg. Jean Margulies: Ja, fünf Minuten!

Präsidentin Erika Stubenvoll: Es ist so üblich. (Abg. Günter Kenesei: Fünf Minuten!)

Abg. Jean Margulies (*fortsetzend*): Ja, wobei das abgezogen wird. - Herr StR. Kabas hat im Zusammenhang mit Atomkraftwerken sowjetischer Bauart eine Feststellung getätigt und mich mehr oder weniger damit in Verbindung gebracht, daß ich für Kraftwerke sowjetischer Bauart beziehungsweise am Verkauf dieser interessiert wäre. Tatsächlich ist dem Herrn Stadtrat eine Verwechslung passiert, daß möglicherweise der Repräsentant der Linksextremen in der Grünen Alternative Chorherr Verbindungen mit der Sowjetunion hat, ich als Repräsentant des gemäßigten Flügels muß das energetisch zurückweisen.

Ich möchte festhalten, daß bereits 1976, in einer Zeit, wo die Vertreter der Freiheitlichen noch sehr wohl für Zwentendorf im ÖGB-Bundesvorstand (StR. Mag. Hilmar Kabas: Seit 1972 nicht mehr!) gestimmt haben, der Errichtung von Atomkraftwerken zu gestimmt haben... (Anhaltende Unruhe im Saal.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Ich bitte den Hohen Landtag, Ruhe zu bewahren!

Abg. Jean Margulies (*fortsetzend*): ... ich einer jener Initiatoren war, die die Gewerkschaft gegen Zwentendorf organisiert und mobilisiert haben und sehr wohl angefeindet wurden von Seiten der Freiheitlichen. (StR. Mag. Hilmar Kabas: Niemals!) Ebenso wurde ich angefeindet und habe keinen Vertreter der Freiheitlichen gesehen in Temelin. Als ich in Temelin war, da wart ihr nicht dort protestieren! Und als ich in Wackersdorf war, habt ihr erzählt, das sind Terroristen! Wenn schon gegen AKW, dann muß man zur Kenntnis nehmen: Konsequent gegen AKW waren immer nur wir! (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Klubobmann Pawkowicz gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (F): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich stelle fest, da hat das Wort ergriffen - ich erinnere - zuerst in der Mitteilung StR. Svhalek, SPÖ, dann natürlich Pilz, chlorophyllmarxistisch, dann StR. Hatzl, Abg. Margulies, auch klar, und dann der erste Redner der Opposition, der Freiheitlichen, der erste nicht sozialistische Redner. Dem wird das Wort entzogen. (Abg. Hannelore Weber: Das ist eine Unterstellung!) Meine Damen und Herren, da kann ich nur sagen... (Abg. Mag. Franz Karl: Das ist falsch!) Ich weiß schon, daß es den Karl noch immer gibt, das ist schon klar. (Abg. Hannelore Weber: Das ist eine Unterstellung! - StR. Mag. Hilmar Kabas: Er ist ein Opposizionspolitiker!) Aber was ich meine, meine Damen und Herren: Es ist an sich - und das darf ich schon in aller Deutlichkeit sagen - eine Vorgangsweise, der ich als Klubobmann der zweitstärksten Partei - der Freiheitlichen - nicht zustimmen kann.

Und jetzt sage ich noch etwas dazu, meine Damen und Herren. Wir haben im Präsidium, in der Präsidialsitzung eine Vereinbarung getroffen, unter anderem daß StR. Svhalek diese Mitteilung macht. Da gab es volle Übereinstimmung. Die weitere Rede, die dann von Abg. Pilz gehalten wurde, hat nicht mehr dazugehört, der hat sich also nicht mehr an die Spielregel gehalten. Aber er konnte seine Rede natürlich völlig zu Ende führen, und zwar problemlos. Jetzt weiß ich schon, daß es so etwas wie die vereinigte Linke gibt, wo so etwas eben vorkommt. Das steht eben einmal fest.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Zur Geschäftsordnung!

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Als nächster kommt dann - zur Geschäftsordnung, richtig - der Berichterstatter, der völlig richtig einige Dinge korrigiert oder korrigieren muß, die eben

falsch gesagt worden sind, aber auch damit natürlich die Diskussion zu einem Punkt völlig abgerundet ist. Und dann kommt der Freiheitliche, nimmt dazu Stellung und es wird ihm das Wort entzogen.

Meine Damen und Herren, dies ist eine Vorgangsweise in der Demokratie, die am Rande der demokratischen Spielregeln ist!

Und jetzt sage ich schon auch eines: Es kann nicht so sein, daß hier vom Vorsitz, von der Präsidentin des Landtags unterstützt wird, daß auf der einen Seite die Mehrheit und die die Mehrheit Unterstützenden hier alles machen können, was sie wollen; auf der anderen Seite aber die Oppositionsrechte massiv beschnitten werden. Das ist der Demokratie abträglich! (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Ich glaube, ich habe weder den Debattenredner beschnitten... (*Allgemeine Heiterkeit.*) Ich habe das getan, was die Geschäftsordnung vorsieht. Nachdem ich dreimal oder viermal sogar gebeten habe, zur Sache zu sprechen, und es dem Debattenredner nicht möglich war, im Zuge seiner Ausführung zumindest in einem Mindestmaß auch den Gegenstand der Debatte in seinem Beitrag zu streifen, glaube ich, damit korrekt gehandelt zu haben.

Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr StR. Hatzl. Ich erteile es ihm.

Berichterstatter Amtsf. StR. Johann Hatzl: Meine Damen und Herren!

Da ich bemüht bin, daß möglichst in der weiteren Fortsetzung der Debatte die Fragen des Besoldungsrechts, der Pensionsordnung und des dritten Gesetzes behandelt werden, sehe ich mich aufgrund einer Wortmeldung eines freiheitlichen Redners jetzt gezwungen - auch auf die Gefahr hin, daß es vielleicht jetzt heißt, es ist hier ein Pingpong-Spiel zwischen Rot und Braun-Blau, wenn wir bei Farben bleiben wollen -, folgendes festzuhalten (*Abg. Gerhard Zeihsel: Er ist schon wieder farbenblind! - Beifall bei den Freiheitlichen.*):

Es ist in der Tat nicht notwendig, den Herrn Bürgermeister oder mich oder andere aufzufordern, etwas sicherzustellen, denn ich habe schon darauf aufmerksam gemacht, es gibt keinen Zusammenschluß, auch keine Planung jener 380 kV-Leitung, die nach Wien kommt.

Und vor allem braucht sich der Sprecher der Freiheitlichen Partei überhaupt keine Sorge zu machen, was hier passieren kann. Denn das, was hier geschieht und im Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke aufscheint, ist nichts anderes als die Realisierung des als Energiekonzept 1991 im Gemeinderat einstimmig, nämlich auch mit den Stimmen der FPÖ, gefaßten Beschlusses. Und nichts anderes ist im Wirtschaftsplan zur Stunde enthalten! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Herzog. Ich erteile es ihm.

Abg. Johann Herzog (*F*): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte eingangs, wenn ich richtig gehört habe, die Erstbemerkung des Herrn Stadtrats mit aller Deutlichkeit zurückweisen, hier von Farbnuancen zu sprechen, die er da verwendet hat. Ich möchte mit aller Deutlichkeit feststellen, daß ich mir auch wünschen würde, daß die Frau Präsidentin über ein Sensorium verfügt, solche Angriffe von sich aus zu bewerten und Äußerungen dazu zu machen. Das würde ich mir sehr wünschen! (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde mir erlauben, zum Besoldungsthema das Wort zu ergreifen, und werde nicht zwischen Kampf um Atomstrom und Besoldungsreform eine Verbindung herstellen.

Ich darf feststellen, daß wir Freiheitlichen die Geschäftsstücke 1 bis 3 ablehnen werden. Ich möchte auch feststellen, daß wir die einzige Fraktion sind, die das tut, und darf meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß die Grünen zum Beispiel, die doch immer als Hüter der Schwachen auftre-

ten, es nicht einmal der Mühe wert finden, dazu das Wort zu ergreifen, und natürlich auch hier zu stimmen.

Es sind ja, wie bekannt, drei Punkte, die Besoldungsreform, die Pensionsordnung und die Vertragsbedienstetenordnung. Es betrifft eben die aktiven öffentlich Bediensteten und die Pensionisten.

2,87 Prozent für die Aktiven, also für die Beamten und Vertragsbediensteten, sind ein - meiner Meinung nach - völlig unbefriedigender Abschluß, und zwar von jeder Seite, von der man die Sache betrachtet. 2,87 Prozent sind auf alle Fälle aus verschiedenen Gründen ein schlechter Abschluß.

Erstens einmal liegt er deutlich unter der Inflationsrate. Und ich darf feststellen, daß es laut Erläuterungen zu diesen Gesetzen, auch als Ziel angegeben wird: Anhebung der Bezüge der Beamten, in diesem Fall der Gemeinde Wien, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage und der Geldwertentwicklung. Aber es kann diese Berücksichtigung nur dadurch erfolgt sein, daß bewußt und wissentlich vom Arbeitgeber Land Wien zum zweiten Mal ein deutlicher Abschluß unter der Inflationsrate erfolgt. Eine Vorgangsweise, die wir nicht billigen können, weil praktisch alle anderen Branchen - fast ausschließlich, jawohl - einen höheren Abschluß erzielt haben.

Des weiteren ist es natürlich, wie gesagt, zum zweiten Mal, daß so etwas passiert, und auch das ist schlecht. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, der Spargedanke ist heute notwendig, er ist richtig. Die Mißwirtschaft der Bundesregierung der letzten Jahre hat Riesenlöcher in den Staatshaushalt des Bundes, aber auch der Gebietskörperschaften gerissen und muß in irgendeiner Form saniert werden.

Aber, wie gesagt, der Abschluß unter der Inflationsrate auf der einen Seite und auf der anderen Seite das Fehlen jeder sozialen Ausgewogenheit in diesen 2,87 Prozent, beides ist von uns abzulehnen. 2,87 Prozent bedeuten für den Bediensteten der Verwendungsgruppe D sehr wenig, für den Obersenatsrat aber doch einiges. Und hier liegt eine Ungleichgewichtung, eine Unausgewogenheit vor, die wir in solchen Zeiten schon gar nicht zur Kenntnis nehmen können.

In guten Zeiten, wenn es etwas zu verteilen gibt, meine Damen und Herren, kann ich mir sehr wohl vorstellen, daß eine lineare Anhebung der Gehälter durchaus richtig ist. In schlechten Zeiten, wo alle eine Spargesinnung zeigen müssen, wo man Opfer von der Bevölkerung verlangt, wäre eine Lösung besser gewesen, die sozial differenziert ist, nämlich entweder eine einheitliche Anhebung um einen Fixbetrag auf der einen Seite oder aber einen Fixbetrag in Verbindung mit einem niedrigeren prozentmäßigen Anhebungsbetrag für alle. Das hätte eine soziale Ausgewogenheit bedeutet, es hätte bedeutet, daß die schlechter verdienenden Kolleginnen und Kollegen der Gemeinde Wien mehr bekommen hätten, daß den jungen Bediensteten geholfen worden wäre und daß die gutverdienenden eine zumutbare Einbuße zur Kenntnis hätten nehmen müssen.

Wenn man das Ganze jetzt im Licht des Sparpakets, des Belastungspakets der Bundesregierung betrachtet, dann muß man sagen, es trifft wiederum - wie auch im Belastungspaket der Bundesregierung - die Kleinen, die Schlechtverdiener und jene Familien, die sich der Mühe unterziehen, Kinder aufzuziehen und für die Kinder zu sorgen.

Zum Beispiel, wenn ich erwähnen darf, ist ja gestern festgelegt worden, daß die Haushaltzzulage gestrichen wird. Das ist sicher nur ein kleiner Betrag. Aber ein Wegfall, zum Beispiel, der erhöhten Haushaltzzulage würde - und wird, wie ich vermute - den Familien mit Kindern doch massive Einbußen bringen, doch deutlichere Einbußen bringen, und es trifft damit wiederum jene Familien, die Kinder haben, die werden nun wiederum bestraft. Aber das paßt ja ganz ins Bild, wie hier dieses Spar- und Belastungspaket angenommen und versucht wird, es durchzusetzen. Es wird eben den Schwachen noch zusätzlich genommen.

Das gleiche gilt - und damit kommen wir zu den Pensionisten - auch hier. 2,8 Prozent sind ein schlechter Abschluß. Ein schlechter Abschluß für die alte Generation, die nunmehr im 50sten Jahr

der Zweiten Republik vor der Tatsache steht, daß sie als Aufbaugeneration schlecht gestellt und schlecht behandelt wird und zur Kasse gebeten wird.

Meine Damen und Herren, nicht mit uns! Wir lehnen diese Tagesordnungspunkte ab. (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Hundstorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Rudolf Hundstorfer (*SPÖ*): Meine Damen und Herren!

Es sei gestattet, daß ich zur Tagesordnung spreche und nicht zu Mochovce. Ich hoffe, ich bekomme keinen Ruf zur Sache. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Herr Abg. Herzog, ich habe schon viel erlebt, auch von freiheitlichen Personalvertretern oder freiheitlichen Politikern, aber heute habe ich wieder einmal eine Lehrstunde bekommen, die ja wirklich gigantisch ist.

Einen Gehaltsabschluß zu kritisieren von der Höhe her, eine angeblich nicht vorhandene soziale Ausgewogenheit und und und. Das Ganze muß man sich ein bißchen einmal anschauen im Vergleich zu dem, was Ihre Partei hier als Sparvorschläge auf den Tisch gelegt hat, zum Beispiel unter Punkt 17: Totaler Einstellungsstopp! - Das heißt, da gibt es dann überhaupt niemanden mehr, der das, was Sie hier kritisieren, konsumieren kann. Es ist Ihnen hier vollkommen egal, was zum Beispiel im Schulwesen passiert. (*Abg. Brigitte Schwarz-Klement: Das darf doch nicht wahr sein!*) Es ist Ihnen vollkommen egal, was zum Beispiel, in der so hoch gepriesenen Sicherheitswache passiert. Denn wenn wir dort zum Beispiel das machen würden, was Sie hier sagen, hätten wir nämlich in einigen Jahren überhaupt keine Polizisten mehr. Da sieht man auch zum Beispiel ein bißchen die Perversität Ihrer Kritik. Gerade Sie müßten ja das wissen, weil Sie aus einem Ressort kommen, wo es das angeblich sehr ausgeprägt gibt. Sie bezeichnen das im Punkt 19 Ihres Sparpakets als Sondergehaltserhöhungen.

Sie stellen sich hierher und sagen, der Gehaltsabschluß ist so gering, sagen aber gleichzeitig, die Bundesbediensteten bekommen 845 Millionen an Belohnungen und Geldaushilfen, das ist sofort zu streichen. Ich weiß nicht, ob Sie wirklich glauben, daß der Bundesbedienstete oder der öffentlich Bedienstete schon so verkalkt und verkorkst ist, daß er Ihnen das abnimmt. Sie stellen sich hierher und sagen zum Beispiel auch, nicht ausgewogen und und und. (*Abg. Johann Herzog: Er bekommt ja eine Belohnung!*) Schauen Sie einmal in Ihrem Ressort, wer dort die Belohnung bekommt! Schauen Sie sich einmal an, welche Masse von Kleinbediensteten dort die Belohnungen bekommt, gerade in diesem Ressort! (*Abg. Johann Herzog: In der Finanz gibt es keine Belohnungen, garantiert nicht!*) Schauen Sie sich bitte an, wie zum Beispiel auch Ihre Vorstellungen zur Verwaltungsreform sind!

Dazu nur ein Beispiel: Sie kritisieren unter anderem oder fordern eine Verwaltungsreform. Gleichzeitig gibt es ein ganzes Paket von Initiativanträgen Ihrer Partei, die zum Beispiel - wenn man die alle umsetzen würde - Kosten verursachen würden, die ins Gigantische gingen. Ich will die Liste jetzt gar nicht fortsetzen, weil es an und für sich jetzt sinnlos ist. Wir werden das aber der Öffentlichkeit sehr wohl bewußt transparent machen. Da brauchen Sie keine Angst zu haben.

Sie stellen sich auch hier her und erklären, ein Lohnabschluß für 1995 liege unter der Inflationsrate. Das Jahr 1995 ist fünf Wochen alt, und wenn Sie unsere Lohnpolitik ein bißchen kennen, wissen Sie, daß die Lohnpolitik immer eine ist für das kommende Jahr. Und ich kann halt in der fünften Woche des Jahres noch nicht sagen, wir liegen mit einem Lohnabschluß unter der Inflationsrate. Ich glaube, da sind wir uns wieder sachlich einig. Ich würde Sie auch hier bitten, in der Argumentation ein bißchen vorsichtiger umzugehen. Nicht nur vorsichtiger, sondern so umzugehen, wie es sich gehört.

Das gleiche trifft auch bei Herrn Kollegen Tschirf zu, der auch als öffentlich Bediensteter natürlich ein Lied davon singen kann, wie mit öffentlich Bediensteten umgegangen wird. Gar keine Frage. Er soll bitte seinen Parteiobmann fragen, der überhaupt meint, daß der Magistrat etwas Verkorkstes ist, und und und.

Ich weiß auch nicht, wo der Herr Görg seine Kenntnisse her hat, aber auch hier werden die Bediensteten dieser Stadt die entsprechende Antwort geben.

Ich möchte auf meine Rede vom 16. Dezember des Vorjahres zurückkommen, wo ich ja schon damals ausgeführt habe, daß dieser Lohnabschluß ein Kompromiß ist. Das ist ja gar keine Frage.

Ein Kompromiß, hart an der Grenze dessen, was für uns als Interessenvertretung vertretbar war, was wir tragen konnten. Es ist gar keine Frage, daß es natürlich auch schöner klingt, wenn man sagt, eine Erhöhung von bis. Das ist auch keine Frage, aber ich habe damals bereits am 16. Dezember erklärt, warum es zu diesem Kompromiß gekommen ist, unter welchen Rahmenbedingungen dieser Kompromiß erzielt wurde und warum wir gemeint haben, mit diesem Kompromiß leben zu können.

Abschließend würde ich noch um folgendes ersuchen: Es finden ja derzeit, wie bekannt ist, bei den öffentlich Bediensteten über diverse Einsparungsmodalitäten Verhandlungen statt. Und auch hier, lieber Herr Abg. Herzog: Bleiben wir doch bei der Realität des Lebens, bleiben wir dort, wo wir hingehören! Es wird keine ersatzlose Streichung der Haushaltzulage geben, so wie Sie das hier gesagt haben. Es wird nicht dazu kommen - das wurde auch nicht verlangt von der Koalitionsregierung -, daß die Kinderzuschläge bei der Haushaltzulage wegkommen. Das hat diese Regierung nicht verlangt. (*Abg. Brigitte Schwarz-Klement: Gestern wurde es gemeldet!*) Schauen Sie, liebe Frau Abgeordnete, hier haben wir das Problem: Sie schauen fern und ich sitze dort, wo Sie mich im Fernsehen sehen. Und Sie gestatten mir, daß ich derjenige bin, der hier - glaube ich - den besseren Informationsstand hat. Wenn Sie der Argumentation eines ORF folgen, der aus solchen Verhandlungen eine Kriegsberichterstattung macht, dann tut es mir leid. Ich kann Ihnen hier nur sagen, und zwar als derjenige, der, aus diesem Haus hier kommend, bei diesen Sitzungen dabeisein darf - und das aus meiner beruflichen Position her -, es wird nicht dazu kommen, daß - wie Sie hier gemeint haben - vor allem die Familien, die Kinder haben, hier zusammengeschnitten werden.

Ansonsten ersuche ich um Annahme des Geschäftsstücks. - Danke. (*Beifall bei der SPÖ.* - *Abg. Brigitte Schwarz-Klement: Gehen Sie einmal in die Schule!*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage, betreffend die 1. Novelle zur Bezahlungsordnung 1994.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. Erfolgt ein Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Somit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage, betreffend die 15. Novelle zur Pensionsordnung 1966.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke, damit ist das Gesetz in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage, betreffend die 27. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Damit ist auch das Gesetz in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen. (*Abg. Jean Margulies zur ÖVP: Jetzt waren es nur mehr sechs! - Abg. Heinz Hufnagl: Wie die kleinen Negerlein! - Abg. Mag. Franz Karl: Macht euch deshalb keine Sorgen!*)

Wir kommen nun zur Postnummer 4. Sie betrifft die Vereinbarung über die Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft.

Hier wurde der Berichterstatter gewechselt. Berichterstatter ist Herr Abg. Effenberg. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Franz-Karl Effenberg: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine geschätzten Damen und Herren!

Es liegt uns die Vereinbarung über die Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft vor.

Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir haben im Landtag am 25. Februar 1994 diese Vereinbarung beschlossen. Wir sind alle zusammen mit dieser Vereinbarung nicht unbedingt zufrieden, ich erlaube mir das zu sagen. Dennoch darf ich festhalten, daß es sich hier um Mindeststandards handelt und jedes Land ja von sich aus höhere Anforderungen stellen kann. Der Grund, warum wir dieses Aktenstück, diese Vereinbarung heute wiederum hier im Landtag vorliegen haben, ist, wie wir alle wissen, da wir ja die Akten studiert haben, daß Salzburg diese Vereinbarung abgelehnt hat und daher dieses Bundesland aus dieser Vereinbarung herausgenommen werden muß. Ich ersuche daher um Änderung der damals beschlossenen Vereinbarung, daß das Bundesland Salzburg herausgenommen wird, was jedoch nicht bedeutet, daß nicht Salzburg zu einem späteren Zeitpunkt wiederum die Möglichkeit hat, hier hereinzukommen, falls sich nicht insgesamt etwas ändern sollte und eine neue Vereinbarung abgeschlossen wird.

Ich ersuche um Zustimmung.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Ich eröffne die Debatte.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abg. Weber. Ich erteile es ihr.

Abg. Hannelore Weber (*GRÜNE*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir kurz, bevor ich mich mit diesem Aktenstück auseinandersetze, eine persönliche Erklärung zu den Vorkommnissen vom Beginn dieser Sitzung an bis jetzt, die ich sicher auch im Namen vieler NGOs und Anti-AKW-Aktivisten hier abgeben kann.

Es ist eine Schande, es ist vor allem eine Schande für die ÖVP, was sie heute hier angestellt hat, daß sie nicht imstande war, daß sie es nicht zugelassen hat (*Abg. Mag. Franz Karl: Es geht euch doch um nichts anderes als um die Öffentlichkeit!*), hier nach der Mitteilung des Stadtrates eine starke und breite sachliche Argumentation gegen das Kernkraftwerk Mochovce durchzuführen und eine starke, breite, über Parteiengrenzen hinweg gehende Resolution zu verabschieden.

Sie sind hier aufgrund der Sturheit und aufgrund des Unverständnisses Ihres Klubobmannes der eigenen Umweltministerin in den Rücken gefallen.

Sie haben der gesamten Sache absolut nichts Gutes getan (*Abg. Mag. Franz Karl: Sagen Sie doch nicht, daß es Ihnen um die Sache geht!*), bis hin zu den F-lern, die dann die Chance nutzen wollten und aus der gesamten Anti-AKW-, Anti-Mochovce-Debatte eine furchtbare Farce gemacht haben.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Ich kann gar nicht fassen, was Sie heute verursacht haben. Wenn das slowakische Fernsehen hiergewesen wären, hätten Sie nämlich nur dem Herrn Meciar in die Arme gearbeitet. Sie haben überhaupt nichts dazu beigetragen, damit eine klare Front gegen ein Atomkraftwerk, das alle Wiener und Wienerinnen betrifft und bedroht, entstanden wäre. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Sie haben nichts anderes gewußt - und das ist ja traurig für die Wiener ÖVP -, als hier in einer Geschäftsordnungsdebatte herumzustreiten und freie Mandatare zu beschimpfen, inklusive Ihrer Kollegen von den F. Genau das ist heute passiert, und der Meciar wird sich die Hände reiben. Das haben wir Ihnen zu verdanken. Aber vielleicht stimmt es wirklich, daß vor allem Sie von der ÖVP furchtbare Angst haben, daß der Wirtschaftsminister diese Bohunice-Studie endlich aus seinem Safe herausholt, damit wir endlich wissen, wie der Hase wirklich läuft.

Ich komme jetzt zur Massentierhaltung. (*Abg. Dkfm. Robert Hotter: Die Häsinnen haben Sie vergessen! - Heiterkeit. - Abg. Mag. Franz Karl: Wo sind Ihre glücklichen Hühner vom 25. Februar?*) Ha, ha, ha, kann man dazu nur sagen. Das ist ein weiteres Zeichen für den intellektuellen Zustand der ÖVP in Wien. Mehr kann man dazu eigentlich nicht sagen.

Bei diesem Tagesordnungspunkt möchte ich kurz auf die Debatte, die wir ja wiederholt hier im Hause geführt haben, eingehen. Ich persönlich bedauere es sehr, daß die SPÖ die Chance nicht wahrgenommen hat, so wie Salzburg aus dieser Vereinbarung auszuscheren und wesentlich mehr Druck auf ein einheitliches Bundestierschutzgesetz zu machen.

Ganz kurz: Für mich ist diese Verordnung absolut untragbar, und für mich ist sie nicht geeignet, Mindeststandards für eine tiergerechte Haltung entstehen zu lassen. In der Folge kann es dadurch auch zur Verhinderung einer besseren Nahrungsqualität für die Österreicher und Österreicherinnen kommen. Sie haben sich darauf geeinigt, teilweise wirklich tierquälerischen Maßnahmen zuzustimmen, so etwa dem Halten von Rindern und Schweinen ohne Einstreu und dem Halten von Rindern auf Spaltböden. Wir haben uns auch darüber unterhalten, daß die Käfighaltung durch diese Verordnung nicht verboten werden wird und daß die Hühner nach wie vor in Käfigen auf so einer Fläche (*die Rednerin zeigt ein A-4-Blatt*) faktisch ihren Freiraum haben.

Ich möchte mich daher heute nicht weiter auf diese Diskussion einlassen, aber eines möchte ich schon noch anführen: Es geht hier ja nicht darum, daß Sie meinen, weil wir in Wien keine Massentierhaltung haben, geht uns das nichts an. Ich möchte hier kurz den Salzburger SPÖ-Bauernvor sitzenden Robert Zehetner - einen Parteikollegen von Ihnen, einen Biobauern - zitieren, der gesagt hat: "Tierschutz ist Bauernschutz, sagte der Hackerbauer aus Eschenau wörtlich, da die traditionelle

bäuerliche Bewirtschaftung von der agroindustriellen Massentierhaltung, insbesondere im Bereich Geflügel, vom Markt ohnehin schon verdrängt worden sei." - Ich möchte nur darauf hinweisen, daß Sie hier eigenen Genossen, eigenen Parteifreunden in den Rücken fallen. Daher werden wir nach wie vor auf ein bundesweites Tierschutzgesetz drängen und dieser Vereinbarung nicht zustimmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber noch auf eine andere Sache verweisen, die ich schon heute vormittag in der Fragestunde ventiliert habe. Es geht um das Wiener Landesumweltinformationsgesetz, das nach den EU-Richtlinien sehr wohl fällig wäre, und darum, daß das Auskunftspflichtgesetz kein Landesumweltinformationsgesetz ersetzen kann. Aber gerade auch im Sinne des Tierschutzes - das sind eben Landesgesetze - wäre es notwendig, daß dieses Gesetz endlich kommt.

Ich stelle daher folgenden Beschußantrag:

"Der Wiener Landtag möge beschließen:

Die Wiener Landesregierung wird ersucht, ein Wiener Landesumweltinformationsgesetz so zeitgerecht dem Wiener Landtag zur Beschußfassung vorzulegen, daß es noch 1995 in Kraft treten kann.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags." (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Meine Damen und Herren! Es wird wirklich wichtig sein, daß Sie sich auch mit dieser Causa auseinandersetzen, denn gerade wenn Sie dieser 15a-Vereinbarung zustimmen, wo es keine Parteienstellung gibt, wird es notwendig sein, daß wir über ein Landesumweltinformationsgesetz endlich die nötigen Daten, die uns interessieren, auch tatsächlich bekommen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnischall: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Mag. Karl. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Franz Karl (*ÖVP*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die heutige Debatte ist eine Neuauflage der Diskussion im Landtag vom 25. Februar 1994, die notwendig ist, weil offensichtlich Salzburg die 15a-Vereinbarung nicht unterzeichnet hat. Im Gegensatz zur Frau Abg. Weber, die das als große Errungenschaft präsentiert hat, geht meine Information dahin, daß Salzburg die Vereinbarung nicht aus besonders tierschützerischen Motiven nicht angenommen hat, sondern weil sie zu streng war. Also, ich glaube, man sollte Salzburg hier wirklich nicht als Vorbild preisen. (*Abg. Hannelore Weber: Vielleicht von ÖVP-Seite, das glaube ich Ihnen gern!*)

Sie können alle unsere Argumente im wörtlichen Protokoll vom 25. Februar 1994 nachlesen, ich kann mich also auf drei grundsätzliche Feststellungen beschränken.

Erstens: Es handelt sich bei diesem Vertrag um einen ersten Schritt in die richtige Richtung, nämlich um die Vorgabe von Mindeststandards. Unser Versuch - in Antragsform im Februar 1994 eingebbracht -, diese anzuheben, ist am damaligen StR. Häupl gescheitert.

Zweitens: Der Versuch, unsere Haltung als tierfeindlich darzustellen, ist von bösartigem Täuschungswillen getragen und wird von uns entschieden zurückgewiesen. Ich wiederhole: Wir sind Tierfreunde, und es wird niemandem gelingen, uns in unfairer Weise eine andere Punze aufzudrücken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Drittens: Ich verteidige mit aller Entschiedenheit den Föderalismus. Ich kann mir aber im Rahmen einer umfassenden Bundesstaatsreform, die ja hoffentlich doch noch kommen wird, vorstellen, daß der Tierschutz im Tausch gegen andere Kompetenzen in die Zuständigkeit des Bundes kommt. Dann werden wir gerne über ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz reden.

Im übrigen empfindet ein Tier nicht nur im Burgenland den Schmerz nicht anders als in Wien, sondern auch in Brüssel. Daher sollte man die Dinge, wenn man sie schon so sieht, noch umfassender ändern.

Aus all den genannten Gründen werden wir der vorliegenden 15a-Vereinbarung zustimmen.

Meine Damen und Herren! Wie der heutige Affenzirkus um die Geschäftsordnung gezeigt hat, ist diese Geschäftsordnung nicht einmal Nutztieren zumutbar, geschweige denn Menschen. Zur grünen Anarchie hat sich die blaue gesellt, nur in der Hoffnung, daß neben dem Herrn Pilz auch der Herr Kabas im Fernsehen vorkommen könnte. Ich appelliere wieder einmal an den SPÖ-Landesparteiobmann und Landeshauptmann und an den SPÖ-Klubobmann, endlich eine Reform der Stadtverfassung, der Wahlordnung und der Geschäftsordnung voranzutreiben. Der derzeitige Zustand ist eigentlich unerträglich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein letztes Wort - ich hoffe, das ist gestattet - zum Herrn Ersten Vorsitzenden des Gemeinderats. Ich persönlich bedauere sein Ausscheiden sehr und sehe darin gar kein gutes Zeichen für die Geschäftsordnungsreform. Ich hoffe sehr, daß ich mich täusche. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg. Schöfnagel. Ich erteile es ihr.

Abg. Barbara Schöfnagel (F): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Mit großem Engagement haben sich die Tierschutzvereine im vergangenen Jahr gegen die 15a-Vereinbarung über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft ausgesprochen. Die Ablehnung des Bundeslandes Salzburg, welche die 15a-Vereinbarung dann zu Fall brachte, kam nicht ohne Grund. Ich möchte entgegen der Meinung des Herrn Abg. Mag. Karl zitieren: Das Land Salzburg hat die in der Vereinbarung festgeschriebenen Mindeststandards nicht für ausreichend gehalten - Sie hatten vorhin gemeint, Salzburg habe zuviel verlangt -, und deswegen wurde es abgelehnt. Das wollte ich noch berichtigen, denn aus diesem Grund hat Salzburg es abgelehnt.

Auch wir begründeten im vergangenen Jahr schon unsere Ablehnung, da wir fürchteten, daß damit ein einheitliches Bundes tierschutzgesetz auf unabsehbare Zeit aufgeschoben wird. Das vergangene Jahr hat ja dann auch gezeigt, daß unsere Befürchtungen berechtigt sind, denn nachdem der Salzburger Landtag die Vereinbarung nicht angenommen hat, überlegt man nun krampfhaft, wie man trotzdem die 15a-Vereinbarung durchsetzt, statt sofort an die Verwirklichung eines bundeseinheitlichen Gesetzes zu gehen.

Eine Verwirklichung des bundeseinheitlichen Gesetzes würde ja auch unserem gemeinsamen Antrag, der im vergangenen Jahr mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Freiheitlichen und Grünen beschlossen wurde, entsprechen. Damals einigten wir uns darauf, daß die Wiener Landesregierung beauftragt wird, erstens bei der Bundesregierung und im Nationalrat dafür einzutreten, daß ehestmöglich ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz beschlossen wird, zweitens bei der Vorbereitung dieses Bundesgesetzes dafür einzutreten, daß in diesem Bundes tierschutzgesetz die tierquälerische Massentierhaltung verboten wird und drittens die notwendigen Beschlüsse vorzubereiten, mit denen das Land Wien auf die ihm zustehende Kompetenz auf dem Gebiet des Tierschutzes verzichtet.

Was ist in diesem Jahr geschehen? - In dieser Richtung nichts, außer daß man zu der 15a-Vereinbarung zurückkommt und nun wieder versucht, diese mangelhafte Lösung - darüber waren wir ja alle einer Meinung - durchzubringen; diesmal allerdings nur in acht Bundesländern statt in ganz Österreich. Ich meine, dies ist eine schlechte Lösung.

Wie problematisch die 15a-Vereinbarung ist, haben wir schon im vergangenen Jahr aufgezählt, und ich glaube, ich brauche mich höchstens in Stichworten - zur Erinnerung - zu wiederholen. Es ist das Problem der Bodenbeschaffenheit bei Rindern und Schweinen nicht gelöst, die momentan und auch in der 15a-Vereinbarung vorgesehenen Beleuchtungs- und Bewegungsmöglichkeiten sind unbe-

friedigend, die Anbindehaltung ist zum Teil unakzeptabel und nicht genau definiert, die Sozialkontakte der Tiere müßten genau formuliert werden und so weiter.

Aber nicht nur diese praktischen Überlegungen sind unausgegoren, auch die rechtlichen Fragen werden mit der 15a-Vereinbarung nicht gelöst. So müßte nach unserem Dafürhalten ein Tierschutzgesetz bundeseinheitlich auf einen Nenner gebracht werden und ein entsprechender Kompetenztatbestand in die Bundesverfassung aufgenommen werden. Diese Kompetenz sollte die Gesetzgebung und den Vollzug dem Bund zuweisen. Ein *Bundestierschutzgesetz* müßte vom Grundsatz der artgerechten Tierhaltung ausgehen, das Tier als Mitgeschöpf schützen und alle Teilbereiche des Tierschutzes erfassen.

Hier weise ich wieder darauf hin, daß derzeit die Kompetenzen auf die verschiedensten Ministerien aufgeteilt sind. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, das Bundesministerium für Gesundheit, das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, für Umwelt, aber auch für Justiz: Alle diese Ministerien sind mit dem Tierschutz, mit der Tierhaltung und mit der wissenschaftlichen Betreuung betraut, und das kann natürlich nicht sinnvoll und in einem Zug durchgeführt werden. Dies allein schon ergibt Zuständigkeitsbereiche, die sich überschneiden, Bereiche, die nicht klar abgegrenzt sind oder durch Einvernehmensbindungen miteinander verknüpft sind.

Dem Tierschutz hilft dies überhaupt nichts. Im Gegenteil: Diese breite Kompetenzverteilung schafft Verunsicherung, Überschneidungen und Vollzugsdefizite. In diesem Zusammenhang ist auch unsere Befürchtung zu sehen, daß die 15a-Vereinbarung nicht der erste Schritt zur Besserung ist, sondern daß das auf dieser Stufe Erreichte beibehalten wird und keine weiteren Bemühungen zu einer einheitlichen Regelung unternommen werden.

Mit einem einheitlichen *Bundestierschutzgesetz* erhofften wir uns, daß der Tierschutz in Österreich endlich dem mitteleuropäischen Niveau entsprechen kann und wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um in allen Bereichen - und ich betone wirklich, in allen Bereichen - tiergerechte Bedingungen zu schaffen. Dies umso mehr, als auch seitens der Mitgliedstaaten des Europarates Bemühungen bestehen, europaweit zu einer einheitlichen Regelung auf dem Gebiet der Tierhaltung und des Tierschutzes zu gelangen.

Ich stelle daher fest: Der heute zu fassende Beschuß mag vielleicht eine kleine Verbesserung für den Tierschutz bringen, uns ist diese Maßnahme jedoch zuwenig. (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Wenn schon das Bewußtsein der Verantwortlichen so weit sensibilisiert ist, daß eine richtungsweisende Änderung möglich wird, so soll dies nicht noch durch eine 15a-Vereinbarung verhindert werden. Wir sollten hingegen große Anstrengungen unternehmen, um das Bundesgesetz zu verwirklichen.

Wir Freiheitlichen fordern daher, daß die Wiener Landesregierung alles unternimmt, um ein einheitliches *Bundestierschutzgesetz* zu erhalten, das die gewerblichen Tierzüchter und den Tierhandel genauso ordnet wie das Veterinärwesen und die Tierschutzbestimmungen im Zivilrecht, im Strafrecht, im Verkehrsrecht - da gehören die Tiertransporte auch dazu - und im Bereich der Wissenschaft. Nur wenn wir dies schaffen, können wir den Tierschutz auf eine seriöse Basis stellen. (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnischall: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Franz-Karl Effenberg: Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich werde es ganz kurz machen. Ich habe bereits in der Einleitung gesagt, es ist das für uns alle nicht zufriedenstellend. Es ist halt der kleinste gemeinsame Nenner.

Kollegin Schöfnagel hat ja auf den damaligen gemeinsamen Antrag hingewiesen. Sie meint, es ist nicht allzuviel geschehen damit. Wir haben das im vergangenen Jahr beschlossen, und im vergangenen Jahr - ich darf daran erinnern - waren Bundeswahlen, da sind halt manche Dinge nicht in der Art und Weise erledigt worden, wie wir es uns alle gemeinsam vorgestellt haben. Unser erklärtes Ziel - da sind alle Fraktionen dieses Hauses, so glaube ich, einer Meinung - ist es aber doch, hier zu einem eigenen Gesetz zu kommen, das von den Ländern sozusagen wegzunehmen und entsprechende Regelungen zu treffen.

Abg. Mag. Karl hat gemeint, daß die Anhebung der Mindeststandards am damaligen Umweltstadtrat und nunmehrigen Bürgermeister Dr. Michael Häupl gescheitert wäre. Das erlaube ich mir doch mit aller Dezipiertheit zurückzuweisen. Oder soll ich die Antwort auf den damaligen Antrag vorlesen? - Ich glaube, das würde die Sitzung nur unnötig verlängern.

Was nunmehr den Beschußantrag hinsichtlich eines Wiener Landesinformationsgesetzes angagt, so empfehle ich die Ablehnung und erlaube mir, dazu zu bemerken, daß wir in der heutigen Zeit der Telekommunikation - wir haben ja im Haus auch eine entsprechende Ausstellung; ich ersuche, sich zu informieren - noch viel detailliertere Auskünfte über verschiedene Dinge geben können. Wir können uns da... (*Zwischenruf der Abg. Jutta Aouas-Sander.*) Nein, darüber unterhalten wir zwei uns einmal, nicht da im großen Forum. Es ist da einiges in Vorbereitung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, daß für ein einheitliches Tierschutzgesetz eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat notwendig ist, da es sich ja um eine Verfassungsänderung handelt. Darüber hinaus sollte man schauen, daß es zur Zustimmung aller Bundesländer kommt, und wir wissen, es speilen sich da auf gut wienerisch einige Dinge.

Ich ersuche daher um Zustimmung zur Vorlage und empfehle die Ablehnung des Antrags.

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die diesem Geschäftsstück zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke, das ist mit Stimmenmehrheit so angenommen.

Es liegt ein Beschuß- und Resolutionsantrag der Abg. Hannelore Weber vor, wobei hier die sofortige Abstimmung verlangt wurde. - Der Herr Berichterstatter hat die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag.

Ich bitte die Damen und Herren des Hauses, die dem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 5 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Meldung gemäß Unvereinbarkeitsgesetz 1983 für ein Mitglied der Landesregierung in der Privatwirtschaft.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Amtsf. StR. Hatzl, die Verhandlung einzuleiten.

Amtsf. StR. Johann Hatzl: Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich ersuche um Zustimmung für die Bestätigung eines Mitglieds der Landesregierung, betreffend die Funktion im Sparkassenrat der Anteilsverwaltung Zentralsparkasse als Mitglied des Vorstands.

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Ich eröffne die Debatte.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Dr. Serles. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wilfried Serles (*F*): Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Alt-Bürgermeister Dr. Zilk saß dort, Bürgermeister Dr. Häupl sitzt dort, der ehemalige Finanzstadtrat Mayr sitzt noch immer dort, Finanzstadtrat Edlinger möchte gerne dort sitzen, und die Stadträtin Laska will dort sitzen bleiben. Die Rede ist nicht vom "Landl", sondern von der Anteilsverwaltung Zentralsparkasse, deren Sitze offensichtlich für Mitglieder der sozialdemokratischen Bewegung von großem Interesse sind. Wir haben heute im Landtag die schwierige Aufgabe, zu entscheiden, ob das für die Sozialstadträtin zulässig ist oder nicht.

Deswegen, meine Damen und Herren, meine ich, sollten wir uns einmal anschauen, worum es bei der Anteilsverwaltung der Zentralsparkasse eigentlich geht. Ich bediene mich da eines völlig unverdächtigen Zeugen, nämlich des ehemaligen Finanzstadtrats dieser Stadt, VBgm. Mayr. Ich möchte Ihnen kurz zur Kenntnis bringen, wie Herr VBgm. Mayr im Juni des letzten Jahres die Anteilsverwaltung Zentralsparkasse definiert hat.

Er hat davon gesprochen, daß es sich bei der Anteilsverwaltung Zentralsparkasse um ein eigentümerloses Rechtsgebilde handelt, bei dem die Stadt Wien, abgesehen vom Auswahlrecht bei der Bestellung des Sparkassenrats, keinerlei Einflußnahme hat. Herr VBgm. Mayr hat damals davon gesprochen, daß dieses eigentümerlose Rechtsgebilde als einzige Einnahme über die Dividende der Bank Austria verfügt und die gesamten Geschäfte der Bank Austria übertragen hat. - So weit mein unverdächtiger Zeuge.

Wenn das so ist, meine Damen und Herren, wenn es sich bei dieser Anteilsverwaltung Zentralsparkasse tatsächlich nur um irgendein eigentümerloses Rechtsgebilde handelt, dann frage ich mich: Warum legt die Sozialstadträtin dieser Stadt eigentlich so großen Wert darauf, dieser Anteilsverwaltung Zentralsparkasse anzugehören? Welche bildungspolitischen, welche frauenpolitischen, welche jugendpolitischen, welche familienpolitischen und welche sportlichen Anliegen will die Sozialstadträtin dieser Stadt in der Anteilsverwaltung Zentralsparkasse umsetzen? - Die Antwort, meine Damen und Herren, ist klar: Keine! Die Frau Stadträtin wird kaum die Chance haben, die Anliegen ihres Resorts in und durch die Anteilsverwaltung Zentralsparkasse umzusetzen.

Warum will sie trotzdem hinein? Steht der Wiener Landtag vor einem Paradoxon? - Der Wiener Landtag, meine Damen und Herren, steht vor einem scheinbaren Paradoxon, denn hinein in die Anteilsverwaltung Zentralsparkasse will nämlich nicht die Sozialstadträtin dieser Stadt, sondern die Spitzenpolitikerin der Wiener SPÖ, Grete Laska.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang ist es natürlich von Interesse, daß die Anteilsverwaltung Zentralsparkasse Mehrheitseigentümerin der größten Bank, aber auch des inzwischen größten Firmenimperiums dieser Republik ist. Die Bank Austria ist nämlich nicht nur die größte Bank des Landes, sie ist inzwischen auch das größte Firmenimperium dieses Landes. Man soll mit diesen Tatsachen nicht hinter dem Berg halten. Herr Kollege Oblasser! Zur Bank-Austria-Gruppe zählen in der Zwischenzeit mehr als 1 000 Unternehmungen, die mit ihren rund 31 000 Mitarbeitern einen jährlichen Umsatz von rund 60 000 Millionen Schilling erzielen. - So weit die wirtschaftlichen Fakten.

Natürlich, meine Damen und Herren, geht es der Frau Laska darum, dort in dieser Bank Austria, in der Anteilsverwaltung Zentralsparkasse den Machtanspruch der Sozialdemokratischen Partei dieser Stadt zu sichern.

Meine Damen und Herren! Der ehemalige Finanzstadtrat dieser Stadt hat die Weichen im richtigen Zeitpunkt gestellt. Wenn das Wiener Rathaus schon längst nicht mehr rot sein wird, bleibt die Bank Austria weiterhin die rote Bank Österreichs und haben die Sozialisten weiterhin dort das Sagen.

Deswegen, meine Damen und Herren, meinen wir, daß eigentlich die Frage der rechtlichen Unvereinbarkeit, die heute diskutiert werden soll, völlig unbeachtlich ist. Es ist ein Nullsummenspiel, wenn man hier lange über die Frage der rechtlichen Unvereinbarkeit diskutiert. Tatsächlich liegt ein

Fall politischer Unvereinbarkeit vor, und deswegen werden wir dem Antrag des Herrn Berichterstatters nicht zustimmen. (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Amtsf. StR. Johann Hatzl: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Einige Klarstellungen müssen doch getroffen werden.

Erstens haben wir uns damit zu befassen, weil die frühere Abgeordnete Grete Laska in der Zwischenzeit Amtsführende Stadträtin wurde. Durch ihre eigene Meldung, zu der sie verpflichtet ist, wurde es notwendig, den Unvereinbarkeitsausschuß und auch den Wiener Landtag damit zu befassen. Daher - das ist ja klargestellt - geht es nicht um eine Neuentsendung, sondern um eine Bestätigung für eine bereits gegebene Funktion.

Zweitens - das möchte ich deutlich sagen, da die Frage der Bedeutung gestellt wurde -: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß die Anteilsverwaltung Zentralsparkasse für die Bank Austria als Ausfallsbürge gemäß § 92 Abs. 9 des Bankwesengesetzes haftet. Das steht ja auch in der Begründung. Für die Verbindlichkeiten der Anteilsverwaltung Zentralsparkasse haftet die Stadt Wien als Ausfallsbürge, und es ist daher auch nach allen Rechtsauffassungen eine derartige Haftung der Gemeinde Wien im Anwendungsbereich der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen einer vermögensrechtlichen Beteiligung gleichzusetzen.

Ich halte es daher für durchaus wichtig und notwendig, daß jemand, der die Funktion des Landeshauptmann-Stellvertreters und die Funktion eines Vizebürgermeisters ausübt, diese Vertretung der Stadt auch wahrnimmt. Daher ist es nicht, wie Sie es dargestellt haben, eine Entscheidungsfrage politischer Macht, sondern eine Entscheidungsfrage der wirklichen und tatsächlichen Vertretung der Interessen dieser Stadt und dieses Landes Wien. Das kann außer durch den Bürgermeister in zweiter Linie dann klarerweise durch die Vertreter der zuständigen Ressortbereiche, aber auch durch die Vizebürgermeister geschehen. Auf diesen Grundlagen ist das zu dokumentieren und zu beschließen.

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren des Wiener Landtags, die dem Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Das ist die Mehrheit und somit angenommen. (*Ah-Rufe bei den Freiheitlichen. - Weiterer Ruf bei den Freiheitlichen: Jetzt habt ihr euch wieder hineingehau!*)

Es gelangt nunmehr Postnummer 6 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt. 9c vom 12. Dezember 1994, GZZ 9cE Vr 26.53/94 und Hv 1527/94 um Zustimmung zur Verfolgung des Landtagsabgeordneten Ing. Peter Westenthaler wegen Verstoßes gegen §§ 111 Abs. 1 und 2 StGB, 33 Abs. 1, 34 Abs. 1 und 37 Abs. 1 MedienG.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abg. Oblässer, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Gerhard Oblässer: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

In der Einleitung durch den Präsidenten wurde ja schon festgestellt, worum es juristisch geht. Es ist ein Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen um Zustimmung zur Verfolgung.

In der Tat handelt es sich um eine Angelegenheit, die dadurch gekennzeichnet ist, daß der Pressesprecher der Freiheitlichen, Ing. Westenthaler, eine Aussendung zu einem Artikel, der im "Kurier" erschienen ist, gemacht hat, worin es darum gegangen ist, daß der Nationalratsabgeordnete Haider mit einer der Neonaziszene zugerechneten Person zu sehen war. Abg. Ing. Westenthaler hat das als eine "infame" Sache bezeichnet, in der es nur ums "Anschwärzen" gehe. Die Herren Rabl

und Rauscher vom "Kurier" haben das als üble Nachrede empfunden und haben dagegen bei Gericht rekurriert. Ein Einzelrichter hat das abgewiesen. In zweiter Instanz wurde diese Angelegenheit an das Erstgericht zurückverwiesen. Daher dieses Ansuchen um Auslieferung.

Das Immunitätskollegium hat sich mit der Frage beschäftigt und ist einstimmig zu der Ansicht gekommen, daß es bei Fragen wie Ehrenbeleidigung und übler Nachrede in diesem Haus und auch in anderen nicht üblich ist, einen Abgeordneten auszuliefern.

Daher stelle ich den Antrag, wie er schon vom Herrn Präsidenten formuliert wurde, daß nicht ausgeliefert werden soll.

Präsident Dr. Erwin Hirnchall: Ich eröffne die Debatte.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Dr. Pilz. Ich erteile es ihm. (*Zwischenrufe und Heiterkeit, weil das Mikrofon nicht gleich eingeschaltet wird.*)

Abg. Dr. Peter Pilz (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zum ersten halte ich den Beschuß und den Antrag des Kollegiums für richtig, weil ich der Meinung bin, daß auch und sogar ein Abg. Westenthaler entsprechend den vorliegenden Gesetzen und Bestimmungen zu behandeln ist. Ich würde sogar einen Schritt weitergehen und sagen: gerade ein Abg. Westenthaler, gerade der Vertreter einer Partei, die in ihrer politischen und kulturellen Praxis, in der Art und Weise der Auseinandersetzung mit unabhängigen Journalisten, aber auch Künstlern und anderen Personen des öffentlichen Lebens immer wieder dokumentiert, daß sie nicht im geringsten daran denkt, gesetzliche Bestimmungen, kulturelle Selbstverständlichkeiten zu respektieren. (Abg. Brigitte Schwarz-Klement - laut auflachend -: Ausgerechnet!) Und das ist sehr, sehr wichtig bei jemandem, für dessen ständiges Verhalten - sei es bei einer Autospritztour gegenüber einem Organ der öffentlichen Sicherheit, sei es gegenüber einem stellvertretenden Chefredakteur - man als Entschuldigung bestenfalls ins Treffen führen kann, daß er in allen seinen Tätigkeiten subaltern auftritt und eigentlich immer jemanden vertritt, beigeordnet einem Vorbild: seinen Führer.

Wir haben über die Funktion des Kollegen Westenthaler als "sprechende Aktentasche" des Parteivorsitzenden hier schon einige Male diskutiert. Nachdem seine Tätigkeit und Funktion an Gewicht zugenommen haben, denke ich mir, müßte man beginnen, darüber nachzudenken, ob es sich um eine "sprechende Aktentasche" oder einen "sprechenden Koffer" handelt.

Wenn man diese ganze Tätigkeit so Revue passieren läßt und einmal sieht, wie jemand in einer gewissen Hilflosigkeit versucht, sein politisches Vorbild zu imitieren und dabei immer wieder strafrechtlich und zivilrechtlich ausrutscht, dann finde ich, ist es trotzdem wichtig, daß der Wiener Landtag eine eindeutige Entscheidung trifft, die überhaupt nichts mit der Person Westenthaler zu tun hat, nämlich die Entscheidung in dem Sinn: Immunität dient ausschließlich dazu, daß der Landtag garantieren kann, daß er in jeder denkbaren Situation in unveränderter Zusammensetzung zusammentreten kann. Das ist der einzige Grund für Immunität.

Immunität ist kein privates Recht und ist kein persönlicher Anspruch, sondern ist ausschließlich der Anspruch einer gesetzgebenden Körperschaft, in der von den Wählerinnen und Wählern, von den Stimmbürgern gewählten Form zusammentreten zu können. Und wenn ein Abg. Westenthaler in dieser Situation vielleicht das Gefühl hat, daß ihn das auch persönlich schützt, dann ist das etwas, was der Gesetzgeber zu Recht in Kauf genommen hat. Deswegen halte ich es für vernünftig.

Wir werden wahrscheinlich demnächst eine Gelegenheit erhalten, über das problematische Verhältnis des betreffenden Abgeordneten zur öffentlichen Sicherheit zu diskutieren, über das gespannte Verhältnis zu Sicherheitsorganen, zu den Organen der Sicherheitswache, über die persönliche Oppositionshaltung des Abg. Westenthaler zur Exekutive in Wien, über eine Art und Weise der Auseinandersetzung, bei der man das Gefühl bekommt, daß die uniformierten Vertreter des Rechtsstaates in dieser Partei und in dieser Bewegung einfach nicht mehr zählen.

Man muß schon sagen - das ist vielleicht ein Vorgriff auf eine spätere Debatte -: Wenn in dieser Art und Weise Recht und Ordnung in Form der dazu legitimierten Vertreter einfach nicht akzeptiert werden und es als persönliche Herausforderung gesehen wird, wenn man glaubt, mit Beamten unserer Stadt einfach so umspringen zu können, sie unter dem Schutzmantel der Immunität wie Assistenten eines Parteiobmannes behandeln zu können, dann muß sich die politische Öffentlichkeit selbstverständlich überlegen, wie sie damit umgeht.

Trotzdem bin ich dafür, Immunität und Rechtssicherheit des Landtags auf der einen Seite und eine bestimmte persönliche Ausdrucksweise und politische Kultur auf der anderen Seite strikt zu trennen. Ich bin mir völlig sicher, daß das politische Urteil dieses Landtags über den vorliegenden Abgeordneten im großen und ganzen einhellig ist, und ich bin froh, daß - obwohl es jedem oder sehr vielen Personen richtig schwerfällt und das ein bißchen ein Knopf im Magen ist - dieser Antrag trotzdem eine große Mehrheit, vielleicht auch Einstimmigkeit finden wird.

Letzte Bemerkung dazu: Ich persönlich hätte mir gewünscht, daß es diese klare und grundsätzlich vernünftige Haltung gegenüber der Immunität als einem Recht des Landtags, der gesetzgebenden Körperschaft und überhaupt nicht des individuellen Abgeordneten, daß es diese Rechtssicherheit der Mehrheit in jedem einzelnen Fall und immer gegeben hätte.

Ich sehe an diesem Fall Westenthaler, daß die Mehrheit des Landtags jetzt wieder zu einer großen und eigentlich traditionellen Rechtssicherheit in dieser Frage zurückkehrt. Und selbst wenn es allein das ist, ist es für mich ein Grund, diesen Antrag des Kollegiums zu begrüßen. - Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag des Immunitätskollegiums zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke, ich stelle die Stimmeneinhelligkeit fest. (*Abg. Dr. Peter Pilz: Ich hebe die Prostimmme des Abg. Westenthaler hervor!*) Bitte? (*Abg. Dr. Peter Pilz: Ich stelle ausdrücklich die Prostimmme des Abg. Westenthaler fest!*) - *Abg. Herbert Dinhof: Er hat mitgestimmt? Das darf nicht wahr sein!* - *Amtsf. StR. Johann Hatzl: Das wäre ja Befangenheit!* - *Abg. Ilse Forster: Jetzt ist er befangen gewesen!*

Es gelangt nunmehr Postnummer 7 der Tagesordnung zur Verhandlung.

Sie betrifft das Ersuchen des Amtes der Wiener Landesregierung, Magistratsabteilung 62, gemäß § 130 Abs. 4 Wiener Stadtverfassung und gemäß § 46 Geschäftsordnung des Landtags für Wien (*Unruhe im Saal*) auf Zustimmung zur Verfolgung des Landtagsabgeordneten Johann Römer wegen Übertretung des § 50 Abs. 1 Datenschutzgesetz, BGBl. Nr. 565/78 in der geltenden Fassung.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abg. Oblässer, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Gerhard Oblässer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtags!

Auch in diesem Fall handelt es sich um ein Delikt, bei dem in der Regel einer Auslieferung nicht stattgegeben wird. Im konkreten geht es darum, daß im Rahmen des Arbeiterkammerwahlkampfs von den Freiheitlichen Arbeitnehmern eine Broschüre ausgesandt wurde, wofür Herr Abg. Römer verantwortlich ist. Dabei wurden Adressenvignetten verwendet, auf denen keine DVR-Nummer gestanden ist.

Herr Abg. Römer hat in den Akt Einsicht genommen, hat eine Stellungnahme abgegeben und dazu mitgeteilt, er könne sich nicht erklären, wieso keine Nummer draufsteht. Es sind die Originalvignetten, die er von der Arbeiterkammer zur Verfügung gestellt bekommen hat.

Ich denke, daß das Delikt, das hier begangen wurde und das von einem Staatsbürger angezeigt wurde, der auch im Rahmen verschiedener anderer Aussendungen darauf hingewiesen hat, daß es keine DVR-Nummer gibt, nicht dazu geeignet ist, die Immunität des Abgeordneten aufzuheben. Das Immunitätskollegium hat einstimmig beschlossen, daß die Anfrage des Gerichts so zu beantworten ist, daß wir Herrn Abg. Johann Römer nicht ausliefern.

Ich ersuche Sie um Zustimmung. (*Abg. Jean Margulies: Lauter Kriminelle!*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Zum Wort ist niemand gemeldet.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag des Immunitätskollegiums zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke, ich stelle die Stimmeneinhelligkeit fest.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Durchführung der Besprechung der Mitteilung des Herrn Amtsführenden Stadtrats der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für die Besprechung sind, die Hand zu erheben. - Das ist offensichtlich einstimmig.

Die Geschäftsordnung bestimmt, daß bei dieser Besprechung kein Redner öfter als zweimal und mehr als insgesamt 20 Minuten sprechen darf. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind der Herr Landeshauptmann und die zuständigen Amtsführenden Stadträte.

Zur Besprechung der Mitteilung erteile ich Herrn Abg. Dr. Pilz das Wort.

Abg. Dr. Peter Pilz (*GRÜNE*): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es hat sich heute so ergeben, daß bereits zu einem früheren Tagesordnungspunkt einige zentrale Bemerkungen zur Frage Mochovce und Atomkraftwerke hier diskutiert werden konnten. Es hat auch einige Erklärungen von Seiten StR. Hatzl gegeben.

Ich möchte mich jetzt auf zweierlei beschränken, ohne jetzt eine Scheindebatte zu beginnen. Ich glaube, das wesentliche ist: Wir haben uns auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt. Ich hoffe, daß dieser gemeinsame Antrag möglichst einstimmig angenommen und dann auch umgesetzt wird.

Zum zweiten bringe ich einen Beschuß- und Resolutionsantrag ein, der zum Ziel hat, erstens die Geheimstudie des Wirtschaftsministers zumindest der Wiener Öffentlichkeit zugänglich zu machen und zweitens der Anregung des Rechnungshofs zu folgen und die Stromdurchflußmengen zu messen.

Beschlußantrag:

"Der Wiener Landtag möge beschließen:

1. Die Wiener Landesregierung ersucht den Bundesminister für Wirtschaft dringend, die oben genannte Studie offenzulegen, um die Gründe der österreichischen Energiewirtschaft für die derzeitigen Ausbaupläne bezüglich der 380-kV-Leitungen in Ostösterreich darzulegen.

2. Die Wiener Landesregierung appelliert an die Verbundgesellschaft, die genauen Aufzeichnungen der Stromdurchflußmengen mit dem Ausland offenzulegen, insbesondere die Differenzen zwischen tatsächlich aufgetretenen Energiemengen und geschäftsmäßig vereinbarten Importen und Exporten sowie Transitlieferungen."

In formeller Hinsicht beantrage ich die sofortige Abstimmung dieses Antrags, damit der Wirtschaftsminister die Chance erhält, möglichst umgehend dieses Dokument einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Letzte Bemerkung dazu: Ein bißchen ist es natürlich dem Kollegen Prochaska gelungen, die Debatte jetzt weit nach hinten zu verschieben. Das merkt man auch an der Art und Weise, wie jetzt mit großem Engagement begonnen wird, das zu diskutieren, die Argumente abzuwägen und wirklich zu einem Punkt zu kommen. Trotzdem ist es uns gelungen - und da bin ich schon ein bißchen froh darüber -, den wesentlichen Teil der Debatte rechtzeitig im Lichte der Öffentlichkeit zu führen. Wir haben uns von der Österreichischen Volkspartei nicht davon abhalten lassen und haben auch diesmal wieder signalisiert, daß wir GRÜNEN durchaus in der Lage sind, wenn von Seiten der ÖVP versucht wird, entscheidende Fragen unserer Stadt ins Dunkel der Nacht zu verschleppen, Tageslicht in diesen Raum zu bringen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den GRÜNEN. - Abg. Margulies: Ist es nicht notwendig, daß der Stadtrat oben sitzt?*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Als nächster Redner ist Herr Abg. Pfeiffer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Gerhard Pfeiffer (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtags!

Vor nicht ganz einem Jahr, am 25. Februar 1994, bin ich hier heraußen gestanden und habe im Zusammenhang mit der Diskussion über Temelin über Zivilschutz, über die mangelnden Vorsorgemaßnahmen in unserer Stadt gesprochen. Wir stehen heute vor genau dem gleichen Problem. Es hat sich nichts geändert, außer daß in der Zwischenzeit einmal ein paar Sirenen geheult haben. Wir werden bald wieder hier stehen, und es werden wieder Hunderttausende von Unterschriften gesammelt werden, und wir werden dann über das nächste Kernkraftwerk an unserer Grenze, das errichtet werden soll, reden müssen.

Tetov ist noch geplant, Blahutovec ist noch geplant, und elf Kernkraftwerke stehen in einem Abstand von 120 bis 300 Kilometern von unseren Grenzen entfernt. Ich nenne nur die ganz besonders gefährlichen, weil sie mit den sowjetischen WWER-Reaktoren bestückt sind: Dukovany und Bohunice. Ich glaube, allein wenn man weiß, wie dort die Sicherheitsvorkehrungen sind, muß einem wirklich angst und bang werden.

Den ganzen Jänner hindurch habe ich über Zivilschutz, über Bevölkerungselfstschutz Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Ich habe zwei Pressekonferenzen und vier Presseaussendungen dazu gemacht. Ich glaube, daß auch ein gewisses Problembewußtsein in der Bevölkerung entstehen kann, wenn wir uns alle - nicht nur einer alleine - bemühen, dieses doch für die Bevölkerung so wichtige Problem auch tatsächlich ernst zu nehmen.

Wir haben auch in der vorigen Sitzung des Wiener Gemeinderats dazu einen Antrag eingebracht, und ich konnte eine mündliche Anfrage an den Herrn Stadtrat stellen, die er mir allerdings nur zur Hälfte befriedigend beantwortet hat. Wir haben den Antrag gestellt, daß laut § 60 der Wiener Stadtverfassung eine Gemeinderätliche Zivilschutzkommission gegründet werden sollte, die aus 14 Mitgliedern bestehen soll - wie ein normaler Ausschuß auch - und die innerhalb eines Jahres dem Gemeinderat einen Bericht zu geben hätte über den Stand der Maßnahmen des Katastrophenschutzes, des Katastrophenalarmplanes und gemäß dem Wiener Katastrophenhilfegesetz auch über die Bezirkskatastrophenschutzpläne.

"Unter Heranziehung geeigneter Personen", haben wir da geschrieben, "sind Szenarien für Katastrophenfälle, die nicht von den bestehenden Einsatzdiensten der Stadt beherrscht werden können, zu erarbeiten." Dort, wo natürlich Feuerwehr, Rettung, Polizei oder andere Stellen des Wiener Magistrats imstande sind, kleinere, örtliche Katastrophen zu beherrschen, ist das ja nicht erforderlich.

Es gibt aber zwei ganz besondere Fälle, die flächendeckend für ganz Wien Katastrophen darstellen würden, denen unsere Bevölkerung nach dem Stand der derzeitigen Planung völlig hilflos und schutzlos ausgeliefert wäre: Das wäre erstens eine flächendeckende Kontaminierung durch radioaktiven Abfall und zweitens eine Erdbebenkatastrophe. Auch einer Erdbebenkatastrophe würde unsere Bevölkerung völlig unvorbereitet und hilf- und schutzlos gegenüberstehen. (*Abg. Günter Kenesei: Seebeben!*)

- Das Problem ist, daß es hierfür offensichtlich auch kein großes Interesse gibt, denn das heitere Geplauder rundherum zeigt mir eindeutig, daß das ein Anliegen ist, das offensichtlich nur die Volkspartei hat (*Beifall bei der ÖVP*), und wir werden dieses Anliegen auch entsprechend in der Öffentlichkeit und immer wieder vertreten. Denn es geht nicht an, daß Sie sich in der Öffentlichkeit nur wichtigmachen mit Unterschriftensammeln und dort, wo wir wirklich etwas leisten können, Sie sich dann absent zeigen. (*Beifall bei der ÖVP.- Abg. Hannelore Weber: Dann nehmen Sie das Geld, und stellen Sie es zur Verfügung!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weiters wären im Rahmen dieser Gemeinderätlichen Kommission geeignete Vorschläge für ein problemgerechtes Ausmaß der Einsatz- und Vorsorgemaßnahmen sowie für Maßnahmen zur Sicherstellung des Einsatzes, zur Bevorratung und für den Grundschatz der Bevölkerung zu entwickeln. (*Abg. Günter Kenesei: Gummihäuser!*)

Ich hoffe doch immer noch, Herr Stadtrat, daß Sie diesen Antrag nicht gänzlich von der Bildfläche wischen werden. Ihre Zusage, zunächst Parteiengespräche darüber abzuhalten, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Vielleicht entsteht aufgrund dieser Gespräche dann auch bei Ihnen der Eindruck, daß es hier wirklich um ernste und glaubhafte Arbeit für den Schutz der Bevölkerung geht und nicht so sehr um irgendwelche politischen Kinkerlitzchen.

Ich habe heute an den Herrn Stadtrat fünf Fragen zu richten. Ich habe sie ihm auch in der Öffentlichkeit schon gestellt. Ich bin sehr neugierig, wie er diese fünf Fragen beantworten wird. Es geht nämlich dezidiert bei jedem einzelnen Punkt um Maßnahmen, die tatsächlich gesetzt werden sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage es hier noch einmal, und ich hoffe, ich predige nicht vor tauben Ohren: Wenn eine großflächige Katastrophe über Wien hereinbricht, dann ist die Bevölkerung schutzlos und sind die Behörden zurzeit noch hilflos. Zu dieser Feststellung komme ich - und das muß ich Ihnen schon zeigen - , wenn ich mir den Katastropheneinsatzplan ansehe. Es steht drauf: "Katastropheneinsatzplan der Stadt Wien. Umweltkatastrophen, Schadstoffeinsatzplan, Radioaktivität." Er hat 39 Seiten. Ich habe in der Presse einmal erwähnt, das sei nichts anderes als ein Kindergottesdienst. Es hat mich dann jemand angerufen und gefragt, ob das die neue christlich-soziale Einstellung ist. Ich nehme diesen Ausdruck daher auch in der Öffentlichkeit mit Bedauern wieder zurück. Es ist kein Kindergottesdienst, es ist ein Lachakt, dieses ganze Stück hier!

Ich werde Ihnen auch sagen, warum. Da wird im Ton der "Gartenlaube" - das war eine Zeitschrift der Jahrhundertwende, die besonders beschaulich im Stil war - zum Beispiel über Vorratshaltungen geschrieben. Das darf ich Ihnen bitte kurz vorlesen:

"Jeder von uns ist gewiß schon vor den verschlossenen Türen eines Lebensmittelgeschäfts gestanden", steht im Katastropheneinsatzplan der Stadt Wien, "ohne den gewünschten Einkauf tätigen zu können. Dies ist ja weiter nicht schlimm, da dieser Einkauf in der Regel am nächsten Tag nachgeholt werden kann. Wie angenehm ist es, wenn überraschend Besuch kommt und ein kleiner Lebensmittelvorrat vorhanden ist." - Na, das sind Feststellungen! Bitte, das ist ja wirklich ein Lachakt!

Oder auf der Seite davor, über Schutzmaßnahmen: "Wer sich im Freien aufhält, ist, wenn er nicht Deckung sucht und findet, schutzlos." - Das steht hier auf Seite 36. Das ist ein Lachakt! Das ist der Einsatzplan der Stadt Wien für Radioaktivität! Das ist wirklich traurig!

Ich zitiere Ihnen noch etwas: "Gewiß werden manchen die Ausführungen über die Direktwirkungen der atomaren Waffen deprimieren", steht da drinnen. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ja, das steht im Einsatzplan der Stadt Wien! - Das einzige, was deprimierend ist, ist dieses Papier, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber eines kann ich Ihnen versichern: Wir von der Volkspartei werden nicht ruhen und nicht rasten, bis wir einen ordentlichen Katastrophenschutz- und Einsatzplan für diese Stadt und für diese Bevölkerung haben, der zweckmäßig ist, der sinnvoll ist und der auch den Gefahren angepaßt ist. Einen Zivilschutz und einen optimalen Selbstschutz für die Bevölkerung zu erreichen, das ist unser Ziel. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Zur Geschäftsbehandlung hat sich Herr Abg. Ing. Svoboda zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort mit dem Hinweis, daß die Redezeit nur fünf Minuten beträgt.

Abg. Ing. Karl Svoboda (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Tagesordnungspunkt 6, dem Ersuchen des Landesgerichts Wien zur Verfolgung des Herrn Abg. Ing. Westenthaler, möchte ich festhalten, daß dieser bei diesem Tagesordnungspunkt mitgestimmt hat, was laut § 32 entgegen der Geschäftsordnung ist und... (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Um den Gemeinderat geht es da! - Abg. Dr. Herbert Madejski: Im Landtag gibt es das nicht!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde Ihnen natürlich genau diesen Passus für den Wiener Landtag vorlesen, und ich werde es Ihnen selbst sagen: "Wenn die dienstliche Wirksamkeit des Landeshauptmannes, eines Mitglieds der Landesregierung oder eines Landtagsabgeordneten den Gegenstand der Beratung und Beschußfassung bildet, haben sich die Beteiligten der Abstimmung zu enthalten, müssen jedoch der Sitzung, wenn es gefordert wird, zur Erteilung der gewünschten Auskünfte beiwohnen."

Ich stelle daher klar, daß hier ein Verstoß des Abg. Ing. Westenthaler gegenüber der Geschäftsordnung des Wiener Landtags festzuhalten ist (*Widerspruch bei den Freiheitlichen*), und ich darf das noch weitergehend begründen. Die Ungeheuerlichkeit gipfelt ja darin, daß die FPÖ-Simmering mit dem Herrn Abg. Zeihsel als Bezirksparteiobmann ein Flugblatt herausgegeben hat (*anhaltende Zwischenrufe bei den Freiheitlichen*) - wider besseres Wissen und gegen die Festlegung und Feststellung des Klubobmannes Dr. Pawkowicz. (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?*)

Herr Klubobmann Dr. Pawkowicz hat eindeutig am 25. Jänner dieses Jahres zur Kenntnis genommen, daß die Feststellung des Herrn Abg. Dr. Stix anlässlich der Debatte im Dezember, daß die Abgeordneten beziehungsweise die Gemeinderäte Mag. Lapp und Vettermann befangen seien, nicht der Wahrheit entspricht, was mit einem Rechtsgutachten hier bewiesen worden ist. (*Abg. Dr. Rüdiger Stix: Das ist ja nicht wahr! Ich habe es in der Hand!*)

Nichtsdestotrotz hat sich die FPÖ-Bezirksorganisation Simmering mit dem Herrn Abg. Zeihsel an der Spitze, ihrem Klubobmann Eisenstein und ihrer Bezirksvorsteher-Stellvertreterin nicht davon abhalten lassen, ein Flugblatt hinauszugeben, das entgegen diesem Gutachten die Feststellung trifft, daß es eine Befangenheit dieser beiden Gemeinderäte gegeben hat. (*Abg. Dr. Rüdiger Stix: Das ist ja nicht wahr! Das steht im Gutachten!*) Die größte Ungeheuerlichkeit, die in diesem Blatt zum Ausdruck kommt, ist, daß sie persönlich davon sogar Vorteile hätten. (*Heftige Zwischenrufe bei SPÖ und Freiheitlichen.*) Das ist eine Ungeheuerlichkeit der FPÖ-Simmering! (*Beifall bei der SPÖ.*)

In der "Freien Zeitung", die als Flugblatt herausgegeben worden ist, steht drinnen: "Lapp und Vettermann sind durch die hohe Subvention auch persönlich begünstigt." (*Rufe bei der SPÖ: Lüge! - Abg. Dr. Rüdiger Stix: Das ist ja nicht wahr! - Lautstarke Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ und Freiheitlichen.*) Sie unterstellen wider besseres Wissen diesen beiden Abgeordneten etwas bezüglich

ihrer persönlichen Haltung! Aber Herr Abg. Ing. Westenthaler hat heute entgegen der Verfassung, entgegen der Geschäftsordnung des Wiener Landtags hier mitgestimmt. (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Das ist ein Schmierentheater!*)

Ich stelle hier deutlich fest: Selbstverständlich wird die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei entsprechende rechtliche Schritte gegen die Unterzeichner dieses Flugblattes und dieser Beilagen unternehmen, und selbstverständlich werden wir alle Rechtsmöglichkeiten ausschöpfen, denn diese Verunglimpfung, die hier von der FPÖ zum Ausdruck gebracht wird, können wir nicht unwidersprochen hinnehmen, sondern wir müssen mit aller Kraft dagegen ankämpfen. (*Beifall bei der SPÖ. - StR. Mag. Hilmar Kabas: Das ist ein Schmierentheater!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wollte ich deutlich sagen. Hier ist einmal die Maske vom Gesicht genommen worden. So handelt und so schreibt man bitte nicht! Sie halten die Geschäftsordnung nicht ein und machen den anderen einen Vorwurf! (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Das ist Geschäftsordnungsbeugung!*) Sie schrecken nicht vor Unwahrheiten zurück, um politisches Kleingeld einzufordern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das kann sich der Wiener Landtag insgesamt nicht bieten lassen. Ich bitte daher um entsprechende Reaktion der Abgeordneten des Wiener Landtags. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Zur Geschäftsbehandlung hat sich Herr Abg. Dr. Pawkowicz gemeldet. Ich erteile ihm das Wort und weise ebenfalls auf die Redezeit von maximal 5 Minuten hin.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (*F*): Meine Damen und Herren!

Ich finde, Kollege Svoboda hat eine engagierte Rede gehalten. (*Ironische Heiterkeit bei den Freiheitlichen. - StR. Mag. Hilmar Kabas: Aber nicht zur Geschäftsordnung!*) Aber nicht zur Geschäftsordnung. Er hat hier den § 31 (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Nur zitiert!*) "Enthalten von der Abstimmung" zitiert, und der, bitte, ist unmißverständlich. Da heißt es: "Wenn die dienstliche Wirksamkeit des Landeshauptmannes, eines Mitglieds der Landesregierung oder eines Landtagsabgeordneten den Gegenstand der Beratung und Beschußfassung bildet..." Noch einmal: "Wenn die dienstliche Wirksamkeit des Landeshauptmannes ... den Gegenstand der Beratung ... bildet". Das ist ja hier nicht der Fall. (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Eines Landtagsabgeordneten! - StR. Mag. Hilmar Kabas: Das ist eine Glückssache!*)

Das heißt - ich sage es noch einmal -, daher ist natürlich völlig klar, meine Damen und Herren, daß Landtag und Gemeinderat zwei verschiedene Dinge sind. Kollege Svoboda hat sich im wesentlichen auf den § 24 bezogen. (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Auf den § 31, und da steht der "Landtagsabgeordnete" drinnen! Lesen Sie es korrekt!*) Kollege Svoboda, lassen Sie es sich erklären! Es ist nicht so schwer. Sie werden sehen, Sie werden es sofort verstehen. (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Ja, es ist alles leicht! Die Feststellung, daß Sie das gewußt haben und das Flugblatt hinausgegeben haben, das ist die Ungeheuerlichkeit!*) Nein, lassen Sie es mich doch sagen! Es ist ja ganz einfach.

Hier steht: "Wenn die dienstliche Wirksamkeit des Landeshauptmannes..." und so weiter. Das heißt, in dieser Frage Westenthaler, die wir vorhin behandelt haben, ist eine dienstliche Wirksamkeit des Landeshauptmannes beim besten Willen nicht gegeben (*Abg. Gerhard Oblässer: Aber des Landtagsabgeordneten!*) und des Landtagsabgeordneten natürlich auch nicht. (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Na selbstverständlich! Als Landtagsabgeordneter genießt er ja die Immunität!*) Aber um Gottes Willen!

Das heißt, hier unterscheidet sich ja der Landtag eben einmal ganz deutlich vom Gemeinderat. Hätten wir den Gemeinderat genommen, Kollege Honay, dann wäre es klar, aber wir befinden uns ja im Landtag, meine Damen und Herren, und das ist ein Unterschied! (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Jawohl, das ist es! Er genießt Immunität aufgrund des Landtags! Daher ist es eine dienstliche Frage!*) Und

weil wir uns im Landtag befinden, ist natürlich überhaupt keine Veranlassung zur Enthaltung gegeben, sondern Kollege Westenthaler hat mit Fug und Recht hier mitgestimmt.

Darüber kann es überhaupt keine Diskussion geben, und ich bin froh, daß auch mit Ihrer engagierten Wortmeldung die Gesetzeslage dieses Landes, die hier festgelegt ist, nicht verändert werden kann. Und das ist gut so, weil wir uns in einem Rechtsstaat befinden. - Punkt eins.

Wir kommen zum zweiten Punkt. Natürlich gibt es bei Gemeinderatsmitgliedern Befangenheiten. Auch das ist gegeben. Dafür ist der § 24 zuständig, Kollege Svoboda. Hätten Sie sich auf den § 24 bezogen und wären wir im Gemeinderat gewesen, dann hätten Sie recht gehabt. (Abg. Gerhard Zeihsel: Ausnahmsweise!) Aber so haben Sie leider nicht recht. (Beifall bei den Freiheitlichen. - Abg. Günter Kenesei: Aber das ist ja die Geschäftsordnung des Gemeinderats!)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Ebenfalls zur Geschäftsordnung hat sich Herr StR. Hatzl gemeldet. (Oje-Rufe bei der FPÖ. - Abg. Gerhard Zeihsel: Einer von der Ausgrenzerpartei! - StR. Mag. Hilmar Kabas: Ein Unkundiger! Ein Minderkundiger!)

Amtsf. StR. Johann Hatzl: Meine Damen und Herren!

Nach der Selbstdarstellung des Herrn neben Dr. Pawkowicz (*Heiterkeit bei der SPÖ*) habe ich jetzt die Möglichkeit, zu sprechen, denn "Unkundiger" kann sich ja nur auf diesen Herrn bezogen haben (Abg. Dr. Rüdiger Stix: Na, na, er hat das genau vorgelesen! - Abg. Ilse Forster: Er hat sich schon einmal geirrt!), bei dem es eigentlich schade ist, seinen Namen in den Mund zu nehmen. (Beifall bei der SPÖ. - StR. Mag. Hilmar Kabas: Das bestimmen nicht Sie, sondern die Wähler, und die rennen Ihnen davon und kommen zu uns! Auch in Simmering! - Abg. Johann Herzog: Das ist ein Niveau! In der Sektion in Simmering kann er so reden! - StR. Mag. Hilmar Kabas: Nein, so nicht mehr, da rennen ihm auch die Leute davon! - Abg. Johann Herzog: Da gibt es keine Leute mehr!)

Sie können sicher sein, wenn sich bei uns Mitarbeiter etwa auf dem Niveau bewegen wie manche von Ihnen, die sich gerade in Zwischenrufen gemeldet haben, wäre das deren letzte Tätigkeit bei uns in einer Funktion gewesen. Bei Ihnen ist das vielleicht ein Anfang. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. - StR. Mag. Hilmar Kabas: Das gehört ja zur Subkultur!)

Ich möchte erstens einmal feststellen, daß meiner Auffassung nach die Erläuterung von Dr. Pawkowicz in bezug auf die Funktion des Landtagsabgeordneten nicht hält, und ich lege Wert darauf, daß dies hier auch so festgehalten wird. Jetzt kann man aber durchaus - ich gebe das zu - verschiedener Auffassung sein. (Abg. Dr. Rüdiger Stix: Nein, das steht im Gesetz! - Abg. Herbert Dinhof: Der Stix hat sich schon öfter geirrt! - Abg. Ilse Forster: Der Stix hat sich schon einmal geirrt hier draußen!) Es liegt in der Natur der Menschen, daß man in der einen oder anderen Frage - möglicherweise auch in schwierigen oder leichteren Rechtsfragen - unterschiedliche Auffassungen haben kann. Das verstehe ich. Diese Argumentation ist akzeptabel.

Trotzdem, glaube ich, ist es unzulässig, politisch und moralisch unzulässig, daß in eigener Sache - und das trifft auch zu, wenn es um die Auslieferung der eigenen Person im Landtag geht - eine Abstimmung durch die betroffene Person erfolgt, die damit möglicherweise - das ist meine persönliche Auffassung -, wenn es auf die eine Stimme ankommen würde, die Entscheidung trifft, nicht ausgeliefert zu werden. (Abg. Dr. Wilfried Serles: Nein, so ist das nicht!)

Ich nehme das zur Kenntnis. Es ist ein Fingerzeig und eine Orientierung für alle anderen Fraktionen im Haus, wie man nach Auffassung der Freiheitlichen Partei - die ich nicht teile - diese Grundregel aufnimmt.

Ich bedauere aber eines - und das ist auch ein Grund, weswegen ich mich zum Wort gemeldet habe -: Wenn man schon der Meinung ist, daß es menschlich nicht gerechtfertigt ist, so wäre jetzt nach der Wortmeldung des Kollegen Svoboda Gelegenheit gewesen, herauszukommen und eine andere Ungeheuerlichkeit aus der Welt zu schaffen. (Abg. Ing. Karl Svoboda hält zunächst ein Schrift-

stück in die Höhe und geht dann damit zu Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz und überreicht es ihm.) Ich bitte daher jene in Ihrer Fraktion, die in der Lage sind, sich ganz kühl und sachlich ein Urteil zu bilden, das ganz einfach zu überdenken. Wenn behauptet wird, daß Lapp und Vettermann durch die hohe Subvention auch persönlich begünstigt wären, dann weiß jeder in diesem Haus, was die Menschen draußen verstehen, wenn in diesem Jargon gesprochen wird.

Ich lege deshalb Wert auf die Feststellung, daß weder Lapp noch Vettermann auch nur einen Groschen erhalten haben oder sonst in irgendeiner Art und Weise Vorteile genießen würden oder in einer anderen Form eine Begünstigung erfahren haben durch die Subvention an eine Organisation, in der sie Funktionen innehaben. Den Anschein zu erwecken, daß dies so sei, ist die wahre Niederträchtigkeit einer solchen Publikation. (*Lang anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Zur Geschäftsbehandlung liegt eine weitere Wortmeldung vor. Dr. Stix hat sich gemeldet. - Bitte! (*Abg. Herbert Dinhof: Sie haben uns schon einmal schlecht beraten!!*)

Abg. Dr. Rüdiger Stix (F): Nein, ganz im Gegenteil. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Sie brauchen nur Ihre eigenen Gutachten nachzulesen. (Neuerlich Heiterkeit.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Genau darum geht es: Der Landtag ist - wenn auch nicht ausschließlich - ein Legislativorgan, der Gemeinderat ist ein Organ der Selbstverwaltung, also ein Exekutivorgan. In Wien wiederum nicht ausschließlich, und zwar wegen der Stadtverfassung. (*Abg. Heinz Hufnagl: Tun S' uns da nicht belehren!!*) Nein, ganz im Gegenteil! Also Sie haben uns jetzt angeschüttet, seien Sie so nett, lassen Sie mich ausreden! Sie können sich ja nachher das Duell ausmachen. (*Abg. Ing. Karl Svoboda: War Ihnen etwas nicht recht?*) Verzeihen Sie, aber Sie waren hier sehr massiv!

Das heißt, Herr Klubobmann Svoboda, in der Landeslegislative wird vom Landesgesetzgeber in § 31 festgelegt: Für den Fall, daß Organe der Landesgesetzgebung auch Exekutivorgane sind und daher dienstliche Wirksamkeit als Exekutivorgan haben - ausdrücklich angeführt ist hier natürlich der Landeshauptmann, natürlich das Mitglied der Landesregierung, und natürlich kann es auch ein Abgeordneter sein; genauso wie es im Nationalrat zum Beispiel als Exekutivfunktion die Mitwirkungsrechte des Hauptausschusses des Nationalrats gibt; das kennen wir alle, daß das drüben so ist, das ist ganz klar; bei uns ist das eher selten der Fall -, für diesen seltenen Fall also, daß ein Organ der Gesetzgebung - in diesem Fall der Landtagsabgeordnete als Organ der Gesetzgebung - exekutiv dienstlich wirksam wird, hat sich der Abgeordnete - bitte, das betrifft jetzt nicht die Befangenheit, sondern die Enthaltung von der Abstimmung, aber das ist materiell natürlich ähnlich zu werten - bei der Abstimmung zu enthalten. - Vollkommen richtig, Herr Klubobmann Svoboda.

Nur, was immer man jetzt sagt, Kollege Westenthaler ist ja nicht als Exekutivorgan tätig geworden, er ist nicht dienstlich für den Landtag tätig geworden. (*Abg. Josefa Tomsik: Aber persönlich ist er tätig geworden! Das genügt Ihnen nicht?*) Natürlich nicht, nein! Er hätte ja in irgendeinem Ausschuß des Landtags sein können, und es hätte sein können, daß dieser Ausschuß als Organ des Landtags auch eine exekutive Funktion hat. Das ist ja durchaus möglich, Frau Kollegin, das ist ja auch nichts Böses. Er ist aber, bitte, nicht dienstlich für den Landtag tätig geworden, daher war es selbstverständlich seine Pflicht, an der Sitzung teilzunehmen und selbstverständlich auch abzustimmen.

Im Gegensatz dazu ist es beim Gemeinderat genau umgekehrt. Der Gemeinderat ist ein Organ der Selbstverwaltung. Er kann in Ausnahmefällen allerdings - gemäß Art. 80 der Wiener Stadtverfassung - auch ein Legislativorgan sein; das spielt aber jetzt keine Rolle. (*Abg. Gerhard Oblässer: Kollege Stix! Ihre Rechtsmeinung war schon einmal falsch!!*) Sie brauchen das nur nachzulesen! (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Das ist ja für Sie etwas Neues! Hören Sie zu!!*) Sie brauchen es doch nur nachzulesen, Herr Kollege! (*Abg. Gerhard Oblässer: Es war schon einmal falsch, was Sie uns erzählt*

haben!! Ganz im Gegenteil! Selbst das Rechtsgutachten Ihrer weisungsabhängigen Beamten gibt uns recht. Nur nachlesen, Herr Kollege! (Abg. Ing. Rolf Huber: Herr Kollege Stix! Eine Frage an Sie persönlich!!)

In diesem Gutachten ist die Befangenheit, Kollege Huber, auf § 7 Abs. 1 AVG bezogen, also auf die persönliche Nutznießung. Und jetzt (Abg. Ing. Rolf Huber: Erlauben Sie eine persönliche Frage!) - das können wir dann gerne ausmachen - kann jederzeit ein Interpretationsspielraum auftreten. (Abg. Ing. Rolf Huber: Wären Sie in einer solchen Frage im Saal geblieben? - Nein! Weil Sie ein anständiger Mensch sind!) Verzeihung, als Organ der Legislative? (Weitere Zwischenrufe.) Die Beamten? Na, selbstverständlich! Auch ich als Beamter des Verteidigungsministeriums bin dem Verteidigungsminister gegenüber weisungsabhängig. Und selbstverständlich sind Magistratsbeamte weisungsabhängig. Ja, um Himmels willen, das ist doch das Selbstverständlichsste in einem Rechtsstaat! Das ist vielleicht Ihnen ungeläufig in der ÖBB-Gewerkschaft, mag sein, aber bitte wir halten uns an die Verfassung! (Abg. Ing. Rolf Huber: Sie wären nicht im Saal geblieben! Sie wären hinausgegangen!!)

Bei einem Gemeinderat ist selbstverständlich die persönliche Nutznießung durch Gemeinderatsbeschlüsse im Sinne des AVG zu regeln. Ihr Gutachten legt genau das fest, weicht aber dann dieser Frage sehr, sehr subsidiär aus, und unter Heranziehung der Judikatur und der historischen Interpretation sind dann vielleicht Lapp und Vettermann doch nicht befangen gewesen, denn es geht ja "nur" um die Haftung (Abg. Ing. Karl Svoboda: Nein, so steht das nicht drinnen, Herr Kollege Stix! Wenn Sie schon zitieren, dann genau!) Bitte, Herr Kollege, aber gerne. Vorletzter Absatz, Herr Klubobmann. (Abg. Gerhard Kubik: Na, lesen Sie es vor!) Ich lese Ihnen gerne gleich alles vor, wenn Sie wollen. (Abg. Gerhard Kubik: Ja, lesen Sie!!)

Es geht also "nur" um seine Haftung als Vorstand, aber bitte bei der Haftung hat er natürlich die monetäre Nutznießung. Selbstverständlich! Das ist - das wird Ihnen jeder Ihrer Steuerberater und jeder Ihrer Finanzbeamten bestätigen - ein geldwerter Vorteil, den er hier hat. (Abg. Ingrid Smejkal: Wieso? Wiederholen Sie das noch einmal!!)

Das ist der Unterschied, zwischen § 24 der Geschäftsordnung des Gemeinderats, Frau Präsidentin, und... (Abg. Ingrid Smejkal: Was ist die Nutznießung dieser zwei Kollegen?) Das ist die geldwerte Nutznießung, weil sie als Vorstand haften, Frau Präsidentin. Sie haften persönlich, jawohl, Sie haften. Das ist ein geldwerter Vorteil. (Abg. Ingrid Smejkal: Erklären Sie das genau! Das versteht niemand!) Aber selbstverständlich, entschuldigen Sie! Erklären Sie das der Finanz, Frau Präsidentin! (Abg. Ingrid Smejkal: Was hat Nutznießung mit Haftung zu tun?) Verzeihung, wenn mir eine Haftung durch eine Subvention abgenommen wird, bin ich doch selbstverständlich Nutznießer. Darüber brauchen wir doch nicht zu diskutieren. Das ist doch klar!

Der Unterschied ist der: Das eine ist der § 24 der Geschäftsordnung des Gemeinderats, der für dieses Selbstverwaltungsorgan (der Präsident gibt das Glockenzeichen) - damit komm ich schon zum Schluß - und die persönliche Nutznießung im Sinne des § 7 AVG unter Einbindung der gesamten Judikatur und unter Einbindung der historischen Interpretation - ist mir alles recht - anzuwenden ist, und das andere ist der § 31 der Geschäftsordnung des Landtags, der regelt, wie sich jemand zu verhalten hat, wenn er dienstlich wirksam wird. Und dieses war nicht der Fall. Daher hat er sich vollkommen korrekt und pflichtgemäß verhalten, indem er an der Abstimmung teilgenommen hat. (Beifall bei den Freiheitlichen.)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Zur Geschäftsbehandlung hat sich ferner Herr Abg. Dinhof gemeldet. Ich erteile ihm Wort. (StRin. Karin Landauer: Der hat schon seine Abschiedsrede gehalten! - Abg. Johann Herzog: Wiederauferstehung! - Abg. Ilse Forster: Zur Geschäftsordnung kann man sich immer melden!!)

Abg. Herbert Dinhof (*SPÖ*): Für mich ist diese Frage in erster Linie eine Frage... (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Immer wieder das gleiche: Bevor jemand etwas sagt, gibt es Zwischenrufe, ohne zu wissen, was er sagen wird. Für mich ist diese Frage nicht so sehr nur eine juristische Frage - natürlich auch eine Frage, die aus dem juristischen Bereich kommt -, sondern für mich geht es in erster Linie darum, mehr oder weniger anständig zu sein, wenn es um eine persönliche Angelegenheit geht.

Kollege Römer hat meine hohe Achtung dadurch errungen, daß er sich bei der Frage; die ihn betroffen hat,-aus-den-Sitzreihen begeben-hat.- Das ist für mich die entscheidende Frage. Kollege Westenthaler sollte sich wirklich überlegen, ob er moralisch richtig gehandelt hat, als er über sich selber abgestimmt hat. (*Abg. Ing. Peter Westenthaler: Das werden wohl nicht Sie beurteilen!*)

Weiters, Herr Kollege, kann ich Ihnen etwas, das ich im Gegensatz zu Ihnen, der Sie es nicht gefunden haben, sehr wohl gefunden habe, jetzt vorlesen. Es heißt hier: "Nur insoweit ist es anwendbar, als es die gemeinderätlichen Befangenheitsbestimmungen für anwendbar erklären." (*Abg. Dr. Rüdiger Stix: Das ist die Rahmengesetzgebung!*) "§ 23 der Wiener Stadtverfassung erklärt in diesem Zusammenhang nur" - so steht es hier -, daß ein Mitglied des Gemeinderats dann für befangen gilt, wenn einer der Gründe des § 7 Abs. 1 AVG vorliegt." (*Abg. Dr. Rüdiger Stix: Eben!*) Ja, aber Sie haben es ein bißchen anders dargestellt.

Ich würde doch meinen, daß es ausschlaggebend ist, welche Empfindung und welchen Respekt man vor einem Organ hat. Die juristische Frage ist für mich Nebensache. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnsschall: Noch einmal zur Geschäftsbehandlung, Herr Abgeordneter... (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Tatsächliche Berichtigung!*) Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg. Svoboda gemeldet. - Bitte!

Abg. Ing. Karl Svoboda (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Abg. Stix hat hier den Eindruck zu vermitteln versucht, als ob in diesem Gutachten nicht schlüssig nachgewiesen worden wäre, daß die Befangenheit der beiden Abgeordneten Vettermann und Lapp nicht gegeben war.

Ich darf daher festhalten, daß diese seine Schlußfolgerung unrichtig, falsch ist, und möchte das sehr deutlich sagen.

Fragestellung war, ob die Befangenheit gegeben ist. Und dann wird angeführt, daß das gemäß § 23 der Wiener Stadtverfassung, gemäß § 24 der Geschäftsordnung des Gemeinderats und gemäß § 7 Abs. 1 AVG - dieser wird hier im einzelnen zitiert - nicht der Fall ist. Das wird hier klargestellt und sehr schlüssig bewiesen.

Vorweg ist das kein Akt der Vollziehung der Hoheitsverwaltung gewesen, und daher ist einmal sehr deutlich und klar, daß dieselbe Befangenheit auch für die Mitglieder des Gemeinderats gelten würde. Als Konsequenz siehe zweiter Satz des § 23 der Wiener Stadtverfassung. Aber im konkreten Fall läßt sich das alles auch unter Heranziehung all dieser Bestimmungen nicht erklären.

Es ist daher eindeutig und klar der Schluß zu ziehen, daß Herr GR. Vettermann und Frau GRin. Mag. Lapp bei den Beratungen und bei der Beschußfassung, betreffend die Zuerkennung einer Subvention an den Verein Jugendzentren der Stadt Wien, als nicht befangen anzusehen sind. Ich darf das sehr deutlich feststellen! (*Abg. Dr. Rüdiger Stix: Aber das ist doch auf die Haftung abgezielt!*)

Herr Kollege Stix, Sie waren es damals, der diese Feststellung um 3 Uhr früh hier im Wiener Gemeinderat getätigkt und die Befangenheit erklärt hat. (*Abg. Mag. Franz Karl: Es ist aber jetzt um 17 Uhr nicht besser als um 3 Uhr früh!*) Wir - ich darf das in Erinnerung rufen - haben damals gesagt, wir werden ein Gutachten erstellen lassen. Der Herr Vorsitzende hat dieses Gutachten am 25. Jänner dieses Jahres Ihrem Klubobmann übergeben und in der Präsidiale festgehalten, daß daraus hervorgeht, daß die Befangenheit nicht gegeben ist. Das ist von jedem zur Kenntnis genommen und bestätigt worden.

Ich darf daher festhalten, daß trotz dieser Bestätigung und der Kenntnisnahme durch Ihren Klubobmann die FPÖ in Simmering das Gegenteil behauptet. (*Abg. Günter Kenesei: Ein Wahnsinn!*) Sie unterstellt diesen beiden Abgeordneten eine persönliche Bereicherung durch die Frage der Subvention. (*Abg. Franz-Karl Effenberg: Ungeheuerlich! Skandalös!*) Das ist eine Ungeheuerlichkeit, die Sie hier tätigen! Die ist nicht wegzuleugnen, die ist nicht wegzudiskutieren, Herr Kollege Stix! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich erwarte, daß Kollege Zeihsel, der ansonsten mit Fäusten und Tritten in der Öffentlichkeit sehr mutig war, das endlich auch zur Kenntnis nimmt und verbal hier zum Ausdruck bringt: Ich bedauere, das ist falsch. - Aber er bleibt sitzen und glaubt, es aussitzen zu können. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wird Rechtsfolgen haben für den Herrn Abgeordneten! (*Beifall und Bravorufe bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Meine Damen und Herren!

Ich glaube, daß wir jetzt keine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung oder zu einer tatsächlichen Berichtigung mehr haben und daß wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Ich möchte zu der Debatte nur eines sagen: Ich habe mir auch die Geschäftsordnung angesehen und glaube, daß es schon Aufgabe der an und für sich amtierenden Kommission wäre - wie bei vielen anderen Paragraphen auch -, doch eine klarere Fassung des § 31 zu finden. Man kann vielleicht darüber streiten, was unter "dienstlicher Wirksamkeit" eines Abgeordneten zu verstehen ist, persönlich allerdings möchte ich jedem Abgeordneten des Hauses empfehlen, sich in Hinkunft, wenn es um seine eigene Immunität geht, der Abstimmung zu enthalten. (*Beifall bei SPÖ, ÖVP, GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Wilfried Serles. - Abg. Franz Riepl: Eine Ohrfeige für den Westenthaler war das!*)

Als nächster Redner kommt Herr Abg. Kopietz zum Wort. - Bitte!

Abg. Harry Kopietz /SPÖ/: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine Freude, heute einen Beschußantrag aller hier im Hause tätigen Fraktionen und der Frau Abg. Kariotis einbringen zu dürfen. Das bedeutet, daß dieses Thema der grenznahen Atomkraftwerke ein Thema ist, das uns nicht nur bewegt, das unsere Menschen bewegt, sondern daß dies ein Thema ist, zu dem wir gemeinsam eindeutige Stellungnahmen abgeben können.

So sehr mich dieser Umstand freut, so sehr erschüttert es mich, daß gerade dieses Thema Mochovce - aber nicht nur Mochovce, sondern Kernenergie grundsätzlich; zumindest habe ich den Eindruck - für viele Abgeordnete eher nachrangige Bedeutung hat und eher den Anlaß bot, zum wiederholten Male eine Geschäftsordnungsdebatte vom Zaun zu brechen, die heute nicht auf der Tagesordnung steht. (*Beifall der Abgen. Susanne Jerusalem und Hannelore Weber.*)

Es ist eigentlich ganz egal, wann wir dieses Thema diskutieren. Der Inhalt dessen ist wichtig, nicht der Zeitpunkt. Ich glaube nicht, daß der Herr Abg. Pilz heute unbedingt zum ÖAAB-Ball gehen möchte, darum ist auch der Zeitpunkt der Diskussion zu diesem Thema nicht relevant. Die Medien werden selbstverständlich - genau wie auch schon bisher - durchaus verfolgen, was Abgeordnete in diesem Hause auch zu später Stunde zu sagen haben. Das kann nicht der Grund sein.

Mir persönlich ist an und für sich das Thema Sicherheit unserer Menschen viel wichtiger als Geplänkel zur Geschäftsordnung, wobei ich zugebe, daß wir uns in diesem Haus sicher noch mit diesem Thema zu beschäftigen haben werden.

Der heutige Beschußantrag ist eine eindeutige Aussage, daß Kernenergie für uns keine adäquate Energieform darstellt und daß wir alle - und da ist jeder einzelne aufgerufen - überall dort, wo wir Gelegenheit haben, dies zu tun, die Gefährlichkeit der friedlichen Nutzung der Kernenergie aufzuzeigen und die Alternativen zu diskutieren haben.

Ich bin erschüttert darüber, daß es eigentlich auch jenen Immer-noch-Befürwortern der Kernenergie noch nicht aufgefallen ist, daß von den Betreibern von Mochovce praktisch zugegeben wurde, daß sie im Vergleich zu kalorischen und Wasserkraftwerken dreifach höhere Stromerzeugungskosten haben. Es ist mir schleierhaft - das ist eigentlich fast schmählich -, wieso reale Alternativen zur Kernkraft wie die Modernisierung der kalorischen Kraftwerke vor allem in den Staaten des ehemaligen Ostblocks hintangehalten werden, obwohl auch unser Land, unser Staat Angebote für eine Mithilfe an die Betreiber von Kernkraftwerken und an die Vertreter von an Österreich angrenzenden Ländern gerichtet hat, die es ihnen ermöglichen sollen, aus der Kernenergie auszusteigen.

Ich erspare es mir und Ihnen, hier die vielfältigen Angebote zu unterbreiten, die kennen wir alle zur Genüge. Unsere Regierung hat in den Regierungserklärungen 1991 und 1994 eindeutig festgehalten, daß unsere Politik entschlossen für ein kernenergiefreies Mitteleuropa eintritt.

Wenn wir heute - und ich hoffe, daß er einstimmig beschlossen wird - diesen Beschußantrag einbringen und abstimmen, dann fordern wir die Bundesregierung auf, sich sehr wohl bei der Europäischen Bank dafür zu verwenden, daß das Kraftwerk, dessen Unsicherheit einwandfrei erwiesen ist, nicht mit Hilfe einer Kreditgewährung zur Fertigstellung gelangt. Wir werden die Bundesregierung auffordern, die zuständigen Stellen der Slowakischen Republik auf die besondere Gefährdung auch der Wiener Bevölkerung durch den Betrieb dieses Kraftwerks aufmerksam zu machen. Wir werden die Bundesregierung auffordern, der Slowakei Hilfestellungen für den Verzicht auf die Fertigstellung des Kernkraftwerks Mochovce anzubieten. Wir werden die Bundesregierung auffordern, den Transit von Atomstrom aus der Slowakei durch Österreich durch geeignete Schritte zu verhindern. Und wir werden die Wiener Landesregierung auffordern, alle rechtlichen Schritte gegen die Betreiber und Financiers des Kraftwerks Mochovce zu prüfen und einzuleiten.

Meine Damen und Herren, ich war aber auch etwas verwundert über die Wortmeldung des Abgeordneten, der vor mir gesprochen hat, denn es ist das übliche Thema, das Herr Abg. Pfeiffer immer wieder - und das ehrt ihn - zu seiner Sache macht, nämlich der Zivil- und Katastrophenschutz in unserer Stadt.

Meine Damen und Herren, an diesem Thema haben sehr viele in dieser Stadt schon gearbeitet, sie haben im stillen Vorbereitungen getroffen, und ich bin überzeugt davon, auch Sie kennen die Studien über die Gefahrenlage, wenn in einem Kernkraftwerk der Bauart Mochovce in nur 190 Kilometern Entfernung ein Störfall gigantischen Ausmaßes passiert. Sie wissen, welche Bedrohung für unsere Bevölkerung das darstellt.

Meine Damen und Herren! Ich werde deshalb auch heute und hier nicht das Gefahrenbild und die Schutzmaßnahmen präsentieren, weil ich davon ausgehe, daß die Sensibilisierung der Bevölkerung, die zu diesem Thema eine sehr einmütige und einhellige Meinung gefunden hat und sich dagegen ausspricht, so groß ist, daß bei einer Darstellung von Gutachten über Schutzmöglichkeiten wahrscheinlich der eine oder andere in seiner Sensibilität für dieses Thema gehindert werden würde. Und das, meine Damen und Herren, wollen wir alle mitsammen, denke ich, nicht. Darum werden wir auch heute zu diesem Thema, obwohl es Herr Abg. Pfeiffer angesprochen hat, nicht unsere Meinung und unser Wissen kundtun.

Nur eines möchte ich sagen: Die hergezeigte Fassung des Wiener Katastropheneinsatzplanes ist anscheinend eine Kürzestfassung. Ich denke, das ist die Ausgabe für jene, die nur sehr wenig lesen, und ich hoffe, daß Herr Abg. Pfeiffer auch eine andere Ausgabe zur Verfügung hat. Wenn nicht, dann werde ich mir persönlich erlauben, Ihnen das zur Verfügung zu stellen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein engagierter Zivil- und Katastrophenschützer, der zu sein Sie immer wieder vorgeben und beteuern, nicht alle einschlägigen Unterlagen zur Verfügung hat, die es zu diesem Thema gibt, nämlich den Einsatzplan für den Zivil- und Katastrophenschutz in Wien.

Jeder einzelne Ihrer Bezirksvorsteher, meine Damen und Herren der ÖVP-Fraktion, hat eine Fülle von Unterlagen und Zugängen für Maßnahmen. Er hat diese sowohl in schriftlicher Form in Ordnern vorliegen, er hat aber auch über sein Bildschirmgerät im integrierten Bürosystem, in dem das Rathaus ja vernetzt ist, jederzeit Zugriff, jederzeit Zugang. Darüber hinaus - und da möchte ich beginnen, zu hinterfragen - ist jeder Bezirksvorsteher verpflichtet, in seinem Bezirk den Bezirkskatastrophenschutzplan auszuarbeiten. Nach Ihrer Wortmeldung, Herr Kollege Pfeiffer, gehe ich davon aus, daß die ÖVP-Bezirksvorsteher das wahrscheinlich nicht so sehen, wie wir es sehen. Ich kann Ihnen versichern - ich lade Sie gerne ein, ich zeige es Ihnen gerne -, daß auch ein Bezirksvorsteher eine Fülle von Möglichkeiten und Notwendigkeiten wahrzunehmen hat. Ich weiß von unseren Bezirksvorstehern, daß das zum Großteil so passiert, und ich bin sehr froh darüber.

Weiters: Wir alle sind stolz darauf, daß wir in dieser Stadt hervorragende Einsatzorganisationen haben. Diese Einsatzorganisationen sind selbstverständlich nicht nur aus der beruflichen Sicht heraus, sondern jeder einzelne ist auch aus seinem persönlichen Engagement heraus darauf erpicht, alle notwendigen Maßnahmen und Vorbereitungen für alle Fälle des Katastrophenschutzes zu treffen; für einen Kernkraftwerksunglücksfall genauso wie für ein Erdbeben, für Hochwasser oder was sonst noch an vorstellbaren Katastrophen passieren kann. Bei einer gewissen Größenordnung ist selbstverständlich die Allgemeinheit aufgerufen, erstens den Selbstschutz zu üben und zweitens auch anderen Hilfe angedeihen zu lassen.

Meine Damen und Herren, meine Bitte an Sie lautet, uns in unseren Bemühungen - hier spreche ich den Wiener Zivilschutzverband an - zu unterstützen und in der Sensibilisierung der Bevölkerung genauso intensiv zu wirken wie zum Kraftwerksthema Mochovce. Es geht darum, sich das Wissen anzueignen, wie Selbstschutz, wie Allgemeinschutz funktionieren muß. Ich glaube, hier sollten wir gemeinsam vorgehen. Das ist keine parteipolitische Frage, das ist eine Überlebensfrage, meine Damen und Herren. Und dafür sollten wir gemeinsam streiten!

Ich wundere mich immer wieder, daß gerade dieses Thema dazu verwendet wird, um nicht zuletzt politisches Kleingeld daraus zu gewinnen.

Herr Abg. Pfeiffer, zu Ihrer vorgeschlagenen Gemeinderätlichen Kommission: De facto gibt es das, sogar noch weitergehend. Da geht es jetzt nicht um irgendwelche Geschäftsordnungsfragen, da geht es nicht um irgendwelche Abstimmungsfragen, meine Damen und Herren, da geht es eindeutig darum, das gesamte Wissen von Beamten, von Politikern, von Betroffenen in dieser Stadt einzubinden, um Lösungsvorschläge vorzubereiten.

Meine Damen und Herren! Es gibt einen sehr gut funktionierenden Wiener Zivilschutzverband, dem auch die Parteienvertreter angehören, dem die Bezirksvorsteher angehören, dem die Vertreter der Behörden angehören, dem der Branddirektor angehört. Das, meine Damen und Herren, ist das Gremium, das Sie ansprechen können und sollen, um zu erfragen oder zu hinterfragen, was hier geschieht.

Meine Damen und Herren! Man könnte zu diesem Thema natürlich noch sehr, sehr viel mehr sagen. Auf die fünf Punkte, die Sie, Herrn StR. Svhalek, angesprochen haben, werde ich hier nicht antworten, und zwar im Lichte dessen, was ich angedeutet habe, denn die Antworten beinhalten das, was ich angesprochen habe und was wir in der Öffentlichkeit vorerst nicht sehr breittreten sollten, weil es dem einen oder anderen vielleicht Anlaß gibt, weniger erschüttert zum Kraftwerk Mochovce zu stehen.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, ersuche ich um Zustimmung zu diesem gemeinsamen Beschußantrag. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Als nächste Rednerin ist Frau Abg. Weber gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Hannelore Weber (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bin wirklich verwundert, daß wir hier in diesem Haus, in diesem Landtag keine Anti-Mochovce-Diskussion vollziehen können, ohne daß andauernd aus irgendwelchen populistischen Gründen Geschäftsordnungsdebatten dazwischengeschoben werden. Ich bin darüber sehr betroffen. Ich möchte das noch einmal ganz klar und deutlich zum Ausdruck bringen.

Im Sinne der Regierungserklärungen von 1991 und auch von 1994 in Richtung einer Politik für ein kernkraftfreies Mitteleuropa freue auch ich mich, daß wir hier zu diesem gemeinsamen Antrag gekommen sind. Ich bin darüber hinaus wirklich stolz darauf, daß es den Grünen gelungen ist, vor allem die Frage des Atomstromtransits und auch die Vorgangsweise gegenüber den Betreibern und Financiers des AKW Mochovce durchzubringen.

Wir haben für diese Diskussion eine Reihe von Anträgen vorbereitet, ein Anti-Mochovce-Paket, aber ich glaube, daß die Stimmung in diesem Saal eigentlich soweit gediehen ist, daß man darüber wahrscheinlich gar nicht mehr sachlich diskutieren kann. Ich wollte diese Anträge heute hier sofort abstimmen lassen, ich bin aber bereit, sie an den Ausschuß zuweisen zu lassen. Ich ersuche hiermit den Umweltstadtrat und den Vorsitzenden des Umweltausschusses, vielleicht in persönlichen Gesprächen an einem anderen Ort mit mir gemeinsam ernsthaft die Punkte durchzudiskutieren und dann jene Vorgangsweisen festzulegen, wie wir weiter gegen das Kernkraftwerk vorgehen können.

Vor allem darf man auch nicht immer sagen, die Slowaken seien schuld daran, man muß ja auch sehen, woher das Geld kommt. Das Geld kommt aus Frankreich. Es kommt von der EdF, die sehr daran interessiert ist. Also es genügt wirklich nicht, ja, es ist sogar unsinnig - wenn ich mir den Antrag der FPÖ ansehe -, daß man hier in der Slowakei selbst aufklären sollte. Wir sollten vielmehr unsere Kraft und unsere Anstrengung in Westeuropa einsetzen, um jene, die das finanzieren, und jene, die das mitbetreiben wollen, sowie jene, die aus diesem gefährlichen Atomstrom Nutzen ziehen wollen, zu überzeugen. Dort müssen wir Schritte setzen, dort müssen wir ansetzen!

Ich habe also hier ein Mochovce-Paket. Der erste Antrag betrifft ein Ersuchen an die österreichische Bundesregierung, aber auch an den Wiener Landtag zur Erstellung und Unterbreitung eines Angebots an die slowakische Regierung zur Mitfinanzierung von energie- und umweltpolitischen Alternativen zum AKW Mochovce. Dieses Programm umfaßt sechs Punkte. Ich erspare Ihnen hiermit die detaillierte Ausführung, ich möchte aber den Antrag stellen, daß man diese Anträge doch im Protokoll abdrückt.

Der Antrag Nummer zwei enthält ebenfalls ein Ersuchen an die österreichische Bundesregierung, daß sie die österreichische Anti-Atom-Politik in einer außenpolitischen Offensive im Rahmen der EBRD, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, umsetzen soll. Der Antrag umfaßt drei Punkte, unter anderem Kontakte des Bundeskanzlers beziehungsweise der Bundesregierung in Richtung EBRD. Ausführlich können Sie das dann hier nachlesen. Wenn das jemanden vielleicht tatsächlich interessiert, bin ich gerne bereit, diese Anträge weiterzuleiten.

Antrag drei beschäftigt sich mit einem ganz wichtigen Punkt. Wir sind jetzt Mitglied der EU, und wir müssen endlich auch in der Außenpolitik unsere Ziele in Richtung eines kernkraftfreien Mitteleuropas weiter forcieren und durchsetzen. Dieser Antrag umfaßt ebenfalls sechs Punkte, die im Rahmen einer außenpolitischen Offensive einer österreichischen Anti-Atom-Politik im Rahmen der EU und vor allem auch in Kontaktnahme und Gesprächen mit allen anderen EU-Mitgliedern umgesetzt werden sollen.

Im Sinne der Antiatomdiskussion, vor allem das Kraftwerk Mochovce betreffend, aber auch schon seit dem Widerstand gegen Temelin hat sich ja herausgestellt, daß die Haftungsfrage für Kernkraftwerke in anderen Nationalstaaten sehr mangelhaft geregelt ist. Auch in diesem Zusammenhang sollte man sich die österreichische Rechtsordnung ansehen, man sollte auch die innerstaatliche Rechtsordnung überprüfen, um tatsächlich Anspruchsgrundsätze zu erarbeiten, Anspruchsgrundla-

gen zu erarbeiten im Sinne eines österreichischen Haftungsgesetzes, aber auch in bezug auf Anlagen außerhalb unserer Landesgrenzen.

Ich glaube, daß das ein sehr wichtiger Punkt ist, der nicht dazu dienen sollte - wie das teilweise bei Temelin schon geschehen ist -, daß die Menschen glauben, wenn etwas passiert, bekommen sie Geld. Wenn etwas passiert, glaube ich, fangen wir mit diesem Geld nichts mehr an. Was wir aber tun können, ist, einen Druck auszuüben auf die Betreiber und die Financiers, ihnen klarzumachen, was es eigentlich bedeutet, wenn es einen Unfall gibt, mit welchen Millionensummen an Schadenersatzansprüchen sie hier konfrontiert werden.

Ich möchte hier den Punkt 1 schon vorlesen, denn hier geht es um den Verstoß gegen das völkerrechtliche Prinzip, das schon im Prinzip 2 der Stockholmer Umweltdeklaration aus 1972 festgehalten wurde. Es ist auch im Prinzip 2 der Agenda 21 der UNCED in Rio aus dem Jahre 1992 festgehalten worden. Weiters finden sich solche Ansätze in der Resolution aus dem UN-General Assembly aus 1973 und auch in der Weltcharta für Natur aus dem Jahre 1972. Es sind in dieser Richtung schon Vorgespräche geführt worden, und es wäre sehr wichtig, daß die Stadt Wien oder der Umweltstadtrat beziehungsweise der Landeshauptmann aufgrund dieser Anträge mit uns zusammen auch Forderungsprogramme ausarbeiten würden.

Ich habe diese Anträge, wie gesagt, zur sofortigen Abstimmung vorbereitet. Ich stelle jetzt sozusagen persönlich den Antrag, sie dem Ausschuß zuzuweisen, damit wir wirklich in einer anderen Atmosphäre dieses ernsthafte Thema sachlich diskutieren können.

Ganz kurz jetzt noch zum Herrn Kollegen Pfeiffer. Herr Kollege Pfeiffer versucht seit Wochen, Angst und Unruhe in der österreichischen, vor allem in der Wiener Bevölkerung zu schüren. Herr Kollege Pfeiffer ist wirklich... (*Abg. Mag. Franz Karl: Wer hier die Unruhe schürt, das möchte ich auch genauer untersuchen!*) Es ist unverantwortlich, den Menschen hier in diesem Lande einreden zu wollen, daß es einen Schutz vor AKW-Unfällen gibt. Das ist wirklich unverantwortlich und regt in mir den Verdacht, daß Sie es nicht wirklich ernst nehmen mit Ihrem Widerstand gegen eine friedliche Nutzung der Atomenergie. (*Abg. Mag. Franz Karl: Ich frage mich, was von Ihrem Widerstand ernst zu nehmen ist, außer daß Sie ins Fernsehen kommen wollen!*) Herr Kollege Karl! Ich bin schon sehr lange in der Anti-AKW-Bewegung, ich habe Sie nie dort getroffen. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Franz Karl.*)

Es geht nicht darum, daß wir viel Geld in Tesa-Bänder und Lebensmittelvorräte stecken oder sogar die U-Bahn zu Atombunker ausbauen, denn wenn wir dieses Geld hätten, dann sollten wir es sofort nehmen und der Slowakei zur Verfügung stellen, um ihr zu ermöglichen, auf alternative Energiemaßnahmen umzusteigen.

Eines möchte Herrn Kollegen Pfeiffer heute schon sagen: Er hat sich in einem Telefax über einen "Standard"-Journalisten mokiert, weil der anscheinend auch der Meinung war, daß Sie hier in Österreich nicht Erdbebenszenarien à la Kobe thematisieren und den Leuten nicht einreden sollen, daß wir dagegen nicht geschützt sind. Sie müssen genauso wissen wie ich, daß das in Wien faktisch nicht passieren kann. (*Abg. Mag. Franz Karl: Das ist auch nicht gesagt!* - *Abg. Gerhard Pfeiffer: Wenn ich das tätte, wüßten Sie sicher wieder etwas darauf!*) Ja, dann würde ich sagen, alles was in diese Richtung ginge, Herr Kollege Pfeiffer, würde wahrscheinlich nur eine gewisse Bauindustrie fördern, aber vielleicht sind Sie da irgendwo verbandelt und hoffen auf Aufträge.

Noch einmal: Der einzige Schutz vor Atomkraftwerken, vor grenznahen Atomkraftwerken ist der, daß diese abgeschaltet werden. Alles andere ist Augenauswischerei! Jedes Geld, das zur Finanzierung der Vorschläge, die Sie vorbringen, aufgebracht werden müßte, könnte bereits der Slowakei und den Tschechen für Alternativprojekte zur Verfügung gestellt werden.

Ich finde es auch schier unmöglich - darauf will ich jetzt zurückkommen -, daß Sie ausgerechnet bei Kernkraftwerken - wobei ich sagen möchte, jeder Tote ist zu bedauern, jeder Tote bedeutet

einen bedauerlichen Unglücksfall - meinen, daß Tote aus Umweltkatastrophen den Greueln von Auschwitz gleichzusetzen sind. Das ist eine grenzenlose Verharmlosung der Greuel des Nationalsozialismus, Herr Kollege Pfeiffer! (*Abg. Mag. Franz Karl: Wer hat das gesagt?*) Der Herr Kollege Pfeiffer hat gemeint, man dürfe sich nicht am Gedenktag von Auschwitz über seine Katastrophenszenarien von Erdbebenopfern in Wien mokieren. - Das zu Herrn Kollegen Pfeiffer.

Zu Herrn Kollegen Kopietz habe ich auch noch einiges zu sagen, was jetzt den Zivilschutz beziehungsweise den Katastrophenschutz in Wien betrifft. Meine Stellungnahme zur Atomkraft haben Sie ja gehört. Der einzige Schutz, der einzige wirkliche Schutz ist, kein Atomkraftwerk zu haben. In diese Richtung sollte man alle Anstrengungen unternehmen. Wir haben aber in bezug auf andere Katastrophen, die jederzeit passieren könnten, also etwa ein Straßenbahnunfall oder ein S-Bahn-Unfall im größeren Ausmaß eigentlich nicht viel anzubieten. Wir haben in Wien maximal für 60 Menschen Notaufnahmeflächen.

Ich würde Sie daher ersuchen, daß wir auch über dieses Thema einmal gemeinsam sprechen. Hier könnte man wirklich sehr viel investieren, nicht aber in Jodtabletten und in Tixobandeln.

Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt zum Schluß meiner Rede. Ich hoffe, daß sich dieses Bild, das der Landtag heute geboten hat, bald ändert; gerade auch dann, wenn es um so eine wirklich lebensbedrohende Situation geht, die vor allem unsere Jugend und auch unsere Kinder betrifft. Heute haben sich einige Männer hier aufgeführt - ich möchte es nicht näher ausdrücken wie -, aber zu Mochovce haben sie wahrscheinlich nicht viel zu sagen. Darum haben Sie sich halt über die Geschäftsordnung unterhalten.

Und noch einmal zur ÖVP: Ich finde es besonders bedauerlich, daß Sie hier in diesem Sinne sogar Ihrer Umweltministerin in den Rücken gefallen sind. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Frau Abgeordnete, nur zu meinem Verständnis dann auch wegen der Abstimmung: Alle vier eingebrachten Anträge sind auf Zuweisung? (*Abg. Hannelore Weber: Ja!* Danke.)

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg. Pfeiffer meldet. - Bitte!

Abg. Gerhard Pfeiffer (*ÖVP*): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe weder von hier aus noch sonst irgendwo behauptet, daß es einen absoluten Schutz gegen die Gefahr der Radioaktivität geben kann. Es ist auch nicht der noch so ausgebauten Schutzausstattung tatsächlich auf lange Frist ein Schutz, denn die Radioaktivität hat ja - zumindest einige der Isotopen - relativ hohe Halbwertszeiten. Das wird man im Keller nicht abwarten können, bis diese Strahlung abgeklungen ist.

Das habe ich also nicht gesagt. Wo Frau Weber das gehört haben mag, weiß ich nicht, aber wahrscheinlich hat sie eine sehr selektive Wahrnehmung in diesem Bereich. Ich halte es hingegen eigentlich für unverantwortlich und insbesondere für verantwortungslos, wie leichtfertig sie hier über den Selbstschutz der Bevölkerung urteilt und wie sie diesen Selbstschutz hier lächerlich gemacht hat. Wenn dann noch andere Bemerkungen hinzukommen, die mich in irgendeine Ecke stellen sollen, dann paßt das Ganze in das typische Bild, das wir in der letzten Zeit von ihr bekommen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jede Strahlung ist gefährlich, ausnahmslos jede, auch die kleinste. Ich bin daher nicht der Meinung, daß man das verharmlosen kann, soll, darf, sondern daß man zumindest die Möglichkeiten wahrnehmen soll, die man hat, nämlich sich soweit wie möglich davor zu schützen. Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, die Bürger darauf aufmerksam zu machen. Wenn Sie dieser Meinung nicht sind, Frau Weber, dann muß ich Sie darob sehr bedauern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster Redner ist Herr Abg. Dr. Hawlik zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Johannes Hawlik (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Parlament wurde gestern ein 5-Parteien-Antrag beschlossen, heute gibt es im Gemeinderat eine analoge Regelung, und es hat im Gemeinderat bisher schon einige gemeinsame Erregungen gegen die grenznahen Atomkraftwerke gegeben. Oberflächlich gesehen kann man sagen, daß das eigentlich erfreulich ist. Es ist erfreulich, weil sich zeigt, daß in Existenzfragen sich vielleicht doch alle Parteien besinnen, daß gemeinsames Wirken zu einer höheren Effektivität führt. Man könnte sagen, daß hier einmal vielleicht nicht der Egoismus Triumphe feiert wie im sonstigen Bereich der Politik derzeit.

Oberflächlich betrachtet, würde ich meinen, denn die heutige Diskussion hat uns eigentlich auch die Schwächen gezeigt, die Schwächen ganz deutlich aufgezeigt. Herr Pilz wollte uns deutlich machen, daß die Diskussion nur dann sinnvoll ist, wenn sie zu einem bestimmten Zeitpunkt geführt wird. Das heißt, die Diskussion ist eigentlich um die Diskussion gegangen, die Sache ist in den Hintergrund getreten. (Abg. Günter Kenesei: *Die Sache wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen!*) Wichtig war, wann die Diskussion stattfindet, und zu dem Zeitpunkt, da sie stattfindet, ist er ja gar nicht mehr anwesend. (Beifall bei der ÖVP.)

In der Sache selbst hat er eigentlich nur arrogante Inkompetenz zu bieten gehabt, denn das, was er in der Sache gesagt hat, hilft in keiner Weise gegen Mochovce. Das ist ein generelles Problem in der Diskussion, in der öffentlichen Diskussion, sei sie nun von Zeitungen, sei sie von Politikern geführt. Denn dort, wo man in der Sache eigentlich Farbe bekennen müßte, dort, wo es darum geht, zu sagen, ich will nicht nur Mochovce nicht, sondern ich möchte eigentlich auch etwas tun, damit das generell nicht stattfindet, da wird die Sache schwierig, weil sie entweder mit organisatorischem oder mit finanziellem Engagement verbunden ist. Und das will niemand.

Die Einhelligkeit, die ich zuerst als erfreulich bezeichnet habe, ist deshalb unerfreulich, weil sich letztlich jeder zu Mochovce äußern kann. Jeder kann sich dagegen äußern, jeder findet hier Aufnahme, aber letztlich bedeutet es nichts, wenn man dagegen ist. Es erwächst keine Verpflichtung daraus, wenn man dagegen ist. Und in dem Augenblick, wo man Vorschläge macht, daß man dieses Nein eigentlich ganz deutlich machen müßte, wird es uninteressant für die Medien und noch uninteressanter für die Bundesregierung.

Wir haben mit dem Ost-Öko-Fonds derzeit ein Instrument, das relativ gering dotiert ist, nämlich derzeit mit 250 Millionen Schilling jährlich. Es ist gelungen, in diesem Bereich mit geringem Einsatz der Mittel eine Schadstoffreduktion zu erreichen, für die man in Österreich zehnmal soviel Geld einsetzen müßte. Das heißt, man kann mit geringen Mitteln im Osten wesentlich mehr an Schadstoffreduktion erreichen als hier.

Erster Punkt: Eine Erhöhung ist derzeit nicht vorgesehen, denn der Solidaritätsbeitrag, der diskutiert wird, wird ganz anderswo diskutiert. Aber dort, wo wir selber ein Interesse haben müßten, daß Atomkraft nicht verwendet wird, also wo wir einen Eigennutz hätten, sind wir nicht imstande, auch etwas zu investieren, damit dieser Eigennutz gesichert ist.

Zweiter Punkt: In den derzeitigen Richtlinien für den Ost-Öko-Fonds heißt es, wir können Energieprojekte eigentlich nur dann fördern, wenn eine direkte Auswirkung auf Österreich gegeben ist. Das heißt, bei Wasserkraftwerken sind derzeit nur jene Dinge zu fördern, die im unmittelbaren Bereich der Grenze, etwa im Donau-March-Bereich, vor sich gehen. Ich kann keine Wasserkraft fördern, die in anderen Bereichen liegt, also die nicht unmittelbar eine Auswirkung auf Österreich hat. Je mehr andere Energieträger man aber - geographisch ganz anderswo - fördert, desto mehr ist die Möglichkeit gegeben, auf atomare oder auch nukleare Kraftstoffe verzichten zu können.

Dritter Punkt: Wir haben in Österreich eine ganze Reihe von finanziellen Instrumenten, die für den Osten da sind - Ost-West-Fonds, ERP-Fonds, FGG -, es gibt aber derzeit keinen Koordinator - weder beim Bundeskanzleramt noch beim Umweltministerium -, der sagt: Wir wollen Atomkraft

nicht, daher machen wir schwerpunktmäßig für alle diese Fonds einen Förderschwerpunkt Energie, wir fördern ganz gezielt bestimmte Energieprojekte. Und wenn wir dann eine ganz bestimmte Anzahl von Energieprojekten haben, können wir den Slowaken, den Tschechen, den Ungarn, aber auch den Slowenen sagen: Bitte sehr, jetzt haben wir so viel gefördert, soviel Energie braucht ihr gar nicht, ihr könnet die Atomkraftwerke sperren.

Diese Frage wird nicht diskutiert. Wir haben nicht einmal eine Koordination der Osthilfe, geschweige denn, daß wir einen Lobbyisten hätten, der gezieltermaßen die Verhandlungen für uns führt, sodaß es dazu kommt, daß in der Öffentlichkeit nur das diskutiert wird, was gerade anfällt: heute Mochovce, vorgestern Bohunice und Temelin und übermorgen wieder ein anderes Kraftwerk.

So werden wir auch gegenüber den Nachbarn natürlich nicht glaubwürdig. Wir investieren weder in Zivilschutz, noch investieren wir selber in Österreich in jene Programme, die wir den anderen anbieten wollen. Wir wollen den anderen Energiesparprogramme anbieten, aber wir haben nichts dergleichen in Österreich. Wir wollen alternative Energien anbieten, aber die öffentliche Hand, die solche Förderprogramme im eigenen Land hat, wendet sie selber nicht an. Daher ist die Glaubwürdigkeit gegenüber den Nachbarn relativ gering, wenn wir so etwas anbieten. Und das sollten wir uns einmal deutlich machen.

Es ist leicht, nein zu sagen. Es ist relativ leicht, bei der Europäischen Bank zu protestieren. Es ist schon sehr viel schwerer, diese Dinge durchzusetzen. Aber es wäre leicht, im eigenen Land die eigenen Möglichkeiten einmal auszuschöpfen, die wir zur Verfügung haben, um einerseits den Nachbarn glaubwürdig zu signalisieren: Wir wollen Atomkraft wirklich nicht!, um aber auf der anderen Seite auch deutlich zu machen: Wir bieten alternativ wirklich etwas an! - Derzeit ist das nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Wir waren eines der am meisten betroffenen Länder nach Tschernobyl, und es ist daher keine leere Phrase, wenn wir sagen, wir wollen kein zweites Tschernobyl. Es ist uns bewußt, daß Preßburg früher betroffen sein wird als Wien, aber es ist uns kein Trost. Wir wissen, daß Radioaktivität, wenn sie freigesetzt wird, grenzenlos ist, und daher sollten wir dazu übergehen, nicht nur deklamatorisch irgend etwas zu tun und uns in Geschäftsordnungsdebatten eigentlich etwas vorzumachen, was wir selber gar nicht glauben.

Wir machen nämlich aus der Außenpolitik Innenpolitik. Jeder versucht, für sich noch irgend etwas aus der Außenpolitik herauszuholen. Letztlich will er das Problem aber gar nicht lösen. Am stärksten kommt das beim Herrn Pilz zum Ausdruck, der sagt: Wie schaut das Problem aus? Ich will es zwar nicht lösen, aber ich will wissen, wie es mir am besten nützen kann. (*Abg. Susanne Jerusalem: Geh, bitte! - Abg. Johannes Prochaska: Wo ist er denn, der Pilz?*) - So werden wir die Probleme nicht lösen!

Meine Damen und Herren! Stärker als Deklamation ist, daß wir selber bei unserer Regierung, bei unseren Förderstellen versuchen, einen eigenen Weg zu gehen und diese Alternativen wirklich glaubhaft in Gang zu setzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Engl. Ich er теile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Erich Engl (*F*): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist hier bereits viel gesagt worden, und die Fronten in bezug auf die Verwendung der Atomkraft sind doch einigermaßen verfestigt. Gestatten Sie mir, daß ich versuche, diese Situation möglichst emotionslos und pragmatisch zu analysieren und für uns die entsprechenden Schlüsse daraus zu ziehen.

Wir haben in der gesamten AKW-Diskussion auf der einen Seite die Slowakei, einen souveränen Staat, der seine eigene Energiepolitik betreibt, was wir auch voll respektieren müssen. Es han-

delt sich um einen Staat - damit müssen wir uns abfinden -, der in seiner Energiepolitik bisher vollkommen auf die Kernenergie ausgerichtet war und ist. Wir haben außerdem mit dem Kraftwerk Bohunice ein AKW mit einer Leistung von 4mal 408 Megawatt und einem sehr hohen Sicherheitsrisiko unmittelbar an unserer Grenze stehen, gegen dessen Gefährdungspotential wir bis zum Fall des Eisernen Vorhangs nichts unternehmen konnten. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs hat sich die Situation ergeben, daß neben dem vielfältigen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen auch ein Überdenken der Energiepolitik in diesen Ländern möglich wurde.

Gleichzeitig damit hat natürlich auch eine Anzahl westeuropäischer und amerikanischer Energiekonzerne damit begonnen, diesen sich neu ergebenden Markt für sich zu entdecken. Selbstverständlich war es hier vor allem die Atomindustrie, die nach Rückschlägen in ihren eigenen Ländern ein reiches Betätigungsgebiet vor allem im Sanierungsbereich und im Bereich des Anhebens dieser Kraftwerke auf westliche Sicherheitsstandards im Auge hatte.

Daß hier weniger Sicherheitsdenken und Sicherheitsinteressen im Vordergrund gestanden sind als primär beinharte finanzielle Überlegungen, sei hier nur am Rande erwähnt.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier kommen wir an sich genau zu dem Punkt, an dem wir uns jetzt befinden. Es ist dies ein Punkt, wo wir an einer Weichenstellung angekommen sind. Helfen wir den östlichen Nachbarländern, hier aus der Atomtechnologie mit allen Gefahren und Sicherheitsrisiken auszusteigen. Österreich hat vielleicht gerade jetzt diese Chance, gemeinsam mit den Nachbarländern eine energiepolitische Weichenstellung vorzunehmen, eine Weichenstellung in Richtung eines atomfreien Mitteleuropas, die vor allem auch für die östlichen Reformländer einen enormen umweltpolitischen Fortschritt bedeuten würde.

Es geht darum, die derzeit technologisch bereits überholte Stufe der Energiegewinnung aus der Nutzung der Atomenergie zu überspringen. Technologisch ist die Nutzung der Kernenergie in AKWs als überholt anzusehen.

Dies läßt sich auch in Zahlen beweisen. Ich zitiere hier einen Pressedienst der Firma Siemens, die zum Beispiel mit der Ausrüstung an Sicherheitsstandards befaßt ist. Es ist ein Pressedienst, der aktuell ist, er ist vom 27. Jänner, und es heißt hier:

"Siemens-KWU" - sprich Kraftwerksunion - "hatte jüngst über einen wachsenden Anteil des konventionellen Kraftwerksgeschäfts durch neue Techniken im Gasturbinenbau berichtet." Und das ist jetzt interessant: "Betrug die Kernkraft vor 7 Jahren noch 70 Prozent des gesamten Geschäftsvolumens, so sank der Anteil im Geschäftsjahr 1993/94 auf unter 30 Prozent. Der Auftragseingang im konventionellen Kraftwerksgeschäft stieg 1993/94 von 5,3 auf 6,4 Milliarden DM. Siemens hat ein jährliches Geschäftsaufkommen im Bereich der Energieerzeugung von knapp 9 Milliarden DM und zählt zu den 5 größten internationalen Unternehmen im Kraftwerksgeschäft."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum nenne ich diese Zahlen und warum stelle ich sie hier in den Vordergrund? Aus diesen Zahlen geht eindeutig hervor, daß selbst bei jener Firma, die zum Teil mit der Installation von westlicher Sicherheitstechnik in Mochovce beauftragt ist, der Anteil der Tätigkeiten im Bereich der Kernenergie stark rückläufig ist, wie gesagt, von 70 Prozent auf 30 Prozent im Lauf von 7 Jahren. Das zeigt eigentlich, welch ungeheuerer Wandel sich hier vollzogen hat, und das heißt auch, daß es sich bei der jetzigen Kernkraftenergie oder Kernkrafttechnologie um eine Auslauftechnologie handelt, die schon längst von neuen Technologien überholt ist.

Eine Spitzenstellung nimmt hier die GuD-Technologie ein. Man versteht darunter die Gas- und Dampfturbinentechnologie oder Gas- und Dampfkraftwerke mit besonders hohem Wirkungsgrad, die ein Höchstmaß an Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit bei vergleichsweise niederen Investitionskosten bedeuten.

Daß allein diese Technologie zukunftsweisend ist, geht aus der Tatsache hervor, daß in den Schlüsselregionen Südostasiens 14 Kraftwerke in Bau sind und daß selbst in Rußland, in Petersburg, derzeit ein 900-Megawatt-Kraftwerk im Entstehen ist.

Der Wirkungsgrad dieser Kraftwerke liegt bei 58 Prozent, wobei man ihn in den nächsten Jahren noch auf 60 Prozent steigern will. Energieträger ist in diesem Bereich Gas, aber auch eine Verstaubung von Kohle ist hier möglich.

Eines steht damit fest: Ungeachtet der enormen Möglichkeiten der Energieeinsparung, die hier noch gar nicht andiskutiert worden sind, und ohne Ausnützung anderer alternativer Energien, wie zum Beispiel der Energie aus der Solartechnik, der Energie aus der Biomasse et cetera, ist in der Slowakei jederzeit ein Ausstieg aus der Kernenergie bei gleichzeitiger Errichtung von Gasdampfkraftwerken der modernen Art möglich. Konkret wäre Mochovce ohne weiteres durch ein Gaskraftwerk dieser Bauart ersetzbar.

Und hier, meine Damen und Herren, muß man, auch weil es vorhin die Frau Kollegin Weber angeschnitten hat und wir einen diesbezüglichen Beschußantrag einbringen, sagen: Wir halten es demokratiepolitisch wirklich für notwendig, daß auch eine Information der Bevölkerung in der Slowakei stattfindet; denn wir sind der Meinung, daß dort oberflächlich argumentiert wird und eigentlich in gewissem Maß auch menschenverachtend, weil sie zwar im Westen zu dieser Technologie Stellung nehmen, die Leute aber, die es unmittelbar betrifft, in keiner Weise informieren wollen. (*Beifall bei den Freiheitlichen!*)

Wir stellen daher den diesbezüglichen Beschußantrag, in der Slowakei eine entsprechende Aufklärungskampagne zu starten, da man, wie gesagt, davon ausgehen muß, daß 60 Prozent der Bevölkerung über die wahren Gefahren der Atomenergie nicht informiert sind und nur 18 Prozent eine Schließung der AKWs in der Slowakei fordern. Die Stadt Wien soll in den slowakischen Medien eine Kampagne zur Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren des Atomstroms und die veraltete Technik der slowakischen Kernkraftwerke, insbesondere des Kraftwerks Mochovce, in die Wege leiten.

In formeller Hinsicht ersuchen wir um die sofortige Abstimmung. (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß über diese Medienkampagne oder über diese Informationskampagne ein entsprechendes Bevölkerungspotential erreichbar ist, das kann man hier aus dieser Aufstellung entnehmen. Wir haben eine Aufstellung slowakischer Zeitungen. Es gibt in der Slowakei insgesamt 17 Zeitungen mit einer Auflage von zirka 1,2 Millionen, was eine Reichweite von etwa 3 Millionen Menschen bedeuten würde. Das ist, wenn man es der Einwohnerzahl der Slowakei von 5,2 Millionen gegenüberstellt, eine ganz beträchtliche Anzahl, und wir sind der Meinung, daß diese Informationskampagne voll einsetzen sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es tun sich für uns daher im jetzigen Moment zwei Szenarien auf. Das eine Szenarium würde ich als sogenanntes Worst-case-Szenarium bezeichnen, also als den ungünstigsten Fall. Dieser wäre: Es gelingt Österreich nicht, unsere slowakischen Nachbarn und Betreiber zu überzeugen und davon abzubringen, das Kernkraftwerk Mochovce fertigzustellen. Das bedeutet für uns erstens ein Schrott-AKW, mit westlicher Sicherheitstechnik aufgerüstet, wobei keinerlei Gewähr dafür besteht, daß hier eine entsprechende höhere Sicherheit gegeben ist. Als Negativbeispiel kann man hier auch das Kraftwerk Greifswald in der ehemaligen DDR heranziehen, wo man vier halbfertige Blöcke nicht fertiggestellt und nicht mit westlicher Sicherheitstechnologie ausgestattet hat, weil man von vornherein der Ansicht war, daß diese Sicherheitsstandards nicht den westlichen, von uns gewünschten Anforderungen entsprechen.

Zweitens: Das bedeutet ferner ein weiteres Schrott-AKW, das Kraftwerk Bohunice mit noch größeren Sicherheitsrisiken unmittelbar an unserer Grenze, wobei keinerlei Garantien gegeben sind,

daß dieses AKW auf Sicht auch tatsächlich stillgelegt wird. Es stellt sich hier wirklich die Frage: Wo steht geschrieben und wer garantiert uns, daß dieses Kraftwerk Bohunice wirklich stillgelegt wird? Die Kreditgeber verlangen zwar, daß mit der Finanzierung von Mochovce ein Auslaufen von Bohunice stattfindet. Tatsache ist aber, daß zurzeit in diesem Kraftwerk noch erheblich investiert wird und von Seiten der slowakischen Politiker eigentlich keine Äußerungen oder Zusagen in der Richtung kommen, daß man in absehbarer Zeit daran denkt, dieses Kraftwerk zu schließen. Es deutet eher alles darauf hin, daß diese beiden Kraftwerke parallel über einen längeren Zeitraum betrieben werden könnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sollten diese Szenarien die Tendenz haben, Realität zu werden, dann sind wir als Politiker aufgefordert, hier entsprechende Schritte zu setzen, und zwar Schritte, die sich im wirtschaftlichen Umfeld dieses Projekts bewegen, und es sind Schritte, die mit Aussicht auf Erfolg in Österreich zu setzen sind, denn eines ist klar: Das ganze Projekt rechnet sich nur, wenn die Finanzierungsbank und die Betreiber die Möglichkeit bekommen, entsprechende Stromexporte durchzuführen und mit dem Erlös dieser Stromexporte die Finanzierungskosten zurückzuzahlen. Der Stromexport nach Westeuropa bietet die Möglichkeit, die Kraftwerkskosten oder die Errichtungskosten von etwa 9 Milliarden Schilling zurückzuzahlen. Dies wurde auch in entsprechenden Broschüren der EdF, der Electricité de France, sowie der slowakischen Betreiberfirma bestätigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Falle gibt es eine Reihe von Forderungen, die wir stellen müßten und die wir als verantwortliche Politiker vorbringen müßten. Eine dieser Forderungen ist, keine 380-kV-Leitung durch Österreich, die es ermöglichen würde, einen Atomstromtransit durch Österreich durchzuführen. In diesem Punkt würden wir uns auch noch einmal genau anschauen, wie das Investitionsprogramm der Stadt Wien aussieht, denn wir konnten hier entnehmen, daß für 1995 und 1996 jährlich Kosten in der Höhe von 1,6 Milliarden Schilling für den Bau von Hochspannungsleitungen und Umspannwerken vorgesehen sind. Es wird hier wirklich zu prüfen sein, welche dieser Investitionen unter Umständen in einem Zusammenhang mit möglichen Stromexporten zu sehen sind.

Zweitens würden wir vom Verbundkonzern die Zusage verlangen, mit der Slowakei keinerlei Lieferverträge betreffend Abnahme beziehungsweise Transit von Atomstrom aus Mochovce sowie Bohunice abzuschließen. Als weiterer Schritt ist auch durchaus denkbar ein Stopp der Beitragszahlungen an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung:

Es wäre weiters auch denkbar, eine Rückberufung unserer beiden Vertreter bei Euratom durchzusetzen, und es wäre genauso denkbar eine Rücknahme der Ratifizierung der Energiecharta. Es ist auf diese Energiecharta heute bereits von Herrn StR. Svhalek Bezug genommen worden, nur glaube ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden von dieser Charta noch relativ wenig gehört haben. Ich entnehme hier einem Artikel des "profil" Nr. 3 vom 16. Jänner 1995 folgendes:

"Ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums unterzeichnete erst im vergangenen Dezember für Österreich in Lissabon die Europäische Energiecharta, die jeden Signatarstaat dazu verpflichtet, Transite im Energiebereich zuzulassen oder, wenn keine ausreichende Transportkapazität vorhanden ist, die Errichtung neuer Leitungen zu ermöglichen. Die Energiecharta bietet den Rahmen einer umfangreichen Ost-West-Kooperation, meinte Verbundvorstand Johannes Sereinig kürzlich in einer Vortragsveranstaltung in Wien."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage mich wirklich: Mit wem wurde diese Energiecharta diskutiert? Hat es eine Diskussion in unseren Reihen gegeben, obwohl wir unmittelbar davon betroffen sind? Ist den einzelnen Bundesländern der Inhalt dieser Energiecharta zur Kenntnis gebracht worden?

Hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigt sich überhaupt die Doppelbödigkeit, mit der derzeit die Diskussion über die Atomenergiepolitik geführt wird. Auf der einen Seite tritt man sei-

tens der Regierung gegen die Atomkraft auf, auf der anderen Seite werden Verpflichtungen und Vereinbarungen getroffen beziehungsweise Verträge ratifiziert, die dem zuwiderlaufen.

Ich entnehme hier auch einer Publikation der "Europa-News" vom November 1994, Erscheinungsort Brüssel: "Die Unterzeichnung des Abkommens" - das bezieht sich auf den Durchführungsvertrag zur Energiecharta - ist für den 17. Dezember 1994 in Lissabon vorgesehen. Zusammen mit dem Vertrag soll auch ein Protokoll über Energieeffizienz und ein Nuklearprotokoll unterschrieben werden. Fragezeichen stehen derzeit noch hinter der möglichen Reaktion der USA und Norwegens. Norwegen wird vor der anstehenden Volksabstimmung zum Beitritt zur Europäischen Union, bei der die Souveränität über nationale Ressourcen eine wichtige Rolle spielt, keine Entscheidung treffen. Die USA haben dagegen bereits erklärt, daß man den Durchführungsvertrag in seiner jetzigen Form nicht akzeptieren könne, weil er einige Klauseln enthalte, zum Beispiel Behandlung der US-Bundesstaaten, die nie eine Zustimmung des US-Senats erhalten würden."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und was hat man in Österreich gemacht? Wir sind unmittelbar vor einer tiefgreifenden Diskussion über ein mögliches atomfreies Mitteleuropa, und hier unterzeichnet man internationale Abmachungen und Verträge, ohne jemals eine Diskussion darüber geführt zu haben! Ich finde das im höchsten Maß unseriös und bedauerlich, und man kann sich hier wirklich nur ein Beispiel an den Norwegern nehmen, die einfach sagen: Wir unterschreiben das nicht, oder erst zu einem Zeitpunkt, wo wir der Meinung sind, daß es auch für unser Land günstig ist! (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt das sogenannte Worst-case-Szenario skizziert, das - so hoffen wir - nicht eintreten wird. Allein aus Sicherheitsgründen sind wir jedoch verpflichtet, gegen dieses AKW aufzutreten.

Unser Vorschlag ist, und den möchte ich in die Diskussion einbringen: Es gibt eine Prämisse, daß die Finanzierung der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung nur dann erfolgt, wenn sich herausstellt, daß die Atomstromgewinnung durch das AKW die billigste Lösung darstellt. Laut englischen Wirtschaftsprüfern ist das AKW Mochovce derzeit nur um 5 Prozent günstiger als ein neues Gasdampfkraftwerk. An dieser Kostenrechnung für das AKW wurde aber bereits mehrfach Kritik geübt, daß zu hohe Gaspreise sowie falsche Energieprognosen zugrunde gelegt wurden.

Wir sind der Meinung, daß diese 5-Prozent-Kostendifferenz zwischen dem AKW und einem umweltfreundlichen Gasdampfkraftwerk mit gleicher Leistung eine Größenordnung ist, die allein vom Standpunkt der Sicherheit und Umweltverträglichkeit her auf jeden Fall in Kauf genommen werden müßte.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, den slowakischen Betreibern das Angebot zu unterbreiten, für den möglichen Differenzbetrag zwischen der Fertigstellung des AKW sowie der Errichtung eines Gasdampfkraftwerks die Kosten zu übernehmen. (*Beifall bei den Freiheitlichen.*) Die Kostendifferenz beträgt 5 Prozent. Es wäre, wie gesagt, hier die Möglichkeit, diese Kostendifferenz zu übernehmen oder auch eine entsprechende Beteiligung etwa durch ein österreichisches Energieversorgungsunternehmen anzubieten. Die Finanzierung dafür könnte durch eine Aufstockung des OstÖko-Fonds auf 500 Millionen Schilling erfolgen. Als Gegenleistung - und das würden wir auch anbieten - könnten wir uns vorstellen, daß für die Errichtung eines umweltfreundlichen Gasdampfkraftwerke das österreichische Leitungsnetz für etwaige Stromexporte zur Verfügung steht.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Herr Abgeordneter, die 20 Minuten sind vorüber!

Abg. Dipl.-Ing. Erich Engl (fortsetzend): Ich komme schon zum Schluß.

Wir sind der Meinung, daß dies ein tragfähiger Kompromiß wäre, der einen Vorteil für Österreichs Bevölkerung, aber auch für die Bevölkerung der Slowakei und der Anrainerstaaten bieten und entsprechenden Schutz vor möglichen Atomunfällen gewährleisten würde. (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

chen.) Wir hoffen daher, mit dieser Zielsetzung die mögliche Fertigstellung des AKW Mochovce zu verhindern. (*Neuerlicher Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächste Rednerin ist die Frau Abg. Weber zum Wort gemeldet. Zweite Wortmeldung. Sie haben noch acht Minuten, liebe Frau Abgeordnete! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Acht Minuten!*)

Abg. Hannelore Weber (*GRÜNE*): So lang wirds nicht sein!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Da ich angesprochen worden bin und ich aus persönlicher Erfahrung, weil ich erst am Samstag beim Hearing in Bratislava gewesen bin, weiß, daß die Bevölkerung nicht richtig über die Gefahren aus AKWs informiert ist, möchte ich noch folgendes sagen: Ich habe auch erlebt, wiederholte Male, daß alle Annoncen oder Warnungen, die sozusagen aus dem westeuropäischen Raum kommen, nur dazu dienen, den Nationalismus in der Slowakei weiter zu forcieren und auszubauen, und alle diese Äußerungen vor allem vom Herrn Meciar im Moment als persönliche Bedrohung von unserer Seite ihm gegenüber angesehen werden.

Ich bin dafür, daß die Menschen besser informiert werden, und wir finden es sehr gefährlich. Wenn aber Wien in slowakischen Medien Inserate einschalten läßt, wenn sich die Stadt Wien wirklich aufraffen kann, hiefür Geld zur Verfügung zu stellen, dann soll sie es bitte den Solar-Gruppen und Umweltinitiativen auf slowakischem Boden zur Verfügung stellen, damit die von sich aus eine Informationskampagne starten können, denn die leiden unter einem notorischen Geldmangel, und da sie in den öffentlichen Medien nicht unterkommen, haben sie auf der anderen Seite kein Geld für eigene Aussendungen. Wir werden daher in diesem Sinne diesem Beschußantrag nicht zustimmen können.

Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, die Stadt Wien oder den Umweltstadtrat aufzufordern: Wenn Sie wirklich Geld hätten im Rahmen des Presse- und Informationsdienstes, bin ich gerne bereit - ich kenne viele Gruppen -, ein Treffen zu arrangieren, damit wir diesen Leuten Geldmittel zur Verfügung stellen und sie so ihre eigenen Landsleute besser über die Gefahren aus Atomkraftwerken informieren können. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster Redner hat sich Herr Amtsf. StR. Svhalek zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Diskussion hat eine Vielzahl von Aspekten aufgezeigt. Es hat ausführliche Debattenbeiträge gegeben, die sich inhaltlich mit verschiedenen Szenarien beschäftigt haben. Inhaltlich wurden von allen Fraktionen sehr wichtige Punkte eingebracht. Ich möchte daher nur ganz kurz zu zwei, drei Überlegungen Stellung nehmen.

Sosehr ich die Ausführungen des Herrn Abg. Pfeiffer sinnvoll und richtig finde, wenn es um Zivil- und Katastrophenschutz geht, so glaube ich doch, in dem Moment, wo er offensichtlich seine Zunge nicht im Zaum halten kann, ein bißchen korrigierend eingreifen zu müssen. Denn eines weise ich schon mit aller Deutlichkeit zurück: daß unsere Überlegungen schutzlos oder gar hilflos sind. Ich glaube, das ist ein eindeutiges Überziehen der realen Situation. Und ich sage Ihnen in aller Offenheit: Es haben mir schon viele Leute gesagt, daß es nicht immer leicht ist, mit Ihnen in diesem Punkt eine Diskussion zu führen, weil manche Dinge ganz einfach unterschiedliche Auffassungen mit sich bringen. Ich möchte das auch einmal hier sehr offen und deutlich sagen: Es ist nicht immer, auch wenn man sich viel und oft damit beschäftigt, die reine Wahrheit, zu glauben, seine Meinung ist die einzige richtige.

Ich stehe aber nicht an, noch einmal meine Einladung zu wiederholen, diese Parteiengespräche rasch zu führen. Vor allem die Diskussion zwischen Ihnen und Kollegin Weber hat mich bestärkt,

schnell einen Termin zu finden, weil ich glaube, daß eigentlich unsere Grundlagen die richtigen sind und daher auf Grundlage unserer Papiere durchaus Verbesserungen gefunden werden können.

Ich betone aber noch einmal: Das ist sicher zurückzuweisen, daß unsere Überlegungen schutzlos oder gar hilflos wären.

Ich sage auch in diesem Zusammenhang - und das betrifft vor allem die Kollegin Weber -, daß es ganz wichtig ist, diese heutige Diskussion nicht mit einem gemeinsamen Antrag, mit einer Beschußfassung, mit schönen Gesprächen enden zu lassen, sondern es sind natürlich ständig, und damit auch im Ausschuß, Gespräche notwendig. Wir werden daher - und das ist eine Sache, die sicherlich auch von meiner Fraktion so gesehen wird - diese Diskussion fortsetzen, jeder Debattenbeitrag ist notwendig und sinnvoll, weil er ein wichtiges Signal ist.

Wenn angeschnitten wurde, die Gruppen zu unterstützen, so darf ich hier bei dieser Gelegenheit sagen: Wie Sie wissen, habe ich gleich nach meinem Amtsantritt einen Jour fixe für NGOs, also nicht Regierungsorganisationen, eingeführt. Wir haben in der Zwischenzeit die zweite Besprechung gehabt. Wir führen monatlich diese Gespräche zwischen meinem Ressort und den NGOs durch, ein sehr belebender Diskussionsprozeß, eine sinnvolle Einrichtung. Wir werden unter anderem in der nächsten Woche, wo wir wieder diese Aussprache haben, natürlich mit dem Schwerpunkt Mochovce ganz konkret überlegen: Wie kann es zwischen den NGOs da und dort und der Stadt Kooperationen geben? Ich glaube, daß das ein wichtiger Schritt ist, weil über die politische Ebene hinaus alle Organisationen, alle Bewegungen und natürlich letztendlich alle Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden müssen.

In diesem Sinne glaube ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die heutige Debatte, aber auch die Beschußfassung ein wichtiges Signal sind, und wir werden gemeinsam alles tun, damit die angesprochenen Stellen, von der österreichischen Bundesregierung bis zu den verschiedensten Institutionen, mit Nachdruck diese Wiener Interessen zur Kenntnis nehmen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke dem Herrn Stadtrat für seine Wortmeldung.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Beschußfassung über die vorliegenden Anträge.

Als erstes kommt der Beschußantrag der Abgen. Harry Kopietz, Dipl.-Ing. Erich Engl, Dr. Johannes Hawlik, Dr. Peter Pilz, Ingrid Kariotis und Genossen, betreffend die geplante Fertigstellung des Kernkraftwerks Mochovce, zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Beschußantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Der nächste Beschußantrag stammt von Abg. Dr. Peter Pilz und FreundInnen und betrifft den Ausbau des 380-kV-Leitungsnetzes in Ostösterreich.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit, somit abgelehnt. (Abg. Johannes Prochaska: *Nicht einmal der Pilz ist dafür!*)

Ich komme nun zu vier Beschuß- und Resolutionsanträgen, wo die Zuweisung gewünscht wurde.

Der erste ist der Beschußantrag der Abg. Hannelore Weber und FreundInnen, betreffend Ersuchen der österreichischen Bundesregierung zur Erstellung und Unterbreitung eines Angebots an die slowakische Regierung zur Mitfinanzierung von energie- und umweltpolitischen Alternativen zum Atomkraftwerk Mochovce.

Wer der Zuweisung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Der nächste Beschußantrag, eingebracht von Frau Abg. Hannelore Weber und FreundInnen, betrifft ein Ersuchen an die österreichische Bundesregierung, die österreichische Anti-Atom-Politik in einer außenpolitischen Offensive im Rahmen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung umzusetzen. - Hier wird ebenfalls die Zuweisung an den Herrn Amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Verkehr gewünscht.

Wer diesem Wunsch entsprechen kann, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Der nächste Beschußantrag der Frau Abg. Hannelore Weber und FreundInnen betrifft ein Ersuchen an die österreichische Bundesregierung, die österreichische Anti-Atom-Politik in der innerstaatlichen Rechtsordnung umzusetzen. - Auch hier wird die Zuweisung verlangt.

Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um Zeichen mit der Hand. - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Der nächste Beschußantrag, ebenfalls eingebracht von Frau Abg. Hannelore Weber und FreundInnen, betrifft ein Ersuchen an die österreichische Bundesregierung, die österreichische Anti-Atom-Politik in einer außenpolitischen Offensive unter Ausnutzung der Instrumente als EU-Mitgliedsstaat umzusetzen. - Auch hier wird die Zuweisung verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist einstimmig beschlossen.

Der nächste Beschußantrag, eingebracht von Herrn Abg. Dipl.-Ing. Erich Engl und Kollegen, betrifft eine umfassende Aufklärungskampagne der slowakischen Bevölkerung über das Atomkraftwerk Mochovce und die Gefahren der Kernkraft durch das Land Wien.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit und somit abgelehnt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekanntgegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß um 18.32 Uhr.)



